

23. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Juni 2005

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	815
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	815

Fragestunde

1. Sanierung öffentlicher Gebäude

Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Grotheer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 26. Mai 2005	816
--	-----

2. Halle für Bewegung in Tenever

Anfrage der Abgeordneten Frau Sauer, Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU vom 27. Mai 2005	817
--	-----

3. Verbesserung der Bildungschancen Bremer Kinder

Anfrage der Abgeordneten Frau Speckert, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 27. Mai 2005	818
---	-----

4. Schulstandortkonzept für Bremen

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Mai 2005	819
---	-----

5. Zukunft der Erziehungsberatung

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2005	823
--	-----

6. Feiern zur Verabschiedung in den Ruhestand

Anfrage der Abgeordneten Köhler, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juni 2005	824
--	-----

7. Zukunft der Sport- und Grünflächen auf dem Oeversberg

Anfrage der Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 3. Juni 2005	826
---	-----

8. Zukunft der Jugendverbandsarbeit

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Juni 2005 827

9. Hilfen für sehbehinderte Menschen bei abgeschalteten Ampeln?

Anfrage der Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juni 2005 828

10. Wasserskianlage am Unisee

Anfrage der Abgeordneten Pohlmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. Juni 2005 829

Aktuelle Stunde 833

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/332 S)

Abg. Herderhorst (CDU) 833
 Abg. Kleen (SPD) 834
 Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 836
 Bürgermeister Röwekamp 837
 Abstimmung 838

Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2005
(Drucksache 16/299 S)

Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/343 S)

**Strategische Neuausrichtung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH
Klinikverbund Bremen**

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/344 S)

Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) 839
 Abg. Brumma (SPD) 841
 Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 843
 Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) 845
 Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 846
 Senatorin Röpke 846

Erfolgreiche Arbeit des Theaterintendanten Dr. Pierwoß fortsetzen - Nachfolge zügig klären

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/348 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	848
Abg. Frau Emigholz (SPD)	849
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	851
Senator Kastendiek	851
Abstimmung	852

Zukunft der Volkshochschule in Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Mai 2005
(Drucksache 16/317 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005

(Drucksache 16/350 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	852
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	854
Abg. Frau Emigholz (SPD)	856
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	858
Senator Kastendiek	859

8. Ortsgesetz über die Gestaltung der straßenseitigen Fassaden und der besonderen Anforderungen an Werbeanlagen in der Obernstraße, Hutfilterstraße und Sögestraße

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2005

(Drucksache 16/333 S)	861
-----------------------------	-----

Kostenreduzierende und effiziente Ausbaustandards im Hoch- und Tiefbau

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 26. Mai 2005
(Drucksache 16/335 S)

Abg. Frau Kummer (SPD)	861
Abg. Focke (CDU)	861
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	862
Senator Eckhoff	863
Abstimmung	865

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005

(Drucksache 16/345 S) 865

Klima schützen - Energieeffizienz verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 3. Juni 2005

(Drucksache 16/337 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 866

Abg. Dr. Schuster (SPD) 867

Abg. Imhoff (CDU) 867

Senator Eckhoff 868

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 870

Abstimmung 871

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 9. Juni 2005

(Drucksache 16/340 S)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 871

Abg. Focke (CDU) 873

Abg. Kasper (SPD) 874

Staatsrat Dr. vom Bruch 875

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 876

Abstimmung 877

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35

vom 14. Juni 2005

(Drucksache 16/341 S) 877

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses 877

Wahl von zwei Mitgliedern der städtischen Deputation für Bau und Verkehr 878

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses KiTa Bremen 878

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen 878

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration 878

Anhang zum Plenarprotokoll 879

Entschuldigt fehlt die Abgeordnete Frau Möbius.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 23. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Lkw-Führungsnetz
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/342 S)
2. Mitwirkung in der Bürgerstadt weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. Juni 2005
(Drucksache 16/346 S)
3. „Schule ohne Rassismus“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/347 S)
4. Rechte der Beiräte großzügig auslegen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/349 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Anreize zur Erhöhung des Fahrgastaufkommens im ÖPNV
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. April 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 7. Juni 2005
(Drucksache 16/338 S)
2. Welche begleitenden Hilfen bekommen Erwerbslose in Bremen?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2005
Dazu
Antwort des Senats vom 7. Juni 2005
(Drucksache 16/339 S)
3. Eingliederungsbudget der BAfG
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Juni 2005

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes vier, Zukunft der Integration behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder, und des Tagesordnungspunktes fünf, Perspektiven der Bremer Erwachsenenschule, zur Verbindung des Tagesordnungspunktes außerhalb der Tagesordnung „Geplante Umstrukturierung

des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung“ mit den Tagesordnungspunkten außerhalb der Tagesordnung „Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung“ und „Strategische Neuausrichtung der Klinik der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen“.

Außerdem wurde hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung vereinbart, dass nach Tagesordnungspunkt zwei der Tagesordnungspunkt sechs, Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung, und danach die miteinander verbundenen Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit dem Klinikum Bremen-Mitte und dem Klinikverbund Bremen befassen, hier handelt es sich um die Drucksachen 16/299 S, 16/343 S und 16/344 S, aufgerufen werden. Im Anschluss daran werden die Tagesordnungspunkte neun, Erfolgreiche Arbeit des Theaterintendanten Dr. Pierwoß fortsetzen - Nachfolge zügig klären, und drei, Zukunft der Volkshochschule in Bremen, aufgerufen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Michael Bartels anstelle des in den Senat gewählten Jörg Kastendiek seit dem 1. Juni 2005 wieder Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer elf wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Sanierung öffentlicher Gebäude**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Grotheer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Hövelmann!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hält der Senat trotz der schwierigen Haushaltslage an seiner bisherigen Strategie fest, öffentliche Gebäude zum Werterhalt für die Stadtgemeinde Bremen zu sanieren?

Zweitens: Wenn ja, wie viel Geld hat der Senat - inklusive Stiftungen und anderer Zuwendungen - in den letzten fünf Jahren in die Sanierung des Vietor-Hauses, Haus V des Kippenberg-Gymnasiums, in die Wiederherstellung des Erdgeschosses und der ersten Etage investiert?

Drittens: Hält es der Senat für vertretbar, das Obergeschoss inklusive Dach und Fenster in dem jetzt bestehenden Zustand zu belassen, oder plant der Senat, die Sanierung des Vietor-Hauses in absehbarer Zeit abzuschließen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat verfolgt unverändert die Absicht, den Sanierungsbedarf an den öffentlichen Gebäuden durch Auflegung von weiteren Gebäudesanierungsprogrammen zu beseitigen. Zunächst sind jedoch die Nutzerressorts gehalten, Standortentwicklungskonzepte vorzulegen, um auf dieser Basis die daraus zu erwartenden Verkaufserlöse als Beiträge für weitere Sanierungen ab 2006 zu ermitteln.

Zu Frage zwei: Von April 2002 bis November 2003 wurden alle Gebäude des Kippenberg-Gymnasiums - mit Ausnahme des Vietor-Hauses, Biermann-Villa - einer Generalsanierung unterzogen. Das Vietor-Haus wurde nicht in die Sanierungsmaßnahme aufgenommen, weil das Kippenberg-Gymnasium dieses Gebäude nur in Teilen nutzt. Das zweite Obergeschoss und das Dachgeschoss sind baupolizeilich gesperrt; aus Sicht der Schule besteht für diese Gebäudeteile kein weiterer Nutzungsbedarf. In den schulisch genutzten Bereichen wurden lediglich unabweisbare Reparaturen wie der Ersatz von verschlissenen Fußbodenbelägen und Parkettböden im Kellergeschoss, Erdgeschoss und ersten Obergeschoss durchgeführt.

Seit dem Jahr 2000 wurden folgende Beträge zur Sanierung des Vietor-Hauses zur Verfügung gestellt: erstens aus dem Neun-Schulen-Programm 90.308,81 Euro für die notwendigsten Reparaturen, zweitens durch die Stiftung „Wohnliche Stadt“ 63.440 Euro für die Herrichtung eines Veranstaltungsraumes und aus Bauunterhaltungsmitteln 8.672,14 Euro für die laufende Bauunterhaltung. Die Gesamtinvestitionen der letzten fünf Jahre betragen daher 162.420,95 Euro.

Zu Frage drei: Mittelfristig besteht zumindest für das Dach und die Fenster ein akuter Sanierungsbedarf. Dabei wird die Sanierung des Vietor-Hauses allerdings in Konkurrenz zu anderen dringenden Sanierungsvorhaben treten müssen.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat für die Schule keinen Bedarf für das zweite Obergeschoss und das nicht ausgebaute Dachgeschoss des Vietor-Hauses angemeldet, weil die Größe der Räume, kleiner als 42 Quadratmeter, eine Nutzung durch Klassenverbände - bis zu 30 Schülerinnen und Schüler - nicht zulässt. Erschwerend zum hohen Sanierungsbedarf kämen im Fall einer Wiederinbetriebnahme dieser Stockwerke der notwendige feuerpolizeilich vorgegebene Ausbau von Fluchtwegen sowie weitere Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes hinzu. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator, vielen Dank, dass Sie den weiteren Sanierungsbedarf in der Antwort des Senats anerkannt haben! Darf ich noch einmal nachfragen: Nach meinen Informationen hat die Schule durchaus einen Bedarf angemeldet, weiß nur nicht, wie die Sanierung dargestellt werden könnte. Sind Sie bereit, das noch einmal mit dem Bildungsminister rückzukoppeln und zu klären?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn es so ist, dass dort in der Tat Bedarf besteht, dass es sinnvoll ist, dass die Gründe, die ich genannt habe, nicht dagegen sprechen, dann ist es natürlich auch eine ganz klare Aufgabe des Finanzsenators, sich der Sanierung von Schulgebäuden zu stellen. Das werde ich gern mit meinem Kollegen aufnehmen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator, teilen Sie meine Sorge, dass - man könnte sagen, dass es oben pfui und unten hui ist, was bedeutet, un-

ten wirklich sehr schön saniert mit doch einem gewissen Aufwand und oben in einem verrotteten Zustand, dass einem die Tränen kommen können - das schön sanierte Parterre mittelfristig gefährdet ist, wenn es oben weiter hereinregnet und die Feuchtigkeit durchkommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Grundsätzlich finde ich schön sanierte Gebäude auch immer angenehmer und besser zu betreten als schlecht sanierte Gebäude.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Unten ist es ganz toll!)

Ja, eben! Dem kann ich in vollem Umfang zustimmen. Ich bin nun kein Bauexperte, da dort aber bislang auch Mittel hineingeflossen sind, wenn Notmaßnahmen zu machen sind und wenn eine Gefährdung stattfindet, ist klar, dass wir uns dem stellen müssen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Halle für Bewegung in Tenever**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Sauer, Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Sauer!

Abg. Frau **Sauer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit in der Halle für Bewegung in Tenever, die im September vergangenen Jahres eingeweiht wurde?

Zweitens: Wie wird die Übernahme der Folgekosten zur Fortführung der erfolgreichen sozialintegrativen Arbeit in der Halle für Bewegung sichergestellt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Vor dem Hintergrund der stark belasteten Zusammensetzung der Wohnbevölkerung hat die Bereitstellung von Bewegungsräumen in Tenever eine besondere Bedeutung für die psychosoziale, emotionale und kognitive Entwicklung

sowie die gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen. Die im September 2004 eingeweihte Halle für Bewegung am Pfälzer Weg bietet mit ihrem erweiterten Raumangebot einschließlich einer attraktiven Bewegungslandschaft hierfür die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen.

Mit der Halle für Bewegung eröffnen sich neben der Abdeckung des originären Schulsports Angebote für die benachbarten Kindertagesheime, und sie schafft Nutzungsmöglichkeiten für weitere Freizeitsportangebote, die sich an den Interessen der Bewohner Tenevers orientieren. Die Stiftung St. Petri Kinder- und Jugendhilfe hat dankenswerterweise die Trägerschaft und damit die Verantwortung für das Hallenmanagement, die Entwicklung eigener und kooperativer Sportangebote sowie die Organisation des offenen Kinder- und Jugendtreffpunkts fit-point, der ein wesentlicher Bestandteil der Halle für Bewegung ist, übernommen. Seit Eröffnung erfreut sich die Halle für Bewegung einer regen Nachfrage.

Zu Frage zwei: Die Betriebskosten für die Halle werden aus dem Bildungshaushalt übernommen, da hier die Schulsportangebote der Schulen Koblenzer Straße und Pfälzer Weg durchgeführt werden.

Die Kosten für die sozialintegrativen Angebote der Übungsleiterinnen und Übungsleiter des Kinder- und Jugendtreffpunkts fit-point werden durch die Stiftung St. Petri Kinder- und Jugendhilfe getragen. Zur Fortführung der Arbeit sind die Betriebskosten im Haushaltsentwurf 2006/2007 des Senators für Bildung und Wissenschaft dargestellt, zur weiteren Absicherung der Personalkosten laufen Bemühungen des Trägers. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Sauer** (CDU): Herr Senator, soviel ich weiß, verhandelt man ja schon ziemlich lange über die Personalkosten. Wie weit sind denn die Gespräche zwischen Träger und Ressort zur Absicherung der Personalkosten, um die wichtige sozialintegrative Arbeit, die Sie ja gerade auch erwähnt haben, in Tenever weiterzuführen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir sind dort in sehr intensiven Verhandlungen. Es ist völlig unstrittig, dass das nicht ein alleiniges Projekt des Schulsports sein kann. Wir haben dort eine Belegung der Halle von 28 Prozent für den Schulsport. Die anderen Bereiche sind St. Petri mit 13 Prozent, Soziales mit 25

Prozent und der freie Sport über OT und die Betriebssportgruppen, die dort darin sind, mit 34 Prozent dort anwesend. Das heißt, ich kann nicht bereit sein, sämtliche Kosten zu übernehmen, also auch die Betreuungs- und Personalkosten für die anderen Bereiche. Da sind wir in sehr intensiven Verhandlungen. Es gibt eine umfangreiche Kooperationsvereinbarung zwischen all den genannten Einrichtungen, das ist sehr konstruktiv und kooperativ. Wenn es dann aber um das Eingemachte geht, um das nötige Kleingeld, ist gerade auch angesichts der dramatischen Haushaltssituation natürlich jeder angetreten, um seinen Haushalt dort zu schonen.

Wir haben dies zunächst einmal bis Ende 2005 abgesichert und beabsichtigen aber einen langfristigen Vertrag. Hier ist ein Zehn-Jahres-Vertrag vorgesehen, um die Interessen der Bevölkerung dort entsprechend zu wahren. Ich werde mir größte Mühe geben, das mit den Kollegen zu einem guten Ende zu bringen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verbesserung der Bildungschancen Bremer Kinder**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Speckert, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Speckert!

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Kenntnisse hat der Senat über das gemeinsame Projekt in Chemnitz „Kind und Co.“, mit dem die Stadt, die Bertelsmann Stiftung und die Heinz Nixdorf Stiftung den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken sowie die Kooperationen zwischen den Akteuren der frühkindlichen Bildung aufbauen möchte?

Wie bewertet der Senat dieses Projekt, das parallel dazu auch in Paderborn läuft?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, damit auch in der Stadt Bremen ein solches Projekt, möglicherweise mit der Bertelsmann Stiftung, initiiert wird, um die Kinder früher zu fördern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das von der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung bezuschusste Projekt „Kind und Co.“ begann in Chemnitz und Paderborn im Herbst 2004 mit Startkonferenzen und soll Ende 2007 abgeschlossen sein. Ziel des Projektes ist es, die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern zwischen null und acht Jahren zu verbessern. Dies schließt unter anderem die Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule ein. Dem Lebens- und Lernumfeld des Kindes wird in dem Projekt besondere Bedeutung beigemessen, und es wird gefragt, wie dieses bildungsfördernd weiterentwickelt werden kann. Kooperationszusammenhänge und Vernetzungen zwischen unterschiedlichen Institutionen, Berufsgruppen und Personen sollen initiiert beziehungsweise verbessert werden.

Neben strukturbezogenen Vorhaben soll eine Verbesserung der Entwicklungs- und Lernchancen von Kindern auch durch Dokumentation individueller Lernentwicklungen erfolgen. Entsprechend des Projektkonzeptes werden den beiden Kommunen konkrete inhaltliche Schwerpunktsetzungen durch die Stiftungen nicht vorgegeben. Sie sollen bedarfsorientiert und den jeweiligen Stand berücksichtigend vor Ort entwickelt werden. Bis Ende 2005 soll auf Grundlage von Elternbefragungen, Zukunftskonferenzen, Foren und Ähnlichem festgestellt werden, welches die zentralen inhaltlichen Schwerpunkte für die weitere Arbeit in der jeweiligen Kommune sind. Der Senat bewertet die Zielsetzung des Modellprojektes insgesamt positiv, auch weil es neben Kindertageseinrichtungen und Schule als Bildungsinstitutionen weitere Akteure im sozialen Umfeld des Kindes berücksichtigt.

Dasselbe Projekt mit der Bertelsmann Stiftung in Bremen zu installieren wird nicht möglich sein, da das Modellprojekt auf die beiden Standorte Chemnitz und Paderborn begrenzt ist. Allerdings wird auch Bremen von den dortigen Erfahrungen profitieren können, da die Evaluation des Projektes und die Entwicklung von Handbüchern für die Durchführung bestimmter Projektmodule geplant sind.

In Bremen werden jedoch vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, zum Teil in Kooperation mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft, diverse Projekte mit ähnlicher Zielsetzung durchgeführt und aus den so genannten Pisa-Verstärkungsmitteln finanziert. Dazu gehört zum Beispiel das Projekt „Frühes Lernen - Systematisierung des Übergangs Kindergarten - Schule“. Ebenso gehören dazu Projekte, in denen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit Partnern kooperieren, die nicht zum System der Kindertagesbetreuung gehören wie Stadtbibliothek, Universum Science-Center, Übersee-Museum,

Landesverband der Gartenfreunde. Diese Kooperationspartner qualifizieren nicht nur das Angebot frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen, sondern bereichern das Lernumfeld für Kinder in der Stadt überhaupt. Bezogen auf die individuelle Lernentwicklung der Kinder wird ab dem Kindergartenjahr 2005/2006 eine individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation sukzessiv eingeführt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Speckert [CDU]: Nein, danke!)

Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich den letzten Satz richtig verstanden habe, Frau Senatorin, ab 2005 eine systematische Einführung einer Lern- und Entwicklungsdokumentation, da würde mich doch interessieren, ob wir darunter das Gleiche verstehen, nämlich so ein Bildungsportfolio, das dann auch in die Grundschule weitergegeben wird, und inwieweit da die Gespräche mit dem Bildungsressort auf einem Stand sind, der garantiert, dass es auch so funktioniert, wie es funktionieren müsste.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Sie wissen ja, wir haben uns, glaube ich, in der letzten Stadtbürgerschaft hier darüber unterhalten, dass wir in diesem Modellprojekt „Frühes Lernen“, also Übergang Kita zur Grundschule, auch sehr intensiv mit wissenschaftlicher Begleitung arbeiten, und ein für mich sehr wichtiger Baustein ist diese Entwicklungsdokumentation. Wir sind jetzt gerade dabei, sie inhaltlich zu erarbeiten, also eine Konzeption zu erstellen, natürlich auch gemeinsam mit dem Bildungsressort. Ich habe auch ausdrücklich gesagt, dass wir sie sukzessive einführen. Wir werden es nicht auf einen Schlag flächendeckend ab dem neuen Kindergartenjahr schaffen, und wir müssen auch, das ist wichtig, die Erzieherinnen dazu qualifizieren, dass sie fachlich in der Lage sind, mit dieser Entwicklungsdokumentation umzugehen und sie entsprechend auszufüllen. Selbstverständlich gehört dies insgesamt zu dem Projekt, dass wir das mit dem Bildungsressort abstimmen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Falls das Projekt „Frühes Lernen“ fortgesetzt werden sollte, wird es sich auf diese Einrichtungen beschränken, und da können wir dann aber mit einer Einführung der Entwicklungsdokumentation und dem Übergang in die Grundschule relativ bald rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich wiederhole mich jetzt. Wir werden es schrittweise einführen an einigen Einrichtungen, beginnend mit den qualifizierten Erzieherinnen, und dann werden wir es auch gemeinsam begleiten, wie das läuft und wie dann der Übergang tatsächlich vorangeht zur Grundschule.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über das **Schulstandortkonzept für Bremen**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum hat der Senat das von der Stadtbürgerschaft bis zum Ende 2004 geforderte Standortkonzept für die Bremer Schulen - einstimmiger Beschluss vom 30. Juni 2004 - bisher nicht vorgelegt?

Zweitens: Wann gedenkt der Senat dem Stadtbürgerschaftsbeschluss zu entsprechen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Mit der Novelle zum Bremischen Schulgesetz sind schulstrukturelle Änderungen vorgenommen worden, die unter anderem durch die Schulanwahl Auswirkungen auf die Raumbedarfssituation an den einzelnen Standorten haben. Diese kommen zu den demographisch und durch die Stadtplanung mit dem Wohnungsneubau und zum Teil auch Wohnungsabriss bedingten Veränderungen der regionalen Schülerzahlen hinzu.

Der von der Bremischen Bürgerschaft genannte Berichtstermin konnte vom Senat nicht eingehalten werden, da die Ergebnisse des diesjährigen Anwahlverhaltens zum neuen Schuljahr in die Planung einbezogen werden sollten, um so aussagefähigere Grundlagen zur regionalen schulstrukturellen Nachfrage einbeziehen zu können. Nach Vorliegen dieser ergänzenden Analysedaten, über die auch die Deputation für Bildung unterrichtet worden ist, hat der Senator für Bildung

und Wissenschaft für Bereiche mit unmittelbarem Handlungsbedarf über die Ortsämter das Gespräch mit den Beiräten gesucht und sie über die absehbaren Entwicklungen informiert. In einigen Regionen sind daraufhin so genannte runde Tische zur Diskussion über die möglichen Auswirkungen eingerichtet worden, in weiteren Bereichen wird dies in Kürze geschehen. Die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen ist nach Auffassung des Senats eine entscheidende Voraussetzung für einen sachgerechten Dialog, wenn an dessen Ende eine Entscheidung über Schulstandortaufgaben stehen soll.

Zu Frage zwei: Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird der Deputation für Bildung für die Sitzung am 7. Juli 2005 ein erstes Standortkonzept zur Beratung vorlegen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, jetzt ist es so, aktuell am Wochenende fand zum Beispiel in Hastedt ein Stadtteilstück statt, und dort zeigte sich etwas, was wir in vielen Stadtteilen erleben, es gibt eine große Verunsicherung der Eltern zum Beispiel bezüglich der Schule Auf der Hohwisch. Gibt es Planungen des Senats, diese Schule aufzugeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das werden wir Ihnen am 7. Juli vortragen. Ich finde es nicht klug, wenn wir jetzt einzelne Teilstücke aus diesem Schulstandortkonzept hier beraten. Sie könnten noch 20 andere Schulstandorte nachfragen. Ich finde, das ist nicht gerechtfertigt. Ich könnte Ihnen das beantworten.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir fragen ja, und Sie antworten! Nicht Sie zensieren die Fragen!)

Wir haben zwei Fragen von Ihnen zu beantworten: Warum haben wir das nicht vorgelegt, und wann legen wir es Ihnen vor? Diese Fragen habe ich beide beantwortet.

Sie beklagen möglicherweise zu Recht, dass es jetzt Unruhe gibt in den Stadtteilen über einzelne Standorte. Ich möchte aber keine Unruhe verbreiten in den Schulen, sondern denen dahingehend Verlässlichkeiten geben, dass sie in Ruhe dort weiterarbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein bisschen schwierig, mit Ihrer Politik umzugehen. Ich erinnere einen Prozess in Osterholz.

Da haben Sie, die Grünen, mich öffentlich vorgeführt in Person von Frau Stahmann, zwar in sehr freundlicher Art, aber Sie haben gesagt: Warum machen Sie das, ohne mit den Menschen vor Ort zu diskutieren? Jetzt gerade nach dieser Debatte initiere ich runde Tische in fast allen Stadtteilen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ohne Standortkonzept!)

Jetzt ist es auch wieder nicht recht, jetzt ist es zu kurzfristig! Da müssen Sie sich schon einmal entscheiden: Was soll ich denn machen, wie soll ich mich verhalten?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber wenn das Haus das wünscht, berichte ich Ihnen über alle 20 Prozesse hier sehr ausführlich, und ich kann Ihnen auch gern sagen, dass wir sehr ernsthaft überlegen, die Schule Auf der Hohwisch, diesen ganz kleinen Standort mit ganz wenigen Schülern, in Frage zu stellen, weil wir dort solch eine große haushaltsmäßige Ausgabe haben, dass wir prüfen müssen, ob wir diesen Standort unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten halten können oder nicht. Ich bin vom Haus gehalten, so sparsam wie möglich mit den Steuergeldern umzugehen, wie es irgendwie geht, und dazu gehört es auch, schmerzhaft Schritte wie Schulstandortschließungen vorzunehmen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf der Basis eines Standortkonzepts!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Den Ball nehme ich gern auf, Herr Senator. Die Bürgerschaft hat den Senat aufgefordert in einem einstimmigen Beschluss, dem Haus eine Gesamtplanung vorzulegen, mit Blick auf die Haushaltsberatungen, um auch sozial verträglich unter dem Blickpunkt, wo wurde renoviert und welche stadtentwicklungspolitischen Konsequenzen hat das hier auch, mitzuentcheiden. Hieran schließt sich die Frage an: Herr Senator, wie stellen Sie sicher, dass das Haus zu den Haushaltsberatungen ein Gesamtkonzept vorliegen hat, das auch beratungsfähig ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wie ich gerade berichtet habe, sind wir seit Monaten in engem Dialog mit den Stadtteilbeiräten und mit den Schulen, um möglichst verträgliche, einvernehmliche Lösungen zu finden. Aber da, wo Sie eine Schule schließen, möchte ich einmal sehen, wie Sie das einvernehmlich irgendwo hinbekommen. Das gibt erbit-

terten Widerstand in den betreffenden Schulen. Da bemühen wir uns, gerade eben auch aufgrund der Erfahrungen in Osterholz, den Dialog so eng hinzubekommen, wie es irgendwie geht.

Wir werden jetzt aufgrund dieser vielen Gespräche und vielen Veranstaltungen, die wir durchgeführt haben, Ihnen am 7. Juli diese Gesamtplanung vorlegen. Darauf wird es noch einige weiße Flächen geben, aber die Struktur dieser Planung wird für Sie sehr deutlich sein. Dann haben wir vor, das bis zum Herbst durch das Parlament beschließen zu lassen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich möchte gern wissen, vielleicht können Sie dem Parlament heute darüber schon Auskunft geben, wie viele Standorte aufgegeben werden sollen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, das werde ich Ihnen am 7. Juli mitteilen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, trifft es denn zu, dass auch Standorte wie die Otto-Braun-Straße geschlossen werden sollen? Wie sollen denn die Leute vor Ort wissen, wo sie ihre Kinder zur Schule anmelden können, verlässlich, um auch Bildungsplanung für ihre Kinder zu betreiben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Mit der Schule an der Otto-Braun-Straße sind ausführlichste Diskussionen geführt worden. Wir waren im Beirat, wir haben auch im weiteren Verlauf sehr eng mit dem Beirat kommuniziert, und aufgrund der dramatisch gesunkenen Anmeldungen dort sind wir einvernehmlich zu der Lösung gekommen, diese Schule abzuschließen. Es ist im Augenblick eine Dependence der integrierten Stadtteilschule Carl-Goerdeler-Straße, und diese Schule ist darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie abgewickelt wird. Dieser Standort wird aufgegeben. Das ist allen Beteiligten bekannt, und wir haben das sehr gut im Dialog mit denen erarbeitet.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kauertz!

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Noch einmal zur Klarheit, vielleicht hilft es ja allen Beteiligten in diesem Parlament weiter! Herr Senator, ist es richtig, dass

der Senator, die Bildungsbehörde, der Stadtteilbeirat, die schulischen Gremien, alle aus dem Bereich Neue Vahr, seit langer Zeit sehr intensiv im Gespräch sind, wenn es um den Standort Sek-I-Schule Otto-Braun-Straße geht, wenn es darum geht, das zu beobachten und auch zu prüfen, wie diese Sache weitergehen kann oder auch nicht? Ist es richtig, dass alle da sehr lange im Gespräch sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es ist absolut richtig. Wir sind dort seit ungefähr einem Jahr und zwei Monaten im Gespräch mit der Schule. So intensiv diskutieren wir das mit allen Beteiligten, und deshalb habe ich eben auch etwas gezuckt, als die Frage kam, weil eigentlich allen in der Bildung Tätigen diese Frage völlig klar ist und selbstverständlich auch ganz oft Gegenstand in der Bildungsdeputation war. Deshalb habe ich eben ein bisschen gezuckt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Dann stimmt es mit meiner Wahrnehmung überein, und ich bin sehr zufrieden, dass es uns dort offensichtlich gelingt, doch gemeinsam zumindest für die Vahr eine Situation hinzubekommen, mit der alle Beteiligten relativ gut leben können. - Danke schön!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Auffassung, oder können Sie mir zustimmen, dass Sie das, was Sie heute hier sowohl in der offiziellen Antwort als auch auf die verschiedenen Nachfragen der verehrten Frau Kollegin Stahmann mitgeteilt haben, im letzten dreiviertel Jahr in der Bildungsdeputation Bündnis 90/Die Grünen schon mindestens dreimal mitgeteilt haben

(Beifall bei der CDU)

und dort zumindest eine stillschweigende Zustimmung vorgefunden haben, weil anscheinend die Abstimmung mit den Beiräten dort nicht auf Kritik gestoßen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich lege großen Wert darauf, dass die Informationen meiner Behörde allen Abgeordneten, die sich in meiner Deputation befinden, zugänglich gemacht werden, ohne Ansehen der Person.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Ziel des gemeinsamen interfraktionellen Bürgerschaftsantrags der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen war geradezu, dass Sie ein Gesamtkonzept vorlegen und eben nicht die kleinteilige Standortpolitik in den Stadtteilen machen. Hätten Sie es nicht besser gefunden, dass Sie sich erst einmal den Rückenwind der Bürgerschaft holen auch für schmerzliche Entscheidungen, die wir als Fraktion mittragen würden, wenn sich die Schülerzahlen so darstellen, wie sie an vielen Standorten sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es fällt mir schwer, Ihnen darauf eine ganz freundliche und sachgerechte Antwort zu geben! Wenn Sie einerseits sagen, der Senator für Bildung soll mit den Menschen vor Ort über die Schulschließungen und die Probleme reden, dann kann ich unmöglich andererseits zunächst einmal bei mir in der Behörde ganz vertraulich und geheim ein großes Konzept machen, das ich Ihnen dann zur Beschlussfassung vorlege. Anschließend soll ich dann dieses Papier, das ja dann eine Beschlussfassung ist, von der ich nicht abrücken kann, weil es ja die Beschlussfassung des Parlaments ist, aber mit den Menschen in den Stadtteilen bereden

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

und dann Kompromisse schließen. Das ist völlig unmöglich! Ich finde den Weg, den wir gewählt haben, also erst mit den Menschen vor Ort zu reden, Frau Stahmann, und Ihnen dann ein ordentliches Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen, richtig. Das ist unsere Auffassung. Ich habe bisher gedacht, dass Sie als große Koalition das auch mittragen, mit den Menschen zu reden und zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, mich würde interessieren, wie Sie den Weg des Bremerhavener Kulturdezernenten Professor Dr. Weiß bewerten, der ein Gesamtkonzept vorlegt, mit den Fraktionen redet und dann mit den Betroffenen vor Ort die Situation klärt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich möchte hier nicht zu den Organisationsformen oder inhaltlichen Bearbeitungsformen von Herrn Professor Dr. Weiß Stellung nehmen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, vielleicht kann ich auch noch ein bisschen zur Aufhellung des Mysteriums, was ein Schulstandortkonzept ist, beitragen! Ich kann mich daran erinnern, dass das im Haushaltsausschuss ziemlich intensiv besprochen worden ist und er sich zumindest gewünscht hat, dass man eine Darlegung der Kosten der einzelnen Schulstandorte macht, die die Gebäude verursachen, der derzeitigen Anwahlzahlen, eine Prognose auf der Basis der Bevölkerungsentwicklung, wie sich die Anwahlzahlen in den nächsten Jahren entwickeln werden, und dass auf Basis dieser Darstellungen und nicht in dem willkürlich empfundenen Agieren der Verwaltung eine politische Entscheidung über die Standortschließungen, die notwendig und von den Grünen unterstützt wird, stattfindet.

Stattdessen legen Sie kein Standortkonzept vor und bis heute auch nicht die rationale Aufbereitung der Fakten, die auf den jeweiligen Schulstandorten lasten. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass das unsere Kritik ist! Das hat auch nichts damit zu tun, dass Sie besonders kommunikationsfreudig sind, sondern dass das Parlament gerade verhindern wollte, dass das alles in der Macht der Verwaltung liegt, die versucht, überall mit einzelnen Nadelstichen einmal auszuprobieren, wie viel Ärger es in den Stadtteilen gibt, um dann zu schauen, wie man es durchsetzen kann. Das war gerade nicht intendiert, sondern das Parlament und der Haushaltsausschuss - und das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen - wollten eine Faktendarlegung, um ein politisch verantwortetes Konzept durchsetzen zu können. Für das, was Sie da gerade machen, haben Sie auch die grüne Unterstützung nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Was war denn die Frage?

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Frage war, ob Sie das bitte zur Kenntnis nehmen, dass das so vom Haushaltsausschuss intendiert gewesen ist!)

Ich nehme das zur Kenntnis und kann Ihnen sagen, dass das genau die Grundlage des Konzepts ist, das wir Ihnen vorlegen werden und genau de-

finiert: Was sind die Kriterien? Was sind die Parameter? Wie ist die Entwicklung in der Bevölkerung? Wo kommen Kinder hinzu? Wo bleiben die Kinder weg? Wie sind die Anwahlzahlen aus dem zweiten Jahrgang? Alles das werden wir Ihnen vorlegen, aber die Konsequenzen, die wir logischerweise daraus ableiten müssen, möchten wir mit den Menschen besprechen, und davon werde ich auch nicht abgehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Das Parlament darf das dann zur Kenntnis nehmen, was Sie mit den Menschen besprochen haben. Ist das Ihr Ziel?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das gebe ich dem Parlament zur Kenntnis, zur Entscheidung hier im Haus. Das Parlament wird dann darüber abstimmen, was wir Ihnen erarbeiten.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo vor Ort am meisten Stress und Widerstand war, und so wird es dann gemacht? Nein, so nicht! - Zurufe von der SPD und von der CDU)

Deswegen war ich auch in Osterholz! - Nein, Entschuldigung!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Zukunft der Erziehungsberatung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat den Erziehungsberatungsstellen bei?

Zweitens: Wie lange dauert es durchschnittlich, einen Termin in der Erziehungsberatung zu bekommen?

Drittens: Plant der Senat Veränderungen an der momentanen Struktur der vier Beratungsstellen in Bremen-Stadt und Bremen-Nord beziehungsweise

gibt es konkrete Überlegungen zu Zusammenlegungen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Erziehungsberatungsstellen als niedrigschwelliges Angebot, das unterschiedliche Leistungen wie Beratung und Therapie, präventive Angebote sowie Vernetzungsaktivitäten integriert, tragen entscheidend dazu bei, der Entstehung oder Verfestigung von Problemen bei Kindern, Jugendlichen und ihren Familien entgegenzuwirken und haben deshalb eine wichtige Funktion in der Jugendhilfe. Der Erziehungsberatung kommt auch deshalb eine hohe Bedeutung zu, weil sie zugleich ihre aus individuellen und präventiven Hilfsangeboten gewonnenen Erfahrungen nutzt, um zur Weiterentwicklung des regionalen Hilfesystems und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien beizutragen.

Zu Frage zwei: Nach Rücksprache mit den Beratungsstellen gibt es unterschiedliche Wartezeiten, um einen Beratungstermin zu erhalten: Danach kann die Wartezeit entweder ein bis zwei Wochen, ein bis vier Wochen, sechs bis acht Wochen oder acht bis neun Wochen betragen. In den Ferienzeiten oder bei Krankheitsausfällen kann sich die Wartezeit verlängern. Familien, die ein dringendes schwerwiegendes Hilfeanliegen haben, werden vorrangig angenommen.

Zu Frage drei: Dem Jugendhilfeausschuss und der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration wird in der kommenden Sitzung ein umfassender Sachstandsbericht zur Kenntnis gegeben, der die fachliche Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der Entwicklung des schulpsychologischen Dienstes beinhalten wird. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte der Beratung im Jugendhilfeausschuss und der Vorlage an dieser Stelle nicht vorgreifen, möchte aber doch noch einmal an einem Punkt nachhaken! Sie sagten, zwischen acht und neun Wochen ist Ihnen als maximale Wartezeit auf einen Erziehungsberatungstermin genannt worden. Unbesehen der Tatsache, dass in dringenden Fällen womöglich auch bessere Lösungen gefunden

werden können: Sind Sie mit mir der Meinung, dass acht bis neun Wochen zum einen auf eine sehr hohe Nachfrage deuten und zum anderen ein Zeitraum sind, der dem eher präventiven oder sehr kurzfristigen Charakter der Erziehungsberatungsstellen nicht gerecht wird und man an dieser Stelle schauen müsste, wie man die Wartezeiten verkürzen kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Dass es optimal wäre, dass jede Familie sofort einen Termin bekommt, ist klar. Wir sind uns aber einig, dass das angesichts der personellen Situation nicht darstellbar ist. Ich habe ja auch gesagt, in den Ferienzeiten oder wenn es Krankheitsausfälle gibt, ist es natürlich schwieriger.

Es gibt ja Empfehlungen einer Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, die davon ausgehen, dass die Beratung innerhalb von vier Wochen in 80 Prozent der Fälle stattfinden müsste. Davon sind wir dann natürlich bei den Situationen, in denen wir hier sechs bis neun Wochen angegeben haben, entfernt. Das ist gar keine Frage. Wichtig ist aber aus meiner Sicht, dass wir tatsächlich bei ganz dringenden Problemen in der Familie auch sofort einen Termin gewährleisten. Das ist sichergestellt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Feiern zur Verabschiedung in den Ruhestand**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Köhler, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Köhler!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viel Geld darf für Feiern zur Verabschiedung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand ausgegeben werden aufgrund welcher Regelung und aufgrund welcher Ermächtigungen durch den Haushaltsgesetzgeber?

Zweitens: Welche Regelungen gelten für Gesellschaften, die ganz oder mehrheitlich im städtischen Eigentum stehen?

Drittens: Wer veranlasste, organisierte und bezahlte wie viel für die Feiern zur Verabschiedung in den Ruhestand für a) den bisherigen Leiter der

Zentralverwaltung bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und b) den bisherigen Geschäftsführer der städtischen Bremer Parkraumbewirtschaftungs- und Management GmbH, BrePark?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Feiern im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind private Veranstaltungen, deren Kosten in der Regel entsprechend privat getragen werden. Ausnahmen bestehen lediglich in besonderen repräsentativen Einzelfällen, in denen ein öffentliches Interesse überwiegt. Öffentliche Mittel dürfen in den genannten Fällen nur in begrenztem Umfang und nur dann in Anspruch genommen werden, wenn vom Haushaltsgesetzgeber Mittel für Repräsentationsaufwand bereitgestellt worden sind. Generelle Regelungen bestehen nicht.

Zu Frage zwei: Die Organisationsentscheidung über die Ausführung von betrieblichen Feiern obliegt der Geschäftsführung. Diese wird tätig im Rahmen des Geschäftsführeranstellungsvertrags, des Gesellschaftsvertrags, der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats. Die Durchführung von betrieblichen Feiern gehört zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb und ist im Rahmen der vorgenannten Grundsätze eigenverantwortlich durch die Geschäftsführung zu organisieren. Bei auch nur mittelbaren Beteiligungsgesellschaften der Stadtgemeinde Bremen handelt es sich letztlich auch bei deren Betriebsausgaben um öffentliche Mittel. Diese sind im Spannungsfeld der öffentlichen Haushaltsnot und dem Wohl des Unternehmens abzuwägen.

Zu Frage drei a): Der bisherige Leiter der Zentralabteilung bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hatte anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand eingeladen. Die Feier zur Verabschiedung wurde von ihm organisiert und auch privat bezahlt. Haushaltsmittel wurden nicht in Anspruch genommen.

Zu Frage drei b): Die Verabschiedung des bisherigen Geschäftsführers der BrePark fand auf Veranlassung der Gesellschaft im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung statt. Die Organisation erfolgte im Wesentlichen durch Mitarbeiter der BrePark. Neben Politik und Verwaltung sollten insbesondere die Lieferanten, Mieter und Großkunden der BrePark angesprochen werden. Die Ver-

abschiedung des bisherigen Geschäftsführers diente damit der Kunden- und Geschäftspartnerpflege und der Einführung der zukünftigen Geschäftsführung im Interesse der am Markt agierenden Gesellschaft.

Eine endgültige Abrechnung der Kosten ist zum Zeitpunkt der Fragebeantwortung noch nicht erfolgt. Die BrePark ist Eigentümerin des von der Alex-Gastronomie genutzten Grundstücks, so dass der Gastronomiebetrieb exklusiv mietfrei genutzt werden konnte. Für Speisen und Getränke für die etwa 300 Gäste wurden 4650 Euro in Rechnung gestellt. Der Ordnerdienst kostete 145 Euro. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Waren diese knapp 5000 Euro für Speisen, Getränke und Ordnerdienst, von denen Sie hier gesprochen haben, alle Kosten, oder was kommt da ungefähr auf Bremen noch weiter zu? Können Sie das quantifizieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Ich sagte Ihnen ja in der Beantwortung meiner Frage, Herr Köhler, dass die endgültige Abrechnung leider zum Zeitpunkt der Beantwortung der Frage noch nicht vorliegt. Das sind die Kosten, die bis jetzt spezifiziert sind: zirka 5000 Euro, wie gesagt, 4650 Euro für Speisen und Getränke, der Ordnerdienst 145 Euro, der Saal ist wegen der Grundstücksgeschichte exklusiv kostenfrei zur Verfügung gestellt worden! Ich weiß nicht - ich bin nicht selbst da gewesen -, ob dort noch andere Amusements gewesen sind, die noch später abgerechnet werden.

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Möchte der Senat denn Mitteilung über die Höhe der Gesamtkosten machen, sobald die Abrechnung da ist? Das wäre ja vielleicht angebracht.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wenn wir gefragt werden, sicherlich!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Zum mietfreien Alex, nur, damit ich das richtig verstanden habe! Da gibt es eine Telefonnummer, da kann man anrufen und sagen: Ich bin Mitglied der Geschäftsführung der BrePark, und macht einmal das Alex klar, und dann wird das kostenfrei zur Verfügung gestellt. Habe ich das so richtig zusammengefasst?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Wie gesagt, die Feier ist von der Geschäftsführung organisiert worden, und welche einzelnen Absprachen da getroffen worden sind, weiß ich nicht. Der Senat hat festgestellt, dass die Räume erst einmal mietfrei benutzt werden konnten. Ich gehe dann davon aus, dass das auch so ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie teuer ist es denn normalerweise, ungefähr der Größenordnung nach, das Alex zu mieten? Wir haben nach der Höhe der Kosten gefragt. Jetzt wird uns hier mitgeteilt, dass da offenbar eine kostenfreie Überlassung von Grundstücken vom Alex stattgefunden hat, und jetzt wird hier zur Frage der tatsächlichen Höhe der Kosten nur ein Bruchteil gesagt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Herr Köhler, das ist nicht richtig! Um ganz sachlich zu bleiben, kann ich Ihnen das nur so berichten, wie es ist: Es ist mietfrei genutzt worden, das heißt, es sind keine Kosten entstanden. Die Kosten für Speisen und Getränke, soweit wir sie wissen, habe ich mit 4650 Euro spezifiziert. Der Ordnerdienst, der auch dort bemerkt worden ist, hat 145 Euro gekostet. Ich glaube schon, dass das, soweit es uns auch vorliegt bis zum jetzigen Zeitpunkt - wie gesagt, eine endgültige Abrechnung liegt noch nicht vor -, eine präzise Angabe der Kosten ist. Wo erst einmal keine Kosten sind, kann ich sie Ihnen nicht nennen, sondern Ihnen nur den Zustand beschreiben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich jetzt noch einmal den Gesamtzusammenhang zusammenfasse, dann geht es darum, dass die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, wenn sie Feiern haben, sie dann privat bezahlen, während Geschäftsführer beziehungsweise Mitarbeiter von Gesellschaften ihre Feiern vom Staat aus öffentlichen Mitteln bezahlt bekommen, je nachdem, wie

die Geschäftsführung der Gesellschaft das für richtig hält. Habe ich das so richtig zusammengefasst?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Die Frage habe ich Ihnen beantwortet. Sie haben nach einem konkreten Sachverhalt gefragt. Das waren zwei Verabschiedungen, die Sie angesprochen haben. Die eine ist, wie gesagt, selbst finanziert worden, und die andere ist so abgewickelt worden, wie ich Ihnen das beschrieben habe.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Im „Weser-Kurier“ war beschrieben worden, dass der Aufwand dieser Veranstaltung wie bei einer Krönungsfeier gewesen sei. Hält der Senat das für angemessen, auf Kosten der öffentlichen Hand solche Feiern in dem Umfang durchzuführen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Herr Köhler, ich vertraue, dass der „Weser-Kurier“ so berichtet, wie er berichtet. Ich sagte Ihnen, ich bin nicht selbst da gewesen, ich kann das nicht beurteilen, ich weiß aber auch, dass einige herausragende Mitglieder der Grünen dabei waren, die können Sie dann auch selbst fragen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Zukunft der Sport- und Grünflächen auf dem Oeversberg**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Quadratmeter soll die International University Bremen, IUB, von ihrem jetzigen Gelände zu welchem Quadratmeterpreis für den Science-Park abgeben, und wie viele Quadratmeter zu welchem Quadratmeterpreis soll sie dafür auf dem Oeversberg erhalten?

Zweitens: Wo im Ortsteil Grohn soll für die aufzubauende Sport- und Grünfläche des Oeversbergs Ersatz geschaffen werden?

Drittens: Welche Gründe sprechen aus Sicht des Senats gegen die von der Bevölkerung wiederholt vorgetragene Idee, auf Dauer - also unbefristet - gemeinsame Sportanlagen für Vereine, Grohner Bevölkerung und IUB-Angehörige auf dem Oeversberg vorzusehen und dafür die Sportflächen auf dem IUB-Gelände anderweitig, zum Beispiel für Colleges et cetera, zu nutzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat hat am 22.12.2004 beschlossen, den Science-Park im Norden der IUB zu realisieren. Der zukünftige Science-Park umfasst mehrere Flächen. Hierzu gehört eine zirka vier Hektar - brutto - große Erweiterungsfläche, die sich im Eigentum der IUB befindet. Die IUB hat sich bereit erklärt, diese Fläche für die Entwicklung des Science-Parks zur Verfügung zu stellen, wenn sie im Gegenzug ab 2015 die Osthälfte - zirka 4,8 Hektar - beziehungsweise im Bedarfsfall, aber frühestens ab 2025 die Westhälfte, zirka 3,2 Hektar, des Oeversbergs im Flächentausch erhält. Mit der IUB wurde vereinbart, dass dieser Flächentausch unentgeltlich erfolgen soll, wobei die IUB bei einer Nutzung der Osthälfte die Kosten für die erforderliche Konzentration der Sportanlagen auf der Westhälfte übernimmt.

Zu Frage zwei: Der Senat erwartet von der IUB eine verbindliche Erklärung, dass die Osthälfte des Oeversbergs frühestens 2015 benötigt wird und dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Einwände gegen die gegenwärtigen Nutzungen als Sportflächen erhoben werden. Bei einer Nutzung der Osthälfte des Oeversbergs für universitäre Zwecke kann eine Konzentration der Sportanlagen im Westbereich erfolgen. Eine vollständige Nutzung des Oeversbergs durch die IUB ist nicht vor 2025 vorgesehen. Dann kann es auch notwendig werden, die Sportplätze an einen anderen Standort zu verlegen.

Wo die Schaffung von Ersatzsportflächen erfolgen wird, ist unter anderem im Dialog mit den betroffenen Vereinen rechtzeitig vorher zu klären.

Zu Frage drei: Die IUB verfolgt ein in sich konsistentes und überzeugendes Konzept des Lernens, Lebens und Arbeitens auf einem „residential campus“ und setzt dieses in ihrer curricularen, extracurricularen und investiven Planung konsequent um. Freizeitaktivitäten in vielen Facetten, darunter auch in erheblichem Umfang sportliche Aktivitäten, sind wichtiger Bestandteil des Zusammenle-

bens der Studierenden aus über 80 Ländern und unterschiedlichsten Kulturen. Sie werden von den Studierenden selbst entsprechend ihren zeitlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten in unterschiedlichsten Disziplinen organisiert. Dabei ist es der IUB gelungen, ihre Sportanlagen zu bestimmten Tageszeiten für die Vereine aus der Umgebung zu öffnen. Dieses Angebot wird gern und rege angenommen. Angesichts des Erfolges des Campuskonzeptes wird die IUB an der bisher praktizierten Nutzung festhalten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Zukunft der Jugendverbandsarbeit**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat der Arbeit der Jugendverbände und der Jugendbildungsarbeit bei?

Zweitens: Welche Perspektiven sieht der Senat für diesen Bereich?

Drittens: Inwieweit kann der Senat die nach Paragraph 12 Kinder- und Jugendhilfegesetz, KJHG, geforderte Trägerpluralität angesichts geplanter massiver Kürzungen für die Jugendverbandsarbeit weiter aufrechterhalten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat stellt fest, dass nach dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz vom 22.12.1998 anerkannte Jugendverbände und demokratisch organisierte Jugendgruppen aufgrund der durch sie gewährleisteten Eigenverantwortlichkeit junger Menschen eine tragende Funktion in der Jugendarbeit haben. Er misst auch der außerschulischen Jugendbildung eine hohe Bedeutung bei, weil sie dem jungen Menschen ermöglicht, ein zur Selbstbestimmung fähiger Mensch zu werden, der seine Rechte kennt, in der Lage ist, seine Interessen wahrzunehmen und seine Handlungen zu verantworten, der die Rechte anderer achtet, sich solidarisch in

der Gesellschaft verhält und seine Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft erkennt und akzeptiert.

Zu Frage zwei: Das Bremische Kinder-, Jugend- und Familiengesetz verpflichtet die beiden Stadtgemeinden und das Land, die Jugendverbände und die außerschulische Jugendbildung nach Maßgabe der dazu erlassenen Richtlinien zu fördern. Die Förderung geschieht innerhalb des Rahmens, der durch den Haushaltsgesetzgeber bestimmt wird. Die für die Haushalte 2006 und 2007 durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zu erbringenden Kürzungen erzwingen eine erhebliche Reduzierung der Zuwendungsmittel.

Zu Frage drei: Die vom SGB VIII in Paragraph 3 geforderte Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen gilt weiterhin für die Jugendverbandsarbeit und die außerschulische Jugendbildung. Diese Forderung ist ein gesetzlicher Auftrag, der bei der Umsetzung der geplanten Kürzungen und unabhängig von der Höhe der bereitgestellten Haushaltsmittel zu beachten ist. Der Jugendhilfeausschuss muss daher entsprechende Festlegungen im Rahmen der beschlossenen Haushalte vornehmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie sprachen von Kürzungen in dem Bereich. Es handelt sich da ja real ungefähr um die Hälfte des momentanen Budgets, da sind wir uns einig, dass wirklich 50 Prozent wegbrechen würden. Sie haben in einer eigenen Stellungnahme gesagt, dass das Bremische Kinder-, Jugend- und Familiengesetz, das Sie in der Antwort mehrmals zitiert haben, mit diesem Anschlag von dann verbliebenen 300.000 Euro nicht mehr zu erfüllen sei, das heißt, der Senat geht hier sehendes Auges mit seinem Haushaltsvorschlag in eine Verletzung der eigentlich vorgegebenen gesetzlichen Ansprüche. Ist das so richtig?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Dass es eine schwierige Situation ist, das ist unbestritten. Das sehe ich auch so. Allerdings ist es nicht so, das haben Sie selbst gerade dargestellt, wir haben in der Tat eine drastische Kürzung von nahezu 50 Prozent der in diesem Bereich eingestellten Mittel, dass es komplett gestrichen wird. Wir müssten uns dann, wenn es so umgesetzt würde, wir sind ja erst am Anfang der Haushaltsberatungen, anschauen, wie wir die

gebotenen gesetzlichen Vorschriften im Detail umsetzen müssten. Das ist sicherlich keine einfache Aufgabe, die wir dann zu bewältigen hätten, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, es wäre eine drastische Einschränkung in der außerschulischen Jugendarbeit, gar keine Frage.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben also nach wie vor die Hoffnung, dass man auch mit dem um die Hälfte reduzierten Budget die Anforderungen des Kinder- und Familiengesetzes noch erfüllen könnte, wie auch immer?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Die Richtlinien, die wir haben, geben bestimmte Anforderungen vor, aber sie sind auch immer unter dem Haushaltsvorbehalt zu sehen, wie die inhaltliche Arbeit an vielen Stellen unter dem Haushaltsvorbehalt steht. Vor der Aufgabe, dies umzusetzen, müssten wir dann aus meiner Sicht unter Umständen mit den Trägern entsprechende Gespräche führen, um eine Entscheidung zu treffen, was wo und wie vertretbar wäre.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, können Sie zu diesem Zeitpunkt, mich interessiert der konzeptionelle Hintergrund der Kürzung, schon ungefähr absehen, welchen Einfluss das tatsächlich auf die Trägerlandschaft hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich möchte erst einmal sagen, es ist kein konzeptioneller Hintergrund der Kürzung, sondern schlicht und einfach der Tatsache geschuldet, dass wir nicht das Geld haben, was wir in der Jugendarbeit bräuchten. Der ganze Bereich Jugend, das ist Ihnen ja auch vertraut, ist sowieso unterfinanziert, das ist unseren finanziellen Rahmenbedingungen geschuldet. Da sind wir nicht in der Lage gewesen, aus eigener Kraft in anderen Bereichen - das wäre ja die Alternative gewesen - Geld wegzunehmen, was dann wieder Einsparungen an anderer Stelle zur Folge hätte, um das in den Jugendbereich zu geben. Das ist sehr bedauerlich, insofern ist es kein konzeptioneller Hintergrund. Das habe ich ja eben schon gesagt. Wir sind jetzt noch nicht so weit, dass wir sagen könnten, die Konsequenzen sähen genau an der Stelle diese und jene Einsparungen vor, das wäre dann noch zu leisten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, nachdem sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch die Sozialdeputation einstimmig einen Beschluss gefällt haben, der die Kürzungen in dieser Höhe zurückweist, hält es der Senat nach wie vor für vertretbar, ich habe die genaue Formulierung aus der Vorlage nicht im Kopf, aber es ging da um die Ziele Partizipation und Demokratie lernen, diese Ziele der Jugendarbeit damit aufzugeben? Hält der Senat dies nach wie vor in irgendeiner Form für politisch tragbar?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Hauptsache, es kostet nichts!)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das wäre schön! Um die Bemerkung von Frau Stahmann aufzugreifen! Wenn es nichts kosten würde, aber wir die Inhalte trotzdem umsetzen könnten, wäre das schön.

Wir haben ja diesen Auftrag, ich habe den Wortlaut jetzt auch nicht vorliegen genau wie Sie, Herr Crueger, aus den beiden Gremien. Wir müssen dann sehen, wie wir damit umgehen, aber ich kann Ihnen heute leider keine Lösung im Sinne dieses Auftrags präsentieren. Ich habe Ihnen die Situation geschildert, das hätte, wenn wir das im Ressort lösen müssten, eben Konsequenzen an anderer Stelle.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Hilfen für sehbehinderte Menschen bei abgeschalteten Ampeln?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie und wann wurden die Bürgerinnen und Bürger über die genauen Betriebszeiten von nachts abgeschalteten Ampeln informiert, und welche Beschwerden aus der Bevölkerung hat es bei der Umsetzung dieser Ampelnachtsabschaltung bisher gegeben?

Zweitens: Ist dem Senat bewusst, dass durch die frühzeitige Ampelabschaltung auch kein akustisches Signal mehr ertönt, wenn der Übergang frei ist, und somit sehbehinderten Menschen eine sichere Querung der Straße nicht möglich ist?

Drittens: Gibt es technische Möglichkeiten, dass zum Beispiel Sehbehinderte eine nachts abgeschaltete Ampel vorübergehend in Betrieb nehmen können, und wäre der Senat bereit, die Einführung solcher Möglichkeiten in Bremen in Betracht zu ziehen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Abschaltzeiten der Signalanlagen wurden intensiv mit den betroffenen Ortsämtern und der Polizei abgestimmt. Teilweise wurde diese Abstimmung im Rahmen einer Begehung vor Ort durchgeführt. Zu den mittlerweile umgesetzten Abschaltzeiten gab es vereinzelt Nachfragen aus der Bevölkerung, die sich jedoch nahezu ausschließlich auf die Abschaltzeiten an den Wochenenden bezogen.

Zu Frage zwei: Bei abgeschalteten Signalanlagen kann es aufgrund der technischen Konfiguration kein akustisches Signal geben. Die Signalanlagen werden im Regelfall erst nach 22 Uhr abgeschaltet. Zu dieser Tageszeit ist das Verkehrsaufkommen auf den Straßen entsprechend gering.

Zu Frage drei: Es gibt zurzeit keine technische Möglichkeit, eine komplexe Signalanlage an einer Kreuzung von sehbehinderten Menschen vorübergehend in Betrieb nehmen zu lassen. Reine Fußgängersignalanlagen, die außerhalb von Kreuzungen nur die Querung der Straße sichern, können unter bestimmten Voraussetzungen so umgerüstet werden, dass für die Sehbehinderten und Blinden eine signaltechnische Sicherung gegeben ist. Die Kosten für die Umrüstung der Anlagen liegen zwischen 3000 und 12.000 Euro, im Mittel zirka 9000 Euro. Für diese Umrüstung stehen jedoch keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Am Wochenende hat es dann anscheinend vermehrt Beschwerden geben, wie Sie ausgeführt haben, Herr Senator. Ist man bereit, Abschaltzeiten an den Ampeln, über die Beschwerde geführt worden ist, zu ändern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Es hat nicht vermehrt Beschwerden gegeben, wie mir die Kollegen des ASV, die Sie auch gut kennen, aufgeschrieben haben, es ist sehr vereinzelt zu Nachfragen gekommen. Ich will auch hier noch einmal auf meinen Sprechzettel schauen. Zu den jüngst vollzogenen Abschaltzeiten haben sich nur sehr wenige Bürger an uns gewandt. Das hat mir das ASV noch einmal aufgeschrieben. Bei den Nachfragen ging es überwiegend um die Abschaltung der Signalanlagen über das Wochenende. Nachts wurde eine Abschaltung von denen, die angerufen haben, begrüßt. Insgesamt gab es sehr wenig Reaktionen darauf. Von denen, die angerufen haben, haben fast alle Fragen zum Wochenende gestellt.

Selbstverständlich werden wir das fortlaufend überprüfen. Es ist keine Maßnahme, die jetzt für alle Ewigkeit fest zementiert ist. Wenn es zu berechtigten Beschwerden kommt, dann muss man im Einzelfall nachsteuern, das ist selbstverständlich. Das werden wir dann im Einzelfall überprüfen, so wie wir das bei den grünen Pfeilen auch gemacht haben. Da sind zusätzlich 150 aufgehängt worden, und dann gab es bei drei, vier Beschwerden, und die betreffenden Pfeile sind dann auch, wenn der Protest zu Recht war, vereinzelt wieder abgebaut worden. Selbstverständlich muss eine solche umfängliche Maßnahme, mit der wir die Nachtabschaltungen von zirka 35 auf knapp 70 Prozent in der Stadt erhöht haben, im Einzelfall nachgesteuert werden. Am Wochenende muss das noch einmal besonders überprüft werden. Wenn zum Beispiel ein Weg in Richtung Spielplatz geht oder aber Veranstaltungseinrichtungen in der Nähe sind, muss man das im Einzelfall noch einmal überprüfen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Schmidtman [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Wasserskianlage am Unisee**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pohlmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Senatsressorts sind mit dem Projekt „Wasserskianlage am Unisee“ befasst, und wie wird die Anlage von den jeweiligen Ressorts bewertet?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat der Betrieb der Wasserskianlage auf die derzeitige Nutzung, auf Flora und Fauna sowie auf die Belastung der angrenzenden Freiflächen und des Straßennetzes?

Drittens: Beabsichtigt der Senat, sich an den Kosten der Anlage sowie der notwendigen Infrastruktur zu beteiligen, und falls ja, aus welchen Ressorthaushalten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Anfang März 2005 hat ein Investor beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und beim Senator für Inneres und Sport das Vorhaben zur Errichtung einer Wasserskiliftanlage auf dem Stadtwaldsee vorgestellt. Der Bau einer Anlage auf dem Krimpelsee in Habenhausen ist an der Wasserqualität des Sees - Schmutzwasserüberlauf - gescheitert. Die Planungen für das Vorhaben umfassen eine Wasserskiliftanlage auf dem See - fünf Masten, acht Meter Höhe -, eine Startrampe und Maschinenhaus im Uferbereich sowie ein angrenzendes Gebäude mit Räumen für Gastronomie, Sanitär, Umkleiden, Shop und Personal.

Durch die Errichtung der Wasserskianlage auf dem Stadtwaldsee würde das Sport- und Freizeitangebot in Bremen erweitert. Ein solches Angebot ist in Bremen und seinem Umland einzigartig. Die Möglichkeit, Wasserski mit Hilfe einer Seilbahn durchzuführen, hat diese Sportart zu einem Breitensport geführt.

(Heiterkeit)

Ich verlese die Antwort des Senats!

In Deutschland gibt es derzeit rund 40 Anlagen dieser Art. Der Senat unterstützt diese attraktive neue Sportart, insbesondere zur Ertüchtigung der Jugendlichen, aber auch der älteren Mitbürger. Auch das Schulsportangebot kann durch diese neue Sportart erweitert werden.

Zu Frage zwei: Ein erster Entwurf sah die Errichtung der Anlage am Nordufer des Sees vor. Das Sportamt hat das Vorhaben mit den Nutzern des

Sees, darunter Vertreter der Sportfachverbände Fischerei, Windsurfing, Tauchen, Segeln, sowie mit der DLRG und nicht vereinsgebundenen Wassersportlern erörtert.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass der ursprünglich vorgeschlagene Standort am Nordufer die jetzigen Nutzer stark einschränkt, da dort die besten Bedingungen zum Tauchen, Surfen und Angeln bestehen. Des Weiteren wurde deutlich, dass der heutige Standort der Slipanlage am westlichen Ufer aufgrund der dort herrschenden schlechten Windverhältnisse für Segler/Surfer ungünstig ist. Durch die Verschattung durch Bäume ist das Südufer wenig attraktiv für Taucher. Es wurde darum am südwestlichen Ufer zwischen DLRG-Station und bestehender Slipanlage ein alternativer Standort für die Wasserskianlage vorgeschlagen. Die nun geplante Startrampe und das Servicegebäude liegen bei der vorhandenen Slipanlage. Die Durchgängigkeit des Uferweges würde erhalten bleiben. Voraussetzung dafür wäre die Schaffung einer neuen Einstiegsstelle/Slipanlage für Surfer, Segler und Taucher am Nordufer inklusive Pkw-Stellplätze und Aufstellfläche für die Container/Fertigaragen, die an der heutigen Slipanlage stehen.

Auf dem See gibt es heute zwei abgetrennte Badebereiche für Schwimmer, Textil- und FKK-Strand. Die Fläche des Schwimmbereichs beträgt zirka sechs Hektar, das entspricht 20 Prozent der Wasserfläche des Sees. Dieser Bereich bleibt unverändert erhalten. Die DLRG-Aktivitäten werden nicht behindert.

Die Anlage würde in der Zeit des geplanten Betriebs von Mai bis September zirka 5,6 Hektar - 19 Prozent - des Sees belegen. Somit stünde der übrige Teil der Wasserfläche von 17,3 Hektar - 60 Prozent - weiterhin für die anderen Nutzergruppen, Segler, Surfer, Angler, Taucher, zur Verfügung.

Die Gemeindegebrauchsverordnung lässt eine Nutzung des Sees durch unterschiedliche Sportarten zu. Hieraus resultiert eine entsprechende Verkehrssicherungspflicht der Stadtgemeinde Bremen. Insoweit wäre die „Verträglichkeit“ zwischen den jetzigen Nutzern und der Wasserskianlage sicherzustellen beziehungsweise gegenseitige Gefährdungen auszuschließen.

Die baulichen Anlagen der Wasserskianlage würden sich auf eine ungenutzte Freifläche an der Slipanlage beschränken. Die Eingriffsausgleichsbilanzierung für bauliche Anlagen und neue Parkplätze am so genannten Surferufer am nördlichen Hochschulring erfolgt im Bauantrag.

Der Stadtwaldsee mit seiner guten Verkehrsanbindung einschließlich des ÖPNV über den Hochschulring sowie die vorhandenen Parkplätze an der westlichen Seite des Sees bilden eine gute Anbindung, die nicht zu Störungen von Anwohnern führt.

Zu Frage drei: Eine finanzielle Unterstützung durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen ist ausgeschlossen. Der Investor trägt alle mit dem Bau der Anlage verbundenen Kosten. Bremen ist von allen mit der Verlegung der Parkplätze und der Slipanlage verbundenen Kosten freizustellen. - Soweit die Antwort des Senat!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Senator, in der Antwort des Senats, die Sie hier eben vorgetragen haben, sprechen Sie von der Erörterung mit Sportvereinen, mit Nutzern, die jetzt ihren Sport und ihre Freizeit im Bereich des Unisees betreiben. Können Sie mir bitte das Ergebnis dieser Erörterung mit den einzelnen Vereinen und der Initiative mitteilen, was dabei herausgekommen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Das Ergebnis kennen wir alle, weil es in der Zeitung gestanden hat, Herr Abgeordneter. Ich gehe davon aus, dass es nach wie vor Bedenken vor Ort gibt, und ich denke, die werden wir weiter bearbeiten, soweit wir konkrete Pläne des möglichen Investors hinsichtlich dieser Nutzung haben. Zurzeit ist es ja so etwas wie eine Vorerörterung, es wird endgültig und konkret natürlich noch beraten werden müssen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Bürgermeister, Sie haben per Einschreiben ein Schreiben an den Bausenator auch zu Ihrer Kenntnisnahme bekommen, in dem sich insgesamt zwölf Vereine, Initiativen, Schulen, also alle Einrichtungen, auch der freie Sport, eindeutig gegen diese Anlage aussprechen, insbesondere mit Hinblick auf die Einschränkungen, die in ihren Bereichen zu erwarten sind. Sie sprechen von einer Nutzung nach der Gemeindegebrauchsverordnung. Letztlich haben Sie vollkommen Recht, das ist eine Nutzung auch dann, wenn es nicht im Widerspruch steht, dass dies möglich ist. Nur, ist Ihnen bekannt, dass von diesen zwölf Einrichtungen sehr detailliert auch einzelne Bereiche angeführt worden sind, wo dann der Sport, der jetzt dort betrieben wird, nicht mehr möglich ist, wenn diese Wasserskianlage kommt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Die Eingabe ist mir natürlich bekannt, weil ich sie bekommen habe. Wir prüfen zurzeit, inwieweit sie sich auf die alten Planungen bezieht und diese Einwendungen gegen die alten Planungen auf die neuen Planungen an dem anderen Standort übertragbar sind, aber eine abschließende Entscheidung werden wir erst treffen, sobald alle notwendigen Unterlagen vorliegen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Bürgermeister, Sie sprechen auch davon, das hat ja auch zur allgemeinen Erheiterung des Hauses beigetragen, dass diese Wasserskianlage insbesondere zur Erziehung der Jugendlichen und auch des Schulsports beitragen soll. Ist Ihnen bekannt, dass alle Schulen, die diesen See für den Schulsport nutzen, insbesondere Segelsportbereich Optimisten, sich eindeutig dagegen ausgesprochen haben, weil sie dann existentiell eine Bedrohung für ihre Schulsportart sehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Das hängt mit der Frage zusammen, ob hier bestimmte Nutzungsmöglichkeiten in bisheriger Form durch die künftige Nutzung eingeschränkt oder ausgeschlossen werden oder nicht. Die Frage ist in Abwägung noch nicht endgültig entschieden. Im Übrigen bleibe ich dabei, dass ein solches Wasserskiangebot im Prinzip natürlich eine Bereicherung des Angebots in Bremen ist. Wenn wir so etwas bekommen, ohne dass wir dadurch etwas anderes verlieren, das auch noch ein Privatmensch finanziert und das, ich sage einmal, planungsrechtlich geht und konsensual möglich ist, bin ich dafür, dass wir das machen, weil ich es für attraktiv halte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Aber, Herr Bürgermeister, Sie werden sich sicher gut daran erinnern, dass auch die Sportvereine, die jetzt existentiell bedroht sind, insbesondere durch den Abbau der Übungsleiterpauschale und mit dem Wegfall der Toto-/Lottomittel, Ihnen die Frage gestellt haben, ob es nicht besser wäre, hier die Rahmenbedingungen der vorhandenen Sporteinrichtungen sicherzustellen, bevor man sich auf neue Wege und Zukunftsprojekte macht, die auch noch sehr vage sind. Das vielleicht noch einmal als Feststellung mei-

nerseits! Ich weiß, dass wir da noch in vielen Bereichen diskutieren müssen. Aber eine letzte Frage habe ich noch.

Sie beantworten Frage drei so, dass es keine finanzielle Unterstützung des Senats für den Bau, für den Betrieb der Anlage, für Investitionen und alle Maßnahmen, die dort anfallen, geben wird. Wie beurteilen Sie denn den Sachverhalt, dass am 26. Mai der Sportamtsleiter auf einer öffentlichen Beiratssitzung in Horn-Lehe gesagt hat, dass die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen von Seiten der Senatsressorts Bau und Sport bezahlt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich war bei der letzten Sitzung nicht dabei. Ich will zu Ihrer Eingangsbemerkung etwas sagen, dass Sie sagen, hier gibt es eine Verbindung zur Übungsleiterpauschale. Ich glaube, dass die Bereitschaft dieses Investors, Zuschüsse zu Übungsleitern zu bezahlen, relativ begrenzt ist. Er will ein Investment tätigen und rechnet das, und wir haben am Ende zu beurteilen, ob wir das vertreten wollen, was er plant, ob wir das für eine Bereicherung halten, auch in der Abwägungsentscheidung. Deswegen macht das keinen Sinn, das jetzt über Toto-/Lottomittel und Übungsleiterpauschalen zu tun. Das hat mit diesem Investment überhaupt nichts zu tun, weil er ja nicht alternativ dem Staatshaushalt Geld zur Verfügung zu stellen bereit ist, sondern entweder das hier macht oder gar nichts macht.

Ich war bei der Sitzung am 26. Mai nicht dabei, aber Sie wissen auch, dass wir gemeinsam hinterher in der Sportdeputation zusammengesessen haben, und da war die Aussage eindeutig. Es gibt für diese Investition genauso wenig öffentliche Zuschüsse wie für den Betrieb hinterher. Das ist ein privatwirtschaftliches Engagement, und das soll es auch bleiben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Nur noch eine abschließende Frage! Ich gehe davon aus, dass wir über den weiteren Werdegang auch des Planungsstands und der Vorhaben des Senats in der zuständigen Fachdeputation noch einen Bericht bekommen und dies auch gemeinsam noch diskutieren werden.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich teile Ihre Einschätzung, dass der Kollege Eckhoff als langjähri-

ger Abgeordneter den Soverän selbstverständlich ordnungsgemäß beteiligen wird.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Tschöpe, bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Bürgermeister, ich nehme hier befriedigt zur Kenntnis, dass keine öffentlichen Mittel eingesetzt werden sollen, um dieses private Invest zu stützen. Nun geht es aber darum, dass bisher im allgemeinen Nutzen befindliche Flächen privaten Erwerbsinteressen zugeführt werden sollen. Ist im jetzigen Projektstand angedacht, dass der private Investor neben dem Verzicht auf öffentliche Förderung vielleicht auch für diese Nutzung öffentlicher Flächen Geld an die Stadtgemeinde Bremen entrichtet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich habe eben hilfesuchend zu meinem Kollegen geschaut. Die Frage können wir zurzeit noch nicht beantworten, weil wir noch kein endgültiges Konzept vorliegen haben. Wir werden es abschließend beurteilen, sobald es ein entsprechendes Konzept gibt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Würden Sie eine solche Entschädigung der Allgemeinheit durch einen privatgewerblichen Investor für angemessen halten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Wir werden am Ende zu einer Gesamtabwägungsentscheidung kommen müssen, was der Vorteil einer solchen Anlage ist, was sind gegebenenfalls die Nachteile, und dann werden wir eine solche Frage in diesem Zusammenhang zu beantworten haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Busch!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Nachdem die Fragen von meinen Kollegen nach den finanziellen Auswirkungen eben schon beantwortet wurden, habe ich nur noch eine Frage. Ist damit zu rechnen, dass die Senatoren der betroffenen Ressorts durch einen Sprung ins Wasser vor der Sommerpause den Sinn der Wasserskianlage noch einmal beweisen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Was die Wassermenge betrifft, dürfte das an der Stelle kein Problem sein. Wenn das Bremische Seilbahngesetz das zulässt, ist das erwägenswert!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Wunderbar! Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/332 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Röwekamp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass in die Frage, ob wir die Verfolgung von illegalem Farbvandalismus hier noch optimieren können, Bewegung gekommen ist. Es ist sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene respektive auf städtischer Ebene, muss man ja sagen, über das Ortsgesetz und die Vorlage eines Entwurfs diese Bewegung entstanden.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Das ist, ich will das noch einmal sagen, aus meiner Sicht äußerst erfreulich.

Die zeitliche Abfolge der gesetzlichen Maßnahmen zwischen Bremen und dem Bund lässt es sinnvoll erscheinen, das will ich eingangs sagen, dass die Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung, so wie sie uns hier heute vorliegt, an die Innendeputation zu gegebener Zeit überwiesen wird, wenn der Gesetzentwurf des Bundes den Bundesrat passiert hat. Ich gehe davon aus, dass das geschieht und wir in der Innendeputation dieses Thema wieder aufrufen, um

dann zu entscheiden, ob wir dieses Ortsgesetz auch tatsächlich ändern wollen oder müssen.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal zum Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung! Es gab am 3. November 2004 bereits eine Vorlage in der Innendeputation zu diesem Thema, die zum Ziel hatte, durch ortsgesetzliche Regelungen unterhalb der Schwelle einer strafrechtlichen Relevanz den Erscheinungen von Farbvandalismus entschieden entgegenzutreten. Die damalige Initiative erfolgte, weil der Sachbeschädigungstatbestand im Strafgesetzbuch entscheidende Probleme im Hinblick auf die Ahndung und Verfolgung solcher Graffiti-fälle in sich barg und eine Änderung der Paragraphen 303 und 304 StGB nicht in Sicht war.

Der Entwurf vom September 2004 wurde meines Wissens einstimmig in der Deputation gebilligt. Damals wie heute konnte dieser neue Ordnungswidrigkeitentatbestand nur öffentliche Einrichtungen erfassen, nicht aber privates Eigentum, das durch illegale Sprayer heimgesucht wurde. Diese Einschränkung lag schlicht und ergreifend daran, dass durch den rechtlichen Rahmen für die Ortsgesetzgebung nach dem Gesetz über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden die Einbeziehung von privatem Eigentum, das nichtöffentlichen Zwecken dient, nicht möglich ist.

Meine Damen und Herren, diese damals verabschiedete Initiative wurde bis zur jetzigen Vorlage vom 24. Mai 2005 noch einmal überarbeitet. Unter anderem wurde zwischenzeitlich der Paragraph 10 noch weiter konkretisiert sowie das angedrohte Bußgeld von 250 auf 2500 Euro heraufgesetzt. Insgesamt ist hervorzuheben, dass diese ortsgesetzliche Regelung das Vakuum nach Paragraph 303 StGB ausgefüllt und dort gegriffen hätte, wo durch Farbschmierereien oder Plakatierungen keine Beschädigung der Sache in der Substanz nachweisbar ist und damit der Paragraph 303 keine Anwendung finden könnte.

Meine Damen und Herren, ich bin dem Senat dankbar, dass er die Konsequenzen aus dem jahrelangen Verschiebepbahnhof in Sachen Änderung des Sachbeschädigungstatbestandes im Strafgesetzbuch gezogen und die Ergänzung des Ortsgesetzes initiiert hat. Gleichwohl müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nunmehr endlich ein gemeinsamer Entwurf der Berliner Koalition und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Opposition vorliegt, der in Kürze den Bundesrat, ich habe es gesagt, erreichen wird.

Ich habe auch, wie gesagt, keinen Zweifel daran, dass der Bundesrat diesem Entwurf folgen wird. Im Wesentlichen sieht auch der Bundestagsentwurf vor, die Verfolgung und Ahndung dadurch zu

erleichtern, dass die novellierten Paragraphen 303 und 304 StGB nun auch wirksam werden, wenn die fremde Sache nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend im Erscheinungsbild verändert wurde. Dies ist ein Kompromiss.

Die CDU/CSU hatte einen weiter gehenden Vorschlag, als diese Gesetzesinitiative vorsieht. Gleichwohl hat sie eingelenkt und hat, damit dies vorankommt, diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung und der SPD-Grünen-Koalition zugestimmt. Beide Vorschläge haben aber eines gemeinsam: Sie ersparen zukünftig kostenträchtige Gutachten über die Beschädigungsart einer Sache, und damit ersparen sie auch die Fragestellung, inwieweit die Substanz beschädigt ist oder eben nicht, nur wenn sie beschädigt ist, ist ja der Paragraph 303 StGB anwendbar. Insofern, denke ich, können wir zunächst mit der Initiative von Rotgrün leben. Ich hoffe auch, meine Damen und Herren, dass der geänderte Sachbeschädigungstatbestand nach den Paragraphen 303 und 304 StGB dazu beiträgt, normenverdeutlichend auf die meist jugendlichen Täter einzuwirken und so die Aufgabe der Jugend- und Stadtentwicklungspolitik in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Graffiti hervorhebt.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich nicht alles wiederholen, was aufgrund zahlreicher Initiativen, gerade aus meiner Fraktion, hier zu diesem Thema gesagt wurde. Einen Punkt lassen Sie mich allerdings einmal herausheben! Die Verfolgung und Ahndung solcher Taten muss sich ausschließlich auf illegale Sprayer beziehen, die sich auch durch vielfältige präventive Maßnahmen nicht abhalten lassen, solche Taten zu begehen. Bremen hat in den letzten zehn Jahren erheblich investiert, um Flächen zu reinigen, Flächen für legales Spraying anzubieten oder aber auch über jugendpflegerische Maßnahmen auf potentielle illegale Sprayer einzuwirken.

Als Beispiel einer positiven Entwicklung nenne ich das Rathaus, weil es immer im Blickfeld ist. Aus meiner Sicht hat sich da etwas getan. Das Rathaus ist nämlich seit langem nicht mehr besprüht worden. Das war vor Jahren noch anders, da konnte man fast wöchentlich neue Besprühung und ihre Entfernung sehen. Dieses Spielchen wurde eine ganze Zeit gespielt, hat sich aber offenbar erledigt. Das ist auch gut so!

Meine Damen und Herren, ich habe auch den Eindruck, dass sich die Auffassungen bei den anderen Fraktionen gegenüber früheren Einlassungen in Debatten in diesem Haus geändert haben. Wenn der Eindruck richtig ist, wäre das sehr erfreulich. Unsere Fraktion, darauf darf ich hinweisen, hat sich bereits 1996 dieses Themas ange-

nommen und es kontinuierlich über die Jahre verfolgt. Auch die rotgrüne Bundesregierung ist aber offenbar kurz vor Toresschluss - entgegen vorheriger Haltung - zu neuen Ufern gekommen. Das ist ebenfalls zu begrüßen, nachdem die CDU/CSU Initiativen zur Änderung des Sachbeschädigungsparagraphen regelmäßig von Rotgrün abgeschmettert bekommen hat.

Der vorletzte Vorstoß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stammt aus dem Januar 2003. Rotgrün lehnte damals ab. So kam es dazu, dass erst nach sieben Jahren rotgrüner Auseinandersetzung über die Frage einer solchen Neuregelung diskutiert wurde und dann nach sieben Jahren nun endlich dieser Gesetzentwurf vorliegt, dies alles vor dem Hintergrund, dass jährlich etwa 200 bis 500 Millionen Euro Schäden durch illegalen Farbvandalismus entstehen.

Abschließend noch eine Bemerkung zu den Kollegen Grotheer und Kleen, die sich aus meiner Sicht etwas sachverhaltenswidrig in der Presse nach dem Motto geäußert haben, die CDU/CSU habe verhindert, dass es zu einer Gesetzesänderung komme! Dies ist mitnichten so, ganz im Gegenteil: Eben Rotgrün hat seit sieben Jahren entsprechende Initiativen der CDU/CSU abgelehnt! Das ist der wahre Hintergrund, und deswegen sollte man auch bei diesem Sachverhalt bleiben.

Ein letzter Satz: Herr Grotheer, Sie stellen morgen ja noch eine Frage in der Fragestunde. Ich kann Ihnen nur empfehlen, lassen Sie sich einmal alle Protokolle aus den Fragestunden und aus den Debatten geben! Darin ist dezidiert aufgeführt, welche Auffassung der Senat zu diesem Thema hat, und dann würden sich diese Fragestellungen auch im Grunde erübrigen. Ich kann Sie natürlich nicht abhalten, ich kann Ihnen das nur empfehlen. Es gibt wirklich genügend Material, beginnend spätestens 1996, und da ist das alles nachzulesen!

(Beifall bei der CDU - Abg. Grotheer [SPD]: So lange bin ich noch nicht dabei!)

Vizepräsident Ravens: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Grund unseres Ortsgesetzentwurfes ergibt sich aus dem ersten Satz unserer Begründung: Wir wollen den Tatbestand der Sachbeschädigung ergänzen, darauf hat Rolf Herderhorst schon ausreichend hingewiesen. Den klaren Zusammenhang mit den Defiziten in der Bundespolitik in der Bundesgesetzgebung haben wir ebenfalls in der Begründung zum Ortsgesetz

nachlesen können, auch das hat Rolf Herderhorst gut beschrieben.

Zum letzten Satz des zweiten Absatzes der Begründung können wir inzwischen Änderungsbedarf anmelden. Er heißt bisher: „Es ist zurzeit nicht abzusehen, ob und wann eine Gesetzesänderung beschlossen werden wird.“ Wir können heute absehen: ja, das Gesetz wird geändert, und wann? Am Freitag hat der Bundestag entschieden, am 8. Juli soll der Bundesrat folgen. Damit entfällt die Grundlage für unser Ortsgesetz, offensichtlich aber nicht die Grundlage für unsere Debatte.

Ich stimme ausdrücklich Bürgermeister Röwekamp, wie ja manchmal, zu, der gestern in der Presseerklärung angeregt hat, die Beschlussfassung über die Änderung des Ortsgesetzes auszusetzen. Das machen wir gemeinhin ohne Debatte. So hätten wir es auch heute tun können, aber die CDU hat auf Debatte und Überweisung an die Innendeputation bestanden. Dafür kann es mehrere Gründe geben.

Erstens, Herr Herderhorst hat es schon angesprochen, die CDU traut dem CDU-dominierten Bundesrat nicht, und trotz der Zustimmung der CDU im Bundestag geht sie davon aus, dass am 8. Juli das Gesetz noch in den Vermittlungsausschuss gehoben wird. Dagegen kann ich nun nichts sagen, weil, wie Herr Herderhorst gerade schon angemerkt hat, ich auch erhebliche Skepsis im Hinblick auf die bundespolitische Zuverlässigkeit der CDU habe. Dann macht die Überweisung in die Innendeputation Sinn und die Debatte hier im September Spaß.

Zweitens könnte es aber auch daran liegen, dass die CDU noch einmal öffentlich darauf hinweisen will, wer denn nun die brutalstmöglichen Graffiti-bekämpfer sind. Dann macht die Überweisung aber eigentlich keinen Sinn, denn das erledigen wir jetzt durch diese Debatte, und wenn wir dann davon ausgehen, dass die Innendeputation sagt, okay, das Gesetz ist, wie wir heute alle wissen, obsolet, dann wissen wir eigentlich gar nicht, was wir damit machen sollen. Sollen wir das dann in der Deputation beerdigen, oder sollen wir das wieder hierher zurücküberweisen?

Also: Nichts Genaues weiß man nicht, aber wir debattieren trotzdem, und ich will der CDU auch den Gefallen tun, ihr auf den Leim zu gehen! Es ist richtig, dass wir uns mit den hier in Rede stehenden Regelungen schwerer tun als die CDU. Für uns ist es gute rechtsstaatliche und politische Übung oder Tradition, das Strafrecht als Ultima Ratio einzusetzen. Verschärfungen oder Veränderungen haben oft nur symbolische Bedeutung, die

hier aber völlig unnötig ist, weil, auch darauf ist hingewiesen worden, die Ablehnung solcher Schmierereien inzwischen breiter Konsens ist.

Das entscheidende Problem der Graffitibekämpfung löst das Strafrecht nicht und auch nicht das Bremische Ordnungswidrigkeitengesetz. Der Petitionsausschuss des Bundestages hat eine Anhörung durchgeführt und nach eingehender Prüfung festgestellt, das klingt ein bisschen nach Binsenweisheit, dass das Hauptproblem bei der Graffitibekämpfung die Täterermittlung ist. Viele Sprayer können nicht ermittelt werden, es gibt ein erhebliches Vollzugsdefizit beim Strafvollzug. Bremen macht da keine Ausnahme, insbesondere auch, seitdem die sehr erfolgreiche Arbeit der Soko Graffiti in die Fläche verteilt worden ist.

Bei unserem Ortsgesetz hat sich die SPD auch gequält, der Sprecher der CDU hat darauf hingewiesen, weil wir nicht einsehen wollten, warum das Ortsgesetz nur öffentlich genutzte Gebäude schützen sollte, aber private nicht, und wir haben deshalb auch noch einmal in der Deputation eine Prüfung in diese Richtung erbeten. Die hat nun ziemlich lange gedauert, das gebe ich zu, aber nun wissen wir, dass es wegen der Rechtsetzungsbefugnis nicht geht, weil wir als Land dafür nicht zuständig sind. Das ist noch ein Grund mehr, die viel breitere Änderung des Strafgesetzbuches abzuwarten.

Herr Herderhorst, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie ja schon immer und viel eher als wir Graffiti und Farbvandalismus oder Schmierereien bekämpfen wollten. Ich will an dieser Stelle auch deutlich sagen und Legenden vorbeugen: Auch die SPD ist gegen die Verschandelung der Innenstädte mit Schmierereien! Wir sind ebenso fassungslos über Sprayer, die nicht einmal vor historischer Bausubstanz wie unserem schönen Rathaus Respekt zeigen können. Weil es diese Defizite in der Beweisführung der Paragraphen 303 und 304 des Strafgesetzbuches ganz offensichtlich gibt, kann und konnte die SPD auch den Weg über die Strafrechtsänderung dieser Paragraphen mitmachen, weil sie bei der Beweiserhebung Erleichterung verspricht, ohne den Straftatbestand in der Substanz zu verschärfen.

Aber, Herr Herderhorst, selbst Sie haben an dieser Stelle sehr deutlich darauf hingewiesen, worauf es wirklich ankommt, nämlich, dass wir über wirksame Maßnahmen nachdenken, ohne auf kurzfristige öffentliche Effekte zu schielen, und die Verantwortung für das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt wahrnehmen wollen.

Ich will hier gar nichts verharmlosen und auch keine Entschuldigungsdebatte über Graffiti als

Kunst oder Ausdruck einer jugendlichen Subkultur beginnen. Aber jugendliche Sprayer, wie zum Beispiel in einem Text der CDU-Bundestagsfraktion, als Verbrecher zu bezeichnen, das sind nach der Definition Täter von Delikten, die mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bedroht werden, das tut der Sache nicht gut und hilft schon gar nicht, nach notwendigen präventiven Maßnahmen zu suchen, denn es geht nur mit den Jugendlichen, präventiv zu wirken, unter denen es sicher unverbesserliche Intensivtäter gibt, aber dafür ist das Strafrecht da, dafür haben wir es.

Unter diesen Jugendlichen gibt es aber auch eine Menge Ausprobierer, die mit einer legalen Wand oder kleinen Aufträgen, so wie wir das hier geschrieben haben, oder auch zu Hause mit „einem hinter die Löffel“ auf dem richtigen Weg gehalten werden können.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn das für eine Erziehungsmethode!)

Bei uns nicht, aber es gibt ja durchaus auch Befürworter solcher Erziehungsmaßnahmen, die wollte ich hier einbeziehen!

Meine Damen und Herren, wer Graffiti wirklich wirksam aus der Welt haben will, der muss mit einem ganzen Maßnahmenpaket aus dem Koffer der Jugendpolitik aufmarschieren und darf dabei auch etwas Stadtentwicklungs- und Baupolitik mit hineinmischen. Er muss die Straftäter durch eine kompetente Polizei und entschlossene Strafverfolgung dingfest machen. Wir kümmern uns heute nur um den zweiten Teil, ohne dass wir, die SPD, den ersten Teil völlig aus den Augen verlieren wollen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man darf ja die Zeit der Abgeordneten, der Presse, der Öffentlichkeit nicht unnötig, finde ich, in Anspruch nehmen. Wir haben hier einen Vorgang, bei dem zumindest die Presseerklärung des Innensensors, die Rede des Kollegen Kleen von der SPD-Fraktion und meine Position für Bündnis 90/Die Grünen übereinstimmen - bei der CDU bin ich mir noch nicht so ganz sicher -, dass nämlich durch die Einigung im Bund, die jetzt zustande kommt, auch Herr Herderhorst hat bestätigt, dass das wohl so ist, dieses Ortsgesetz überflüssig wird

und dass wir jetzt nur noch einen Weg suchen müssen, damit wir die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Warum es dennoch diese Debatte gibt und welche Position die CDU vertritt, ist immer noch unklar, aber vielleicht werden wir es noch im weiteren Verlauf herausfinden, meine Damen und Herren.

Die Kolleginnen und Kollegen des Beirats Neustadt haben es uns vorgemacht. Dort hat es letzte Woche auch eine Befassung mit diesem Thema gegeben. Man hat es von unterschiedlichen Seiten aus beraten und ist einstimmig zu einem Beschluss im Konsens gekommen, in dem man gesagt hat, in diesem Dreisprung, der auch eben vom Kollegen Kleen angesprochen worden ist, Prävention, Jugendarbeit, aktive Polizeiarbeit vor Ort plus Unterstützung jetzt der bundesweiten Neufassung des Strafgesetzbuches, so soll es aussehen. Ich finde, wir sollten jetzt hier nicht hinter die Weisheit des Beirats Neustadt zurückfallen, sondern wir sollten hier auch feststellen, dass wir einen Konsens in dieser Frage haben, dass es zwischenzeitlich einen Entwurf für ein Ortsgesetz gab, der liegt uns vor, in dessen Begründung, die ich mir jetzt erspare auch aus Zeitgründen noch einmal vorzulesen, darauf wurde auch schon hingewiesen, steht ausdrücklich, wir brauchen dieses Ortsgesetz, weil es keine Einigung im Bund gibt.

Nun hat der Bundestag mit den Stimmen von Rotgrün und der Union beschlossen. Der Bundesrat hat angekündigt, das am 8. Juli nachzuvollziehen. Von daher entfällt die Begründung, und wenn die Begründung entfällt, dann sollte eigentlich auch das Ortsgesetz entfallen. Meine Damen und Herren, das sollte eigentlich viel schneller gehen und sollte gar nicht mit einer weiteren langen Befassung in der Bürgerschaft einhergehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher denke ich einmal, dass wir einen Weg finden. Wir werden der Überweisung in die Innendeputation zustimmen.

Wir gehen davon aus, dass die Überweisung an die Innendeputation nur ein formaler Schritt ist, um dort festzustellen, dass die Innendeputation ihren Wunsch, dieses Ortsgesetz auf den Weg zu bringen, zurücknimmt und gleichzeitig den Senat auch bitten wird, seinen Beschluss in ähnlicher Weise zurückzunehmen. Wir können mit diesem Verfahren gern warten, bis der Bundesrat tatsächlich abgestimmt hat. Demjenigen, der noch Zweifel hat, ob das am 8. Juli im Bundesrat tatsächlich so ausgeht, stimme ich gern zu, dass wir noch warten können, bis wir das schwarz auf weiß haben und bis das Gesetz ausgefertigt ist.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Ansonsten, finde ich, ist es kein besonders interessantes Spiel für die Bürgerinnen und Bürger, wenn wir in der Bremischen Bürgerschaft versuchen, uns nun entweder gegenseitig zu belobigen, dass wir die tollsten Graffiti-Jäger sind, oder uns gegenseitig vorzuwerfen, dass wir da besonders lasch sind. Ich finde, in diesem Dreischritt, Prävention, Verfolgung der Straftaten und gemeinsame politische Korrektur dort, wo sie notwendig ist, wie sie jetzt im Bund auf den Weg gebracht ist, sind wir sozusagen dann ein Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger, wie wir mit dieser Frage umgehen. Gegenseitige Beschuldigungen, das Wettrennen, wer war der erste, wer war der letzte bei der Bekämpfung dieser Phänomene, helfen uns gar nichts!

Es hilft auch die Aufrüstung der Sprache nicht, also vom Farbvandalismus, von den Verbrechern und so weiter, das hilft uns gar nicht! Wir haben es mit einer ganz sachlichen Lage des Strafrechts zu tun. Wer gegen das Strafrecht verstößt - diese Taten müssen verfolgt werden -, muss ausfindig gemacht und muss bestraft werden. Wer dies nicht macht, der kann mit dem Schutz des Gesetzes sozusagen friedlich weiterleben. Hier verläuft nach wie vor die Trennung, auch wenn Sie von der CDU offensichtlich einen Bereich gefunden haben, wo Sie meinen, dass das das Profil etwas schärfen würde, wenn Sie das etwas mehr betonen als die anderen.

Insofern hoffe ich, dass der Konsens hier besteht, dass diese Überweisung bedeutet, dass ein Gesetz, dessen explizite Begründung nicht mehr vorhanden ist, weil der Bund einen anderen Weg gegangen ist, dass dieses Gesetz dann nicht verabschiedet wird, sondern dass es in der Innendebatation quasi abschließend beraten wird, abschließend heißt in dem Fall, dass wir dort die Änderung der Bundeslage zur Kenntnis nehmen und dass wir uns dieses Ortsgesetz für Bremen dann schenken.

Ich hoffe, dass es noch Aufklärung von Seiten des Senats und von der CDU gibt, ansonsten wäre es sehr bedauerlich, weil wir nach außen ein Bild vermitteln würden, dass wir da nicht an einem Strang ziehen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, dass Sie kein Interesse am Wettrennen haben, kann ich verstehen, Sie haben das Rennen nämlich schon längst verloren. Die CDU hat

weit geführt, über mindestens sieben Jahre im Bundestag immer wieder versucht, hier zu der Regelung zu kommen, die jetzt letztendlich auch Gegenstand des bundesgesetzlichen Verfahrens ist.

(Beifall bei der CDU)

Vorher haben wir es aus dem Bundesrat heraus versucht. Sie erinnern sich, wir hatten einmal die komfortable Situation, dass wir im Bundestag die Mehrheit hatten, aber Rotgrün im Bundesrat dominiert hat. Seinerzeit gab es im Bundestag entsprechende Vorstöße, die haben Sie im Bundesrat angehalten. Ich weiß gar nicht mehr, wie lange Sie es insgesamt angehalten haben, auf jeden Fall sind Sie der Letzte, der über die Ziellinie marschiert ist. Ich heiße Sie trotzdem noch herzlich willkommen, Sie sind immerhin Dritter geworden! Am Ende zählt nur das Ergebnis für die Menschen draußen, die jetzt wissen, jawohl, es gibt einen gesellschaftlichen Konsens, erstens Farbvandalismus - und ich bleibe bei dem Begriff, Graffiti ist verharmlosend - wird gesellschaftlich geächtet. Herr Kleen, ich sage Ihnen ganz deutlich, gesellschaftliche Ächtung findet durch Straftatbestände statt, und deswegen ist es genau richtig, dass es ein Straftatbestand wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, dass ich nicht einmal meiner Frau, geschweige denn meinen Kindern, erklären konnte, worin der Unterschied zwischen einer strafbaren Handlung von Graffiti oder Farbvandalismus mit Substanzverletzung und ohne Substanzverletzung lag. Ich gebe zu, trotz meines juristischen Studiums habe ich mir das selbst aneignen müssen, worin der feine juristische Unterschied liegt, aber Sie werden zugeben, dass das der Öffentlichkeit schwer vermittelbar war. Dass einem Polizeibeamten auch, wenn er einen Täter gestellt hat, vor einer Wand, die gerade besprüht worden ist, sich jetzt erst einmal die Frage aufdrängt, ist da jetzt die Substanz verletzt oder nicht, ist auch, sage ich einmal, schwer nachvollziehbar!

Also, wir hatten ein ganz klares Defizit in unserem Gesetz, das eindeutig geregelt hat, dass, egal ob mit Substanzverletzung, ob ohne, ob mit Gutachten, ob ohne, Menschen, die fremde Wände beschmierem, eine Straftat begehen, und diese Straftat muss geahndet werden, und das werden wir in Zukunft auf dieser gesetzlichen Grundlage machen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde den Weg auch gut, den wir jetzt beschritten haben - jetzt sind wir beim Verfahren -, also,

nachdem wir uns jetzt alle versammelt haben, die Bundesregierung ist ja jetzt für Überraschungen gut, die meisten Überraschungen nach innen, wie ich gelernt habe, einige wenige Überraschungen nach außen, also, das war eine Überraschung nach außen, dass es jetzt, 14 Tage, nachdem Frau Künast noch erklärt hat, es gäbe eigentlich gar keinen Bedarf für so eine Verschärfung, doch irgendwie über Nacht zu einer Weisheit gekommen ist, die natürlich überhaupt nichts mit dem 18. September zu tun hat und der Stimmungslage in diesem Lande.

Ich sage deswegen, ich finde es gut, dass wir unter diesem Eindruck auf diese vernünftige Lösung gekommen sind, das ist vernünftig, sie ist durch den Bundestag beschlossen. An uns wird sie im Bundesrat ganz sicher nicht scheitern, das kann ich sagen, also zumindest an mir nicht, im Innenausschuss werden wir zustimmen, der Kollege Scherf wird sich ähnlich verhalten, so dass wir entsprechend im Bundesrat keine Schwierigkeiten haben werden. Aber ich glaube an Gesetze erst, und das sollten wir gemeinsam tun, wenn sie im Gesetzblatt stehen, und deswegen sollten wir den geordneten Rückzug mit unserem Ortsgesetz erst antreten, wenn das andere tatsächlich Gesetz geworden ist.

Das wird voraussichtlich nach dem 8. Juli der Fall sein, deswegen habe ich angeregt, dass wir heute in der Sache nicht entscheiden, und nichts anderes habe ich angeregt. Es macht keinen Sinn, dass wir heute das Ortsgesetz beschließen, um es dann, was weiß ich, im September aufzuheben, also, wir werden heute in der Sache nicht entscheiden. Ich finde das sehr gut, dass das Parlament diesen Weg mitgeht. Wir überweisen es an die Innendeputation, und dort - wir müssen ja Beschlüsse wieder einsammeln, es gibt einen Beschluss der Innendeputation, dieses Ortsgesetz auf den Weg zu bringen - müssen wir irgendwie neu beraten, wenn es das Gesetz gibt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Was soll die Innendeputation tun?)

Die Innendeputation soll zum Beispiel den Gesetzentwurf von sich aus für erledigt erklären. Im Übrigen muss auch der Senat etwas tun. Weil wir beschlossen haben, das Ortsgesetz in dieses Parlament einzubringen, muss sich der Senat dazu irgendwie erklären.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Es geht nur darum, dass wir heute darüber diskutieren!)

Von daher, denke ich, ist es der richtige Weg, dass es überwiesen wird.

Herr Böhrnsen, wenn das ein so großer Erfolg für Ihre Bundesregierung ist, finde ich, sollten wir heute auch darüber reden, und das haben wir getan. Ich glaube, in der Sache zählt für die Menschen am Ende, was herauskommt. Es kommt heraus, es wird in Zukunft strafbar sein. Jetzt werden wir gemeinsam daran zu arbeiten haben, dass wir auch eine Stimmung dafür schaffen, dass Menschen solche Straftaten erstens zur Anzeige bringen, zweitens auch selbst verurteilen und drittens wir die Polizei bewegen, solche Straftaten verstärkt zu verfolgen. Das Letztere ist unsere Aufgabe, und das werden wir auch mit Nachdruck machen. - Vielen Dank für die Debatte und für die Entscheidung!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist die Überweisung des Ortsgesetzes zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres beantragt.

Wer der Überweisung des Ortsgesetzes mit der Drucksachen-Nummer 16/332 S zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres.

(Einstimmig)

Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2005
(Drucksache 16/299 S)

Wir verbinden hiermit:

Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/343 S)

und

Strategische Neuausrichtung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/344 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2005, Drucksache 16/299 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 19. Sitzung am 22. Februar 2005 an die städtischen Deputationen für Arbeit und Gesundheit, federführend, und Bau und Verkehr überwiesen worden. Diese legen nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/343 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bereits im Februar hat das Parlament einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die geplante Neustrukturierung des Klinikums Mitte zugestimmt und den Senat darin aufgefordert, die Antworten bis April vorzulegen. Nun, in der April-Sitzung hatten wir sie nicht, im Mai wurde dann extra die Deputationssitzung vorgezogen, um sie noch im Mai der Bremischen Bürgerschaft vorlegen zu können. Aber auch im Mai waren sie nicht da! Obwohl die Antworten mehr als dürftig sind und auch nichts Konkretes enthielten, das alles stand schon im Masterplan, gelang eine Vorlage im Mai nicht.

Meinen Einwand in der Deputation für Gesundheit, dass der Verdacht auf eine Missachtung des Parlaments nicht von der Hand zu weisen sei, entschuldigten Sie, Frau Senatorin, mit dem Hinweis, dass so schnell nicht mehr Fakten als angegeben vorlägen. Auch wenn jetzt dem Parlament zusätzlich das Strategiepapier zur Neuausrichtung der Klinika der Gesundheit Nord gGmbH vorgelegt wurde, was immerhin begrüßenswert ist, ändert das nichts an der Tatsache, dass die Fakten immer noch dürftig sind.

Es gibt immer noch keine Kostenkalkulation, keine Finanzierungsmöglichkeiten, keine nachvollziehbaren Kriterien, warum die Neuausrichtung der Kliniken so sinnvoll ist, wie sie geplant ist, es gibt keine Bestandsaufnahme und keine Analyse. Bei solch gravierenden Veränderungen in der Krankenhauslandschaft in Bremen, die die Zukunft der einzelnen Häuser sichern sollen, müssen alle Fakten auf den Tisch, damit sich das Parlament seriös damit beschäftigen und darüber beschließen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Fehlplanung in diesem Bereich können wir uns nicht leisten.

Meine Damen und Herren, das heißt, dass der Senat noch viele Hausaufgaben erledigen muss. Es hat den Anschein, als ob das Konzept auf Annahmen beruht, die bisher nirgends nachgewiesen sind. Wir wissen nur, dass die Kliniken zu hohe Fallkosten generieren, einer kostengünstigen Konkurrenz der umliegenden Krankenhäuser ausgesetzt sind und einen Investitionsstau vor sich herschieben, der sich nach der neuesten Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005 auf 158 Millionen Euro aufgesummt hat.

Nicht klar ist, warum die Kliniken ein solches Defizit entwickelt haben, warum die Prozesse so teuer sind und ob tatsächlich die Qualität schlechter ist als an anderen Orten. Kein Hinweis, welche Effektivitäts- und Qualitätsgewinne durch die Rationalisierung der Prozesse von ihrem Beginn, wenn jemand aufgenommen wird im Krankenhaus, bis zu ihrem Ende, bis er entlassen wird, erzielt werden können! Dies bezieht sich auf die Prozesse direkt vor Ort zur Vermeidung von Fehlern und Missverständnissen, vom Abteilungsleiter über die Aufsicht bis zum Steuerungscontrolling. Das gelingt natürlich nur, wenn man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen Prozess gewinnt und motiviert. Es fehlt aber eine Strategie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv und innovativ einzubinden.

Tatsache ist, dass nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Krankenhäuser ein Umstrukturierungsprozess gelingt. Das wurde auf der Podiumsdiskussion, die Bündnis 90/Die Grünen in der Bürgerschaft am 1. Juni veranstaltet hatte, sehr deutlich. Ebenso deutlich wurde, dass eine Analyse über die Stärken und Schwächen der Häuser ein absolutes Muss ist und somit der erste Schritt bei einer Neujustierung. Ohne eine vollständige Analyse baut man auf brüchigen Grundmauern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich kann mich noch an die Februar-Sitzung hier in diesem Haus erinnern. Da erklärte Frau Senatorin Röpke, dass es keine Alternative zum Strategiepapier der Gesundheit Nord gäbe. In die gleiche Kerbe schlug Herr Tissen, Geschäftsführer der Gesundheit Nord. Auf einer Veranstaltung der Kinderärzte im Krankenhaus Links der Weser im April behauptete Herr Tissen, dass das Strategiepapier mit allen Gremien und auch politisch abgestimmt sei, und so, wie es vorgelegt wurde, umgesetzt werde. Überrascht wurden Sie dann von den Reaktionen der Bremerinnen und Bremer, der Beiräte und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern. Da blieb es nicht aus, dass Sie auf den Beiratssitzungen im Bremer Osten heftig zurücktruderten und sagten, dass das Strategiepapier eigentlich nur eine Diskussionsgrundlage sei. Herr Tissen sprach sogar von einer Vision, die weiterentwickelt werden müsste.

Meine Damen und Herren, das nunmehr vorgelegte Konsenspapier ist ein erster Schritt der Weiterentwicklung, und wir begrüßen das auch. Wirklich beruhigen kann es nicht. Es ist ein Kompromiss, bei dem noch viel nachgearbeitet werden muss. Das war auch das Fazit des Gesamtbetriebsrats, Herrn Schröder, auf der Veranstaltung bei Bündnis 90/Die Grünen. Ob dieser Kompromiss umgesetzt wird, hängt von den Einsparungen ab, die erzielt werden müssen. Wie diese notwendigen Einsparungen erwirtschaftet werden sollen, ist bis heute nicht klar definiert. So fehlt auch die zukünftige Landeskrankenhausplanung. Der alte Landeskrankenhausplan gilt nur bis 2005. Für die zukünftigen Entscheidungen ist eine Bedarfsplanung für Bremen aber unerlässlich. Nur so kann festgestellt werden, welche Bedarfe notwendig sind und was finanziert werden muss. Dieser Plan sollte eigentlich vor der großen Umstrukturierung erfolgen und nicht, wie es jetzt den Anschein hat, nach dem Strategiepapier.

Meine Damen und Herren, in dem Konsenspapier einigte man sich darauf, dass für das Krankenhaus Bremen-Mitte wieder der Masterplan, wie es ursprünglich geplant war, umgesetzt werden soll. Bündnis 90/Die Grünen hat schon in der Februar-Sitzung erklärt, sich nicht gegen die Neuausrichtung des Krankenhauses Bremen-Mitte auszusprechen, aber wir wollten mit unserem Fragenkatalog zur Klärung beitragen. Wie eingangs erwähnt, haben die Antworten nicht wirklich zur Klärung beigetragen. So steht zwar die Gesamtsumme der Umbaukosten des Krankenhauses Bremen-Mitte in Höhe von 189 Millionen Euro in der Antwort, aber wie das finanziert werden soll, ist nicht sicher. Laut Antwort des Senats soll es nur eine Finanzierungsmöglichkeit durch Private ge-

ben. Die Grundstücksverkäufe sollen 30 Millionen Euro bringen, aber da ist man sich nicht ganz sicher, und der Rest soll von privaten Geldgebern kommen. Die Bürgerschaft soll hierfür die Bürgerschaft übernehmen, also eine Finanzierung, die mit dem folgenden Kapitaldienst das Krankenhaus auf Jahre belastet.

Die geplante Mitfinanzierung über die DRG das sind die Fallpauschalen, ist nicht möglich. Sie müssen wissen, dass kein Kapitaldienst über DRG erfolgen darf. Krankenkassen dürfen keine Investitionen bezahlen. Nicht bedacht haben Sie dabei, dass eine hohe Zinsbelastung aus Kapitaldiensten ein Krankenhaus nicht wettbewerbsfähig macht und die Gefahr vergrößert, dass die Klinik in die Privatisierung abgleitet. Da die städtischen Kliniken weiterhin, wie auch von Ihnen und von den Grünen betont, bei der Stadt bleiben sollen, sollten riskante Finanzierungen besser ausgeschlossen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Alternativrechnung, die aufzeigt, wie teuer eine Kreditaufnahme der Stadt zur Finanzierung der Krankenhäuser wäre, hätte Bündnis 90/Die Grünen gern in der Antwort gesehen. Normalerweise übernimmt die Stadt nämlich die Investitionskosten. Die Verpflichtung hierfür ergibt sich aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, das ist ein Bundesgesetz, das darauf hinweist, dass notwendige Bedarfe finanziert werden müssen. Sie sind dazu verpflichtet! Investitionskosten müssten also vom Land aufgebracht werden, bei der maroden Haushaltslage des Landes keine leichte Entscheidung, aber es wäre eine Investition, die das Krankenhaus im Wettbewerb bestehen lässt, eine spätere Privatisierung ausschließt und auch vor Berlin vertreten werden könnte, jedenfalls besser als eine Markthalle auf dem Sedanplatz. Krankenhäuser sind ein Wachstumsmarkt, der vom Land gefördert werden und nicht kaputtgespart werden sollte, das wollte ich Ihnen als Hinweis geben.

Jetzt möchte ich noch einmal ganz kurz zum Alternativverhalten der großen Koalition ein paar Worte verlieren. Sie haben dem Antrag der Grünen im Februar zugestimmt, dass die Antworten vom Senat kommen sollen, und werden jetzt den Antrag ablehnen. Erlauben Sie mir zu sagen, das ist eine Lachnummer! Auf der einen Seite stimmen Sie zu, wenn wir das Ganze noch einmal erörtern, lehnen Sie dann ab. Das ist genauso, als ob ich den Antrag stelle, wir essen in der nächsten Deputations-sitzung Eis, dann essen wir Eis, und dann geht der Antrag in die Bürgerschaft, und dann lehnen Sie ab, aber wir haben das Eis schon gegessen.

Sie sollten einmal überlegen, was Sie tun! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf dem Besucherrang recht herzlich Schülerinnen und Schüler einer elften Klasse vom Domgymnasium aus Verden.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den vergangenen Wochen hat das Thema Krankenhäuser hohe Wellen geschlagen. Wir waren selbst in acht Beiräten, haben in der Deputation darüber diskutiert, und wir begrüßen es, dass heute in der Bürgerschaft öffentlich informiert wird, denn das wollten wir immer, das Thema öffentlich halten. Wir haben nichts zu verbergen, und von daher verstehe ich die Einlassung der Grünen nicht ganz. Wir wollen das Thema öffentlich halten und transparent gestalten. Man muss natürlich aufpassen, wenn Zahlen gefordert werden, ist es problematisch, denn die Krankenhäuser stehen im Wettbewerb, das müssen Sie sich als Grüne endlich einmal vorstellen! Die Häuser sind nicht allein da, sind kein Monopol, sondern sie müssen sich dem Markt inzwischen stellen.

Wir sind aber froh, dass heute öffentlich über den Zwischenbericht diskutiert wird. Bisher sind noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden, sondern es wurde nur im Senat und in der Deputation berichtet. Für uns Sozialdemokraten ist das Thema Gesundheit nicht nur eine rein betriebswirtschaftliche Veranstaltung, sondern auch ein Thema der sozialen Gerechtigkeit, denn wer krank ist, soll unseres Erachtens die bestmögliche Versorgungsqualität erhalten.

Meine Damen und Herren, wie ist der Sachstand? Im Februar 2005 hat die Geschäftsführung der Holding Klinik Nord ein Strategiepapier zur Verbesserung der kommunalen Krankenhausstrukturen vorgelegt. Dies war für uns der erste Aufschlag. Inzwischen, was wir begrüßen, gibt es auf der Grundlage dieses Papiers und der Positionen der Betriebsräte ein Dangaster Konsenspapier über die weitere Entwicklung der kommunalen Häuser. In diesem Papier sind elf Kompetenzzentren für die kommunalen Kliniken vorgesehen.

Ich will jetzt nicht im Einzelnen auf die Verteilung eingehen. Für mich ist wichtig, dass es in den Stadtteilen nach diesem Papier vor allem für ältere Patienten weiterhin eine wohnortnahe Grundversorgung gibt, die jeweiligen Kompetenzzentren qualitativ stark werden und hiermit weitere Patientenströme erschlossen werden können. Wir als SPD-Fraktion begrüßen diesen Konsens, der von den Betriebsräten und der Geschäftsleitung unterschrieben wurde. Wir erwarten jetzt eine objektive betriebswirtschaftliche und medizinische Bewertung dieser Ergebnisse.

Einer der zentralen Punkte dieses Konzepts ist der Umbau des Klinikums Mitte. Im Gegensatz zum Strategiepapier mit zukünftig 1100 Betten plädieren wir natürlich auch für 750 Betten, wie es im ursprünglichen Masterplan vorgesehen war. Für uns ist eine derartige Größe überschaubar und bietet dem Haus die Möglichkeit, seine Einnahmen zu verbessern, das heißt letztlich gleichzeitig die Kosten pro Patient auch zu senken.

Inzwischen ist dieser Masterplan von drei Seiten mit einigen kleinen Abweichungen als plausibel und machbar beurteilt worden. Wir selbst als SPD-Gesundheitsdeputierte haben uns in der Zwischenzeit in Hamburg-Barmbek beim dortigen Krankenhausneubau sachkundig gemacht. Dort ist ein Krankenhausneubau in ähnlicher Größe entstanden, und wir haben uns noch einmal sagen lassen, ob man diese Betriebskostenreduzierung wie im Masterplan vorgesehen bestätigen kann. Es wurde uns mitgeteilt, das sei durchaus möglich. Es wurde auch die Position vertreten, dass Krankenhäuser in der Größe zwischen 300 und 700 Betten eigentlich die optimale Größe seien. Für uns ist durch eine optimierte Organisation eine Einsparung in dieser Größenordnung möglich.

Der Neubau selbst, was auch die Baudeputation festgestellt hat, muss sich natürlich in den Stadtteil einpassen und eine enge Vernetzung zum Stadtteil herstellen. Vor der Bauplanung sollte unseres Erachtens eine Prozessplanung angelegt sein, damit eine flexible Gestaltung noch möglich ist, denn in der Planungs- und Bauphase wird es weiterhin Veränderungen geben. Allein in Hamburg wurde in sieben Jahren der Krankenhausbereich um mindestens noch einmal 180 Grad verändert aufgrund der medizinischen Entwicklung, die es in dieser Zeit gegeben hat.

Die Finanzierungsüberlegungen wie das geplante ÖPP-Modell müssen natürlich sorgfältig auf Plausibilität und Verkraftbarkeit geprüft werden. Dabei darf die medizinische Organisation nicht vom privaten Klinikbetreiber durchgeführt werden. Verträge mit einem privaten Partner über den Bau und das Facility-Management müssen professionell

und realistisch bewertet werden. Hierbei spielen vor allen Dingen die Investitionskosten über den gesamten Lebenszyklus eine wichtige Rolle. Das muss detailliert berechnet werden. Wir hoffen, wenn jetzt dieser Planungsprozess vorangeht und die Ausschreibungen starten können, dass wir dann entsprechende Vergleiche durchführen können.

Meine Damen und Herren, aber allein der Neubau des Klinikums Mitte reicht für die Zukunftsherausforderung durch die bundesweiten Rahmenbedingungen und die Inselstruktur Bremens für die Zukunftssicherung unserer Häuser nicht aus. Folgende Maßnahmen sind aus unserer Sicht ebenfalls erforderlich, ich nenne hier stellvertretend fünf Punkte:

Erstens: Es ist eine Konzentration von Leistungen und damit der Abbau von Doppelstrukturen notwendig. Hierzu erwarten wir noch eine Stärken-Schwächen-Analyse und Alternativszenarien. Standortverlagerungen darf es nur bei tatsächlicher Qualitätsverbesserung und Wirtschaftlichkeit geben. Die Patientenströme müssen natürlich berücksichtigt werden, die wir aus dem niedersächsischen Umland erreichen.

Zweitens: Wichtig sind vor allem regionale Netzwerke mit entsprechenden medizinischen Versorgungszentren.

Drittens: Es sind Partnerschaften mit freigemeinnützigen Kliniken und auch Kooperationen mit niedersächsischen Häusern anzustreben. Ein Beispiel dafür sind die Urologie und die Handchirurgie zwischen Klinikum Mitte und der Roland-Klinik. Es gibt aber auch auf dem Gebiet der Geburtshilfe Möglichkeiten der Kooperation.

Viertens: Es gibt geburtshilfliche Abteilungen in der Holding nur gemeinsam mit Kinderkliniken. Auch hier ist die demographische Entwicklung jederzeit zu berücksichtigen.

Fünftens ist für uns wichtig, dass unsere Häuser in der Gesundheit Nord eine klare Markenpolitik entwickeln. Das heißt für uns: eine exzellente Produktqualität, eine eindeutige Positionierung, eine durchgängige Kontinuität in der Qualität, und es müssen auch die emotionalen, persönlichen Bindungen an die Klinik herausgekitzelt werden. In Gesprächen mit Einweisern wird immer wieder deutlich, wie emotional die Beziehungen sind. Hier muss mehr gemacht werden, das ganze Marketingmixinstrument, denn der Krankenhausmarkt verändert sich in Zukunft. Er geht vom Angebots- zum Nachfragemarkt. Der Patient steht im Mittelpunkt und kann dabei auswählen, wohin er geht. Daneben brauchen wir ein professionelles Kom-

munikationskonzept, denn Kommunikation mit den einweisenden Ärzten, mit Patienten und Angehörigen wird zukünftig den Markt in diesem Bereich bestimmen.

Natürlich wird in Zukunft im stationären Bereich das Arbeitsplatzangebot stagnieren. Dagegen wird es im Bereich der Rehamaßnahmen, aber auch in der Prävention und der Ambulanz zusätzliche Arbeitsplätze geben. Ich hoffe allerdings - und darauf legen wir als Fraktion Wert -, dass es bei den geplanten Umstrukturierungen zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommt. Wir wollen, dass die Gesundheitswirtschaft im Land Bremen, die bisher weit über 40.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, weiterhin ausgebaut wird, denn sie hat inzwischen die Nahrungs- und Genussmittelbranche überholt. Deswegen halte ich Überlegungen wie den Gesundheitspark Nord am dortigen Klinikum für sinnvoll, auch die Anschlussheilbehandlung im Klinikum Ost oder, wie gesagt, die Hotelversorgung und das Versorgungszentrum am Krankenhaus Links der Weser sind Beispiele, wo der Arbeitsmarkt zukünftig noch einiges hergibt.

Jetzt möchte ich zum Schluss kommen! Bisher ist noch nichts entschieden, sondern wir haben heute einen Zwischenbericht erhalten. Jetzt gilt es, im Detail die gesamten Daten zu berechnen und die ersten Planungspflöcke für ein 750-Betten-Haus einzuschlagen. Dies sollte unserer Meinung nach zügig, aber nicht überhastet vonstatten gehen. Wir erwarten deshalb einen genauen Zeit- und Etappenplan und die Abstimmung mit der Landeskrankenhausplanung.

Wir meinen, die Richtung des Konsenspapiers zwischen Geschäftsführung und Betriebsräten stimmt. Ich betone noch einmal, aus unserer Sicht darf es auf keinen Fall zu einem Verkauf unserer vier Häuser an einen privaten Betreiber kommen, wie es in letzter Zeit Herr Dr. Gloystein im Gespräch über sein Mittelstandspapier forderte. Ich weiß, die CDU ist da anderer Meinung, aber Herr Dr. Gloystein hat das geäußert. Ich finde, dem muss man entgegenreten! Wenn man das in Hamburg sieht, was dort geschehen ist mit den Pensionsübernahmen, Investitionsverpflichtungen und dem Mietverzicht, sind dort enorme Haushaltsbelastungen entstanden. Auch in Stuttgart ist der Weg einer Privatisierung fehlgeschlagen. Die Krankenhäuser mussten nach einigen Jahren wieder übernommen werden, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet wird.

Für uns hat, wie gesagt, weiterhin die Politik das Primat der Entscheidung über die Zukunft unserer Kliniken, denn wir wollen für alle Bevölkerungsschichten in Bremen eine hochwertige Versorgung

sichern und mit einer guten Qualität um niedersächsische Patienten werben, denn Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sind enorm wichtig in unserem Bundesland. Deshalb sage ich, die Verantwortlichen für das Krankenhaus Mitte sollten unverzüglich mit dem Planungsprozess beginnen und nichts vertändeln, denn wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht habe ich jetzt die Möglichkeit, das noch ein bisschen allgemein zu fassen. Wir haben schon viele Details gehört. Ich möchte mich jetzt auch nicht mit den einzelnen Verlagerungen von Disziplinen aufhalten, sondern doch noch einmal deutlich machen: Zwei entscheidende Entwicklungen sorgen hier für erhebliche Veränderungen in der Krankenhauslandschaft, das sind zum einen die schrumpfenden Mittel der öffentlichen Hand - das haben wir schon gehört - und ist zum anderen die Einführung der Fallpauschalen. Beides zusammen macht es notwendig, sich über Kostenstrukturen ernsthaft Gedanken zu machen.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Wir erleben zurzeit bundesweit, dass viele Krankenhäuser durch ihre finanzielle Schieflage kurz vor der Insolvenz stehen. In den Krankenhäusern existiert derzeit ein reales Minusbudget, und es ist so, dass immer mehr Patienten versorgt werden müssen. Nach Schätzungen ist etwa jedes zweite Krankenhaus von roten Zahlen bedroht, jedes vierte von der Schließung, bundesweit etwa bis 2020. Je höher die roten Zahlen sind, desto größer wird der Leidensdruck der Verantwortlichen, das heißt, wir kommen um wirkliches Handeln nicht mehr herum. Der Staat, die Länder sind pleite, so dass auch Subventionierungen ein Modell von gestern sind.

Der planwirtschaftliche Kurs der Vergangenheit übrigens ist suboptimal gewesen, das Ergebnis sehen wir heute, insbesondere bei den öffentlichen Häusern, das muss man an dieser Stelle wohl erwähnen. Die Probleme werden sich weiter verschärfen, solange man nicht versteht, dass auch Krankenhäuser als Unternehmen zu führen sind. Das heißt, Handeln ist angesagt, und zwar schnell, sonst werden in späteren Entscheidungsrunden die Einschnitte nur stärker. Was dann

noch an Möglichkeiten bleibt, das ist, glaube ich, klar. Anpassungsmaßnahmen sind die minimale Lösung, um das sinkende Schiff zu heben, das kann man ja wohl für Bremen festhalten. Wir nennen das hier in Bremen strategische Neuausrichtung der Kliniken der Gesundheit Nord gGmbH.

Meine Damen und Herren, was es für ein Kraftakt ist, ein defizitäres Krankenhaus in einen gesunden Betrieb zu verwandeln, kann man sich vorstellen. Ich würde sagen, es ist eine wahre Herkulesaufgabe. Viele Möglichkeiten haben wir da nicht. Wer überleben will, muss sanieren, fusionieren oder privatisieren. Gelingt das nicht, sind die lachenden Dritten die privaten Klinikkonzerne, denen die Krankenhäuser, übrigens bis hin zu den Universitätskliniken derzeit, wie reife Früchte in den Schoß fallen. Sie haben eine große Auswahl, sich die besten Häuser auszusuchen.

Viele Kommunen sind übrigens froh, die teuren Kostgänger dann auch endlich aus ihrem Haushalt loszuwerden. Ich möchte hier in Bremen nicht erleben, dass wir irgendwann davon träumen, dass die Sana-Kliniken oder die Rhön-Kliniken, wie sie auch alle heißen, an unsere Tür klopfen, um den Investitionsschlucker Krankenhaus zu übernehmen, weil wir es nicht geschafft haben. Es sei aber auch an dieser Stelle erwähnt, die Privatisierung wird in dem Maße fortschreiten beziehungsweise begünstigt, in dem wir nicht in der Lage sein werden, die Häuser in eine Situation zu versetzen, die es ihnen ermöglicht, unternehmerisch zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, wir in Bremen haben uns zu einem anderen Weg entschlossen, Herr Brumma hat es gesagt, zwar noch ein wenig in Zweifel gezogen, aber das kann man wiederholen: Wir wollen unsere vier kommunalen Häuser wettbewerbsfähig machen, wir wollen sie nicht verkaufen, und darüber hinaus wollen wir auch noch alle vier Standorte erhalten. Das zur Herkulesaufgabe! Es kann uns gelingen!

Ein Grundgedanke des bremischen Konzeptes - und damit stehen wir bundesweit nicht entfernt von anderen Sanierungskonzepten - ist das Zusammenführen von Disziplinen. Kompetenzen werden zusammengeführt, Doppelstrukturen abgebaut. Das heißt aber schlicht, nicht alle Häuser können so bleiben, wie sie sind. Medizinische Leistungsangebote müssen besser aufeinander abgestimmt werden, um künftig wettbewerbsfähig zu sein. Kliniken müssen frühzeitig die an sich vorhandenen Synergieeffekte und Ressourcen optimal nutzen.

Was stellt also die regionale Krankenhausversorgung langfristig sicher? Das traditionelle alte Kran-

kenhaus hat eine Existenzkrise, die zukunftsorientiert überwunden werden muss. Kliniken sind kein staatlich geschütztes Naturschutzgebiet. Es kommt darauf an, Rationalisierungsreserven etwa durch die Vermeidung von Doppelstrukturen, Doppeluntersuchungen und auch doppelten Infrastrukturen zu mobilisieren und das Schnittstellenmanagement zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Als die kommunalen Träger noch glaubten, der Patient schulde ihnen Dank, erkannten übrigens die Privaten in ihm bereits schon den Kunden. Als die kommunalen Träger noch glaubten, Gemeinschaft bewiese sich im Zuleistern von Problemen, optimierten die Privaten ihre Leistungen durch internen Wettbewerb. Deren Professionalisierung des Managements und Optimierung der Qualitätskriterien führten etwa nicht zur Inhumanität, sondern zum Lebensgewinn für den Patienten.

(Beifall bei der CDU)

Ein kommunales Haus kann, sofern es sich entsprechender Management- und Entscheidungsstrukturen bedient, ebenso erfolgreich im Sinne seiner Kunden, seiner Patienten wirken. Das Schlimmste und der eigentliche Bremsklotz ist die Wahrnehmung der unklaren Entscheidungsstrukturen zwischen politischen und unternehmerischen Interessen. Ansätze zum Sparen gibt es viele, man muss nur anfangen, sie zu realisieren.

Meine Damen und Herren, was übrigens unentbehrlich ist und zu einem guten Gelingen beiträgt - beitragen könnte, muss ich eigentlich schon sagen -, ist positives Image in der Öffentlichkeit. Interne Personalquerelen verursachen Negativschlagzeilen, Unruhe in der Belegschaft, Unsicherheit in der Bevölkerung. In den letzten Monaten habe ich gesehen und erkennen können, jede Klinik wird zum wählerwirksamen Denkmal. Das lehne ich ab, inhaltlich und sachlich!

Wir haben die Holding eingerichtet als Hoffnungsträger, und wir setzen damit auf einen Neubeginn. Um wirtschaftlicher und kostengünstiger arbeiten zu können, ist es alternativlos, veränderte Strukturen und veränderte Organisationsformen anzustreben. Wir dürfen nicht teurer sein als die umliegenden Krankenhäuser in Niedersachsen. Unser Ziel muss es sein, einen Sogeffekt zu erzielen. Wir wollen Kompetenzen bündeln, überregional angesteuert werden, wir wollen eine Topadresse werden oder sein. Das sichert Arbeitsplätze und stützt die Region auch wirtschaftlich. Wir müssen im Grunde darüber hinaus der Holding die Möglichkeit sogar zur Expansion geben.

Übrigens noch eine Bemerkung: Der heute gut informierte, kundige Patient weiß, dass seine medizinische Versorgung vor Ort zum Lebensrisiko werden und sein Heil in einer ferner gelegenen leistungsfähigeren Einrichtung liegen kann. Für eine optimale Versorgung werden von den Patienten auch Wege in Kauf genommen. Ich appelliere im Grunde an kein zögerliches Vorgehen, sondern lassen Sie uns endlich der Holding die Möglichkeit geben, operativ zu arbeiten! Wir müssen mit der Umsetzung beginnen, sonst werden wir von allen Seiten überholt.

Bis 2009, das haben wir auch gehört, haben die Krankenhäuser Zeit, sich so aufzustellen, dass sie wettbewerbsfähig sind. Danach wird nach dem einheitlichen Basisfallwert abgerechnet. Die bestehenden Häuser sind oft organisch gewachsen, ihre Strukturen ineffizient und zu teuer im Betrieb. Dann ist derjenige besser dran, der mit der Pauschale auch auskommt. Das wird bestimmt nicht derjenige sein, der im Pavillonbau arbeiten muss, lange Transportwege bereits im Haus hat, Organisationsformen nicht verschlankt hat, und da rede ich natürlich vom Klinikum Bremen-Mitte. Schnellstmöglich muss hier die Umsetzung des Masterplans, des Strategieplans, geschaffen werden. Bis 2009 haben wir nicht mehr viel Zeit.

Es ist an der Zeit, dass sich die kommunalen Träger neu formieren und neu organisieren. Die privaten Träger machen es uns doch vor, wie sie sich vernetzen, bedarfsgerecht untereinander organisieren. Die Trägergesellschaften denken auch nicht nur bis zur Landesgrenze, sondern gewinngerecht und patientenorientiert, ja, auch patientenorientiert, wohlwissend, dass qualitativ leistungsfähige Vor-Ort-Versorgung die Marketingstrategie zur Gewinnung von Patienten ist, denn ohne Patienten geht es eben auch nicht. Regional denken ist schädlich, und wir leben nicht auf einer Insel.

Es ist vielleicht überflüssig, an dieser Stelle zu erwähnen, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Beteiligten hier in Bremen noch wachsen muss. Da schließe ich jede einzelne Klinik ein. Alle anderen Akteure wie Parteien, Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen gemeinsam die Verantwortung für etwa 8000 Mitarbeiter. Es ist notwendig, die Standorte untereinander zu verknüpfen, um eine patientenfreundliche und integrierte Versorgung zu ermöglichen.

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen: In Abwägung zu den Vorteilen für das Land Bremen ist das vorliegende Konzept, diese viel diskutierte Maßnahme, zu vertreten. - Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur zwei Anmerkungen zu meinem Vorredner und meiner Vorrednerin machen. Wir gehen erst einmal darauf ein, dass Sie, Herr Brumma, gesagt haben, Sie fingen mit den Abteilungen an, die da und dort hingelegt werden sollen. Da stellt sich für mich die Frage, was mit Krankenhäusern passiert, wenn sie ganze Abteilungen verlieren. Ich möchte wissen, wenn zwei Krankenhäuser einen Chefarzt haben, was dann passiert. Wenn ich die Operationseinheit im Klinikum Bremen-Ost habe, und der Chefarzt sitzt im Klinikum Links der Weser, meinen Sie, das Klinikum Bremen-Ost muss auch zweimal den Chefarzt haben? Dann muss er zweimal in das Klinikum Ost, oder bleibt er im Klinikum Links der Weser und hat irgendwann keine Lust mehr, im Klinikum Bremen-Ost eine Einheit zu haben? Das müssen wir uns schon sehr wohl überlegen, wie wir damit umgehen.

Es ist ja sogar geplant, einen Chefarzt für drei Abteilungen einzusetzen, gerade in der Pädiatrie. Da müssen wir doch wirklich überlegen, was das bringt. Wir müssen auch überlegen, was die Verlagerung einzelner Abteilungen für das niedersächsische Umland bringt, denn wir haben gerade im Klinikum Bremen-Ost und noch viel mehr im Klinikum Links der Weser viele Patienten aus dem bremischen Umland. Sie sind begeistert von diesen Kliniken, und sie kommen auch gern dahin. Das erst einmal zu der einen Sache!

Jetzt zu Ihnen, Frau Mohr-Lüllmann, zu den Krankenhäusern! Sie haben gesagt, Krankenhäuser sollten ein positives Image nach außen tragen! Ich möchte Ihnen einmal sagen: Das Klinikum Links der Weser schreibt schwarze Zahlen und schon sehr lange, ist sehr beliebt, wird von 60 Prozent des Umlands aufgesucht. Bremen-Nord erfüllt jetzt schon die Fallpauschalenberechnung. Im Klinikum Bremen-Ost könnte man vielleicht mit der Umstrukturierung innerhalb des Ladens besser fahren. Beim Klinikum Bremen-Mitte hat Herr Bremermann sehr wohl erkannt, dass er das Krankenhaus neu strukturieren muss, dass die Pavillonstruktur eben zu viel Aufwand ist, zu viel Geld für die Logistik benötigt. Deswegen hat er dann diesen Masterplan vorgelegt.

Unsere Krankenhäuser sind, zumindest die Kliniken Links der Weser und Mitte - das muss ich einfach einmal so sagen -, doch sehr gut vertreten. Das Klinikum Links der Weser hat ein positives Image. Frau Senatorin Röpke war mit mir dort. Es ist noch nicht sehr lange her. Das Krankenhaus

Links der Weser hat die zweite Auszeichnung der UNICEF bekommen für das stillfreundlichste Krankenhaus in Bremen. Haben Sie es irgendwo gelesen? In einer kleinen Rubrik! Haben Sie schon einmal gesehen, was beim St.-Joseph-Stift steht? Da hängt ein großes Banner, was sie für wunderbare Sachen veranstalten. Warum kann ein Banner nicht im Klinikum Links der Weser hängen?

Ich meine das positive Image. Man kann doch einmal versuchen, das auch nach außen darzustellen, dass die Leute es auch sehen, wenn sie in dieses Krankenhaus kommen, und nicht nur eine kleine Rubrik in der Zeitung lesen. Ich meine damit, dass man - vielleicht auch wir - ein bisschen dazu beitragen könnte und vielleicht auch die Holding dazu beitragen kann.

Meine Damen und Herren, die Grünen haben gesagt, was sie von den Antworten des Senats halten, was wir vermisst haben und was meiner Meinung nach unbedingt in die weitere Planung aufgenommen werden sollte. Inzwischen, das begrüße ich, hat der Senat dem Parlament die Vorlage zur Umstrukturierung des Klinikums Mitte und die strategische Neuausrichtung zugeleitet. Ich glaube, die Grünen haben erheblich dazu beigetragen, dass das endlich passiert ist.

Die Hartnäckigkeit der Grünen über den Zeitpunkt der Vorlagen, der Neustrukturierung der Kliniken und des Masterplans hat ja nun auf der einen Seite den Wissenschaftlichen Dienst der Bürgerschaft und auch den Justizsenator zur Feder greifen lassen. Beide, der Justizsenator und der Wissenschaftliche Dienst, sind sich einig, dass das Parlament unterrichtet werden muss, und zwar bevor Entscheidungen im Aufsichtsrat getroffen werden, wenn es - und jetzt kommen die Einschränkungen - sich um ein Großvorhaben handelt. Da gehen die beiden Meinungen des Wissenschaftlichen Dienstes und des Justizsenators auseinander. Der Wissenschaftliche Dienst sagt, es ist ein Großvorhaben, ich sage es auch. Der Justizsenator sagt nein! Ich hoffe, dass Sie, Frau Senatorin Röpke, die weiteren Entscheidungen frühzeitig der Deputation vorlegen und nicht erst, wenn Tatsachen geschaffen werden. Ich glaube, wir sind heute auf einen guten Weg dahin gekommen.

Um der großen Koalition hier die Peinlichkeit zu ersparen, den Antrag ablehnen zu müssen, ziehe ich ihn zurück. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur noch zwei Sätze! Frau Kollegin Wargalla, nur zwei Sätze zur Informations- und Beteiligungspflicht und zu dem Verfahren! Sie haben glücklicherweise erwähnt, dass es da zwei unterschiedliche Stellungen der Gutachter gibt. Es ist also noch gar nicht klar, in welcher Reihenfolge die Befassung erfolgt.

Ich will auch vorwegschicken, dass es mir sicherlich ein Anliegen ist, dass hier allen Bedürfnissen irgendwie Rechnung getragen wird. Das will ich nicht ausschließen, ich will aber doch auch erwähnen, wie viele Vorlagen wir in der Deputation bereits hatten, wie viele Möglichkeiten Sie hatten, an Informationen zu kommen und sich auch zu beteiligen. Ich glaube, Sie verwechseln hier nur, dass Sie zwar beteiligt sind, damit aber nicht automatisch auch eine Stimmenmehrheit haben. Das ist eben das Wesen der Opposition!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte gleich auf das Letzte eingehen, weil die Vorrednerinnen dazu Stellung bezogen haben, inwieweit wir die Deputationen beteiligen. Ich bin davon überzeugt, liebe Frau Wargalla, dass wir immer schon - wenn Sie in unserer Deputation etwas länger dabei wären, müssten auch Sie den Eindruck haben - seitens unseres Hauses alles dafür getan haben, dass die Deputationen immer rechtzeitig über bestimmte Vorhaben der Verwaltung informiert werden. Dass wir alles so weit wie möglich transparent machen, ist mir auch ein wirkliches Anliegen, weil wir gemeinsam gerade auch ein so wichtiges Projekt wie dieses miteinander bewegen wollen.

Wir haben in der Deputation darüber diskutiert, Ihre Anfrage kam ein wenig zu früh. Wir konnten Ihnen bestimmte Informationen zu dem Zeitpunkt noch nicht liefern, die Sie abgefragt haben. Wir können sie Ihnen auch heute noch nicht liefern, weil wir einfach noch nicht so weit sind. Das ist ein umfangreiches Vorhaben, einerseits die Strategie der gesamten Holding umzusteuern, andererseits, wenn man nur den Komplex des Klinikums Bremen-Mitte nimmt, eine enorme Anforderung, die hier zu bewältigen ist. Das haben wir auch miteinander beredet. Es geht Schritt für Schritt, Arbeitsauftrag für Arbeitsauftrag, und wir werden Sie selbstverständlich auch in Zukunft weiter darüber informieren.

Wir haben eine Auseinandersetzung bei der Bewertung der beiden Stellungen aus dem

Hause Justiz und hier aus dem Hause der Bremischen Bürgerschaft. Sie macht sich an dem Punkt fest, was ist eine „staatsleitende Entscheidung“ und damit einhergehend die Verpflichtung der Information für die Bürgerschaft. Da verrete ich in der Tat genauso wie der Justizsenator die Auffassung, dass eine solche Umstrukturierung eines Krankenhauses oder mehrerer Krankenhäuser wie in diesem Fall keine staatsleitende Entscheidung ist. Das haben wir auch schon in der Deputation kontrovers miteinander ausgetragen, und da werden sich unsere Positionen auch heute nicht annähern. Soweit zum Komplex Beteiligung!

Ich möchte aus meiner Sicht hier nur noch einige Punkte darstellen, weil schon sehr viel von meinen beiden Vorrednerinnen und meinem Vorredner beigetragen worden ist. Frau Wargalla, nach meiner Kenntnis - ich bin ja auch noch nicht so lange dabei -, welchen Eindruck ich von allen Krankenhäusern in Bremen und Bremerhaven gewonnen habe, sage ich an dieser Stelle ausdrücklich, wir haben eine sehr gut aufgestellte Krankenhauslandschaft mit einer guten Qualität. Das gilt auch für die Vergangenheit. Allerdings kämpfen unsere Krankenhäuser genauso wie alle anderen Krankenhäuser in der Republik um das Überleben. Die Rahmenbedingungen haben sich dramatisch verändert, und die entscheidende Veränderung ist eben die Einführung der DRG. Ich sage immer, das ist wirklich eine kleine Revolution für die Krankenhauslandschaft.

Das gesamte System verändert sich. Die Häuser müssen sich darauf vorbereiten, dass der gleiche Preis für die gleiche Leistung eben landesweit einheitlich zu einem Preis abzurechnen ist, und das bis zum Ende der Konvergenzphase 2009, das ist auch schon gesagt worden. Dann schlägt das neue System wirklich voll durch. Das ist für viele Häuser eine richtig große Herausforderung. Das können Sie bundesweit sehen, was sich da in der Krankenhauslandschaft tut und wie Häuser mit ihren Problemen umgehen. Das Krankenhaus Mitte ist natürlich durch seine betriebswirtschaftlich ungünstige Pavillonstruktur besonders betroffen. Da sind wir uns hier, so habe ich das verstanden, auch alle einig.

Dann kommen Trends hinzu, dass der ambulante Bereich deutlich stärker an Bedeutung gewinnt im Gegensatz zum stationären Bereich, was wir begrüßen, weil es andererseits eine kostensparende Versorgung ist. Wir begrüßen es sicherlich auch aus gesundheitspolitischer Sicht, dass die Anforderungen an die Qualität insgesamt steigen, dass wir Entwicklungen haben wie Mindestmengen, die in Zukunft bei der Abrechnung von Leistungen eine große Rolle spielen werden noch mehr als heute, dass bestimmte Leistungen von Kranken-

häusern, die diese Mindestmengen nicht erfüllen, nicht mehr abgerechnet werden können, Stichwort integrierte Versorgung.

Wir wollen mehr Transparenz, Transparenz für die Patientinnen und Patienten. Das hat Frau Dr. Mohr-Lüllmann völlig zu Recht gesagt, Patientinnen und Patienten informieren sich heute über Internet, über sonstige Informationsquellen über die für sie beste Versorgungsmöglichkeit, und da stehen wir nicht nur im regionalen Wettbewerb, sondern in einem Wettbewerb, der sich überregional entwickelt. Da darf man sich wirklich nichts vormachen. Ich begrüße es im Übrigen, dass wir die mündigen Patientinnen und Patienten an dieser Stelle auch unterstützen, und Zertifizierungen, wie Sie es völlig zu Recht gesagt haben, Frau Wargalla, sind ein ganz wesentlicher Teil, um sich als Patient ein Bild zu machen, wie ist dieses Krankenhaus aufgestellt, welche Leistungen bringt es, ist es zertifiziert, das heißt, ist es von außen auch bewertet und begutachtet, und ich kann mich auf eine gewisse Qualität verlassen. Das ist ein guter und wichtiger Prozess.

Wir dürfen uns aber nicht vertun, der Wettbewerb um Marktanteile in der Krankenhauslandschaft wird härter. Wir werden uns dem stellen müssen. Ich bin davon überzeugt, nur mit einer guten Qualität können wir diesen Wettbewerb bestehen. Die Zahlen kennen Sie auch. Es gibt Schätzungen, dass von den rund 2230 Krankenhäusern bundesweit zirka 500 Krankenhäuser diesen Prozess nicht überleben werden. Wir wollen, dass unsere Krankenhäuser eine Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es aus meiner Sicht ein wirklich ehrgeiziges Ziel, das wir uns gesetzt haben, unsere vier kommunalen Häuser in der Holding zukunftsicher aufzustellen, mit vielen Schmerzen, insbesondere wenn ich an die Personalveränderungen denke, mit harten Umstrukturierungen für die Häuser. Das ist gar keine Frage. Wir haben aber keine Alternative an der Stelle. Wir müssen den Weg der Umsteuerung auch rechtzeitig gehen, damit wir das Ende der Konvergenzphase gut aufgestellt erreichen.

Der Strategieplan setzt im Übrigen aus meiner Sicht genau da an, wo unsere Stärken und Schwächen sind. Eine Schwäche ist eindeutig, das ist hier auch schon gesagt worden, dass unsere vier Klinika an vielen Stellen eben Doppel- oder Mehrfachversorgungen vorhalten. Das können wir uns nicht mehr leisten. Da müssen wir uns konzentrieren. Wir müssen stärker Profile für die einzelnen Häuser entwickeln, damit auch die Patientinnen und Patienten eine klare Vorstellung des

Leistungsspektrums des einzelnen Hauses haben, und der Weg, den wir jetzt mit den Kompetenzzentren gehen wollen, das sagen alle Gutachter, ist der richtige.

Was das Konsenspapier geleistet hat, denke ich, ist ein guter Vorschlag, der allerdings jetzt auch noch betriebswirtschaftlich zu rechnen ist. Das muss noch für die nächste Aufsichtsratssitzung geleistet werden, und dann müssen wir auch ein Bild davon haben, wie es sich dann mit den Herausforderungen tatsächlich zukunftsfähig realisieren lässt. Das Konsenspapier macht aber einen richtigen Vorschlag und zeigt im Übrigen, Frau Wargalla, das es doch gelungen ist, mit den Betriebsräten auf einen Nenner zu kommen, was ich ausdrücklich begrüße. Insofern nehmen wir auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung sehr ernst.

(Beifall bei der SPD)

Zum Komplex Klinikum Bremen-Mitte, das ist hier schon ausführlich dargestellt worden, gibt es den Masterplan mit den drei Teilen, die wiederum auch begutachtet sind und insgesamt zu dem Ergebnis kommen, dass es machbar ist, dass dieses Krankenhaus eine Chance hat, dass es sich betriebswirtschaftlich wirklich rechnet, wenn man die Angebote in den Gebäuden konzentriert, denn diese langen Wege sind unglaublich belastend im Ergebnis. Es gibt eine Erkenntnis, dass allein 25 Prozent der Beschäftigten durchschnittlich gerechnet nur unterwegs sind. Das kann nicht funktionieren, das ist völlig klar. Bei diesen harten Anforderungen ist das Krankenhaus dringend darauf angewiesen, dass es jetzt zu der Neukonzeption kommt. Deswegen habe ich auch ein hohes Interesse daran, dass wir da zügig vorankommen, dass wir den Prozess zügig umsetzen und die entscheidungsreife Erarbeitung der Projektplanung als nächsten Schritt voranbringen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senatorin Röpke: Ja, bitte!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Wargalla!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, hinsichtlich der Gefahren, die auf unsere Krankenhäuser zukommen, und dass wir sie neu ausrichten wollen, ich denke, da besteht auch hier im ganzen Parlament allgemeiner Konsens! Wo es hakt, ist ja mehr oder weniger die Finanzierung. Sind Sie denn bereit, die Finanzie-

rung mit eigenem Geld zu machen, oder wollen Sie es wie beim Krankenhaus Bremen-Mitte, und das sind ja immerhin 189 Millionen Euro, die investiert werden müssen, allein den Privaten überlassen? Sie haben vorhin auch gesagt, es sollen städtische Kliniken bleiben, und das müssen sie auch, und bei der Privatfinanzierung ist das immer so ein bisschen schwierig. Da hätte ich gern in diese Richtung Auskunft, denn da haben wir dann keinen Konsens mehr, da kommt der Dissens. Sind Sie seitens des Senats bereit, Investitionen in die Krankenhäuser, wie es auch im Krankenhausfinanzierungsgesetz vorgeschrieben ist, vorzunehmen?

Senatorin Röpke: Ich weiß nicht, ob es opportun ist, mit einer Gegenfrage zu antworten: Können Sie mir sagen, wo das Geld generiert werden kann? Sie kennen ja auch unsere Haushaltslage! Wir haben Ihnen in der Deputation den Masterplan mit dem Finanzierungsteil vorgelegt. Darin gibt es ja die Option, das über ein so genanntes ÖPP- oder PPP-Modell zu entwickeln, und der Gutachter hat ja auch ein Worst-Case-Szenario entwickelt. Für den Fall, dass überhaupt kein öffentliches Geld zur Verfügung steht, kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass es eine betriebswirtschaftlich so günstige Lösung ist, dass sich das rechnet. Insgesamt müssen wir uns das sehr genau anschauen.

Wir stehen jetzt vor der Frage, das Thema konzeptionell und finanzwirtschaftlich aufzubereiten. Das müssen wir noch leisten. Das, was der Masterplan entwickelt hat, ist ein erster Aufschlag, und dann werden wir uns dieser Frage sicherlich auch noch gemeinsam in der Deputation zuwenden, wie wir das hinbekommen. Es wäre sicherlich wünschenswert, öffentliches Geld zur Verfügung stellen zu können, aber ich sehe nicht die Möglichkeit angesichts unserer Haushaltslage, im investiven Bereich jetzt hier in großem Umfang Mittel in die Hand zu nehmen. Das wissen Sie im Grunde auch, liebe Frau Wargalla!

Ich wollte gern zum Schluss noch einmal sagen, wie es jetzt weitergeht. Wir werden für die nächsten Gremienbefassungen, also insbesondere für den Aufsichtsrat der Holding, im September die weiteren Arbeitsschritte leisten, insbesondere auch die betriebswirtschaftlichen weiteren Berechnungen. Dann ist selbstverständlich die Landeskrankenhausplanung einzubeziehen. Mit den Kostenträgern muss verhandelt werden. Das sind Aufgaben, die noch zu leisten sind, und ich hoffe sehr, dass wir dann im September zu einer endgültigen Beschlussfassung in den Gremien kommen und dann tatsächlich auch Schritt für Schritt in die operative Umsetzung kommen, denn wir

haben wirklich keine Zeit zu verlieren. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Da in der Aussprache der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen worden ist, entfällt eine Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/343 S.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 16/343 S und 16/344 S, Kenntnis.

Erfolgreiche Arbeit des Theaterintendanten Dr. Pierwoß fortsetzen - Nachfolge zügig klären

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/348 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, in dem wir den Senat auffordern, erstens, noch vor der Sommerpause die Ausschreibung für die neue Theaterintendantanz auf den Weg zu bringen und zweitens, eine aus externen Fachleuten gebildete Findungskommission einzuberufen, die dem Aufsichtsrat der Bremer Theater GmbH und der Deputation für Kultur aus den Bewerbungen einen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlägt.

Wir wissen alle, Ende Juli 2007 läuft der Vertrag des langjährigen Theaterintendanten Dr. Klaus Pierwoß aus. Es ist bekannt, das Bremer Theater hat einen weit über seine Grenzen reichenden hervorragenden Ruf, und wir Grünen möchten, dass das auch in Zukunft so bleibt. Von daher ist uns eine möglichst zügige Ausschreibung der Theaterintendantanz besonders wichtig. Wir meinen, dies kann man nicht auf die lange Bank schieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Uns liegt auch viel daran, dass sich die neue Theaterintendanz nicht nur an Besucherzahlen messen lässt. Es geht nicht nur darum, immer mehr Besucher ins Theater zu holen, selbstverständlich wollen wir das auch, ein volles Theater ist besser als ein leeres, aber das allein zählt nicht, beim Theater geht es auch um das künstlerische Niveau. Es geht um Innovation, es geht um die Ausstrahlungskraft weit über Bremen hinaus, und es geht natürlich auch um Geld.

Wir Grünen sagen ganz eindeutig, für uns ist es wichtig, dass die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen darlegt, für uns ist ganz eindeutig klar, dass das Bremer Theater auch in Zukunft ein Vierspartentheater sein soll. Alle vier Sparten spielen für das Bremer Theater eine wichtige Rolle, die Oper, das Schauspiel, der Tanz, aber auch und gerade das Jugendtheater. Deshalb sagen wir ganz eindeutig, die neue Theaterintendanz wird umso qualifizierter sein, je besser die Rahmenbedingungen sind, die Bremen ihm oder ihr ermöglicht. Wie das künstlerisch aussehen soll, kann nicht die Politik entscheiden. Darum sind wir dafür, dass über das Künstlerische eine Fachkommission entscheidet und nicht die Politik. Die Politik muss sagen, ob sie an einem Vierspartenhaus festhalten und die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstellen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Koalition, so habe ich es jedenfalls bisher verstanden, macht die Ausschreibung augenblicklich abhängig davon, dass sie zunächst eine erneute McKinsey-Untersuchung im Theater abwarten will. Wir halten das für nicht gerechtfertigt. Unabhängig davon, ob es sinnvoll ist, zum wiederholten Male einen McKinsey-Nachfolger durch das Theater zu schicken, viel Geld dafür aufzuwenden, um Einsparpotentiale herauszufinden, will ich das hier heute gar nicht debattieren! Uns geht es darum, dass diese Findungskommission noch vor der Sommerpause einberufen wird, dass eine Ausschreibung stattfindet, und zwar unabhängig von den Ergebnissen, die diese McKinsey-Untersuchung zeigt. Darüber können wir hinterher dann immer noch diskutieren.

Wir möchten, dass die Entscheidung über die neue Theaterintendanz auf fachlicher Grundlage gefällt wird, und wir schlagen daher vor, dass diese Findungskommission aus externen Fachleuten gebildet wird. Wir wollen eine saubere Entscheidung, die auf möglichst breiter gesellschaftlicher Grundlage auch hier in Bremen getragen werden kann. Dies können externe Fachleute besser, als wenn man hier aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen eine bremische Kommission bildet.

Wir hoffen sehr, dass Sie unserem Vorschlag zustimmen können. Wir glauben, das Bremer Theater hat es verdient, dass wir uns zügig, schnell und mit einer hohen Erwartung an eine neue Theaterintendanz auf den Weg machen. Wir bitten Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)¹⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich bin ganz bei Ihnen und Ihrer Forderung, dass wir eine so hochrangige Position in der Kultur durch eine Expertenjury besetzen lassen sollten und dass die Politik sich nicht an dieser Stelle anmaßen sollte, eine fachliche Entscheidung, die für die Stadt sehr wichtig ist, anders zu treffen. Deswegen schlagen wir auch - damit komme ich gleich zu Ihrem Antrag, bevor ich mich zu einzelnen Punkten inhaltlich äußere - vor, dass wir diesen Antrag nicht ablehnen, sondern an die Fachdeputation überweisen, die ja auch Kontrolle und Funktion über das Verfahren mit ausübt, und dass wir diesen Vorgang ernst nehmen.

Ich kann Ihnen sagen, dass die koalitionären Vorgespräche auch dazu geführt haben, dass wir erstens die Ausschreibung noch vor der Sommerpause machen wollen, zweitens, dass begleitend für das Ausschreibungsverfahren selbstverständlich Expertenrat hinzugezogen wird. Dafür ist die Position und die Stelle zu wichtig.

Wenn Sie es mir gestatten, dann möchte ich gern noch einmal darauf hinweisen, warum es so wichtig ist! Sie haben richtigerweise gesagt, man muss sehr sorgfältig damit umgehen und die erfolgreiche Arbeit von Herrn Dr. Pierwoß fortsetzen. Wir betrachten diese Arbeit als Fraktion auch als ausgesprochen erfolgreich, denn bei vielen, denen seine Arbeit heute völlig selbstverständlich ist, ist der Hintergrund vergessen, der dazu geführt hat, ihn zu holen, nämlich dass sich das Bremer Theater in einem dramatischen Niedergang in der Ära Heyme befand. Wir hatten bei den Besucherzahlen eine durchschnittliche Auslastungsquote von zirka 30 Prozent, und wir wussten nicht, welche Perspektive dieses Theater noch hat.

Darüber sollten wir nachdenken, wenn wir die Arbeit von Herrn Dr. Pierwoß betrachten. Er hat es nicht nur geschafft, die Zuschauer wieder ins Theater zu holen, die Auslastungsquote liegt inzwi-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

schen im Bremer Theater durchschnittlich bei weit über 70 Prozent. Er hat es auch geschafft, das Bremer Theater zu einem offenen Ort der Auseinandersetzungen zu machen. Er hat es für die Bevölkerung geöffnet mit Tagen der offenen Tür, mit Gängen hinter die Bühne.

Er hat auf verschiedene Bevölkerungsgruppen Rücksicht genommen, die eine besondere Ansprache brauchen, die auch besondere Angebotsformen brauchen, und er hat vor allen Dingen auch künstlerisch Vielseitiges geboten und das Haus sehr vernünftig positioniert, nämlich in einem Spagat zwischen einem anspruchsvollen Programm auf der einen Seite und guter Unterhaltung auf der anderen Seite. Er hat es wirklich zu einem Theater für die Bevölkerung mit einem breiten Unterhaltungsansatz gemacht, und das ist eine Leistung, wenn man sich mit Kollegen aus der Bundespolitik unterhält, die nicht leicht aufzusetzen ist. Das wissen wir alle. Diese Leistung ist erfolgreich, und diese Leistung ist gut. Viele haben uns um das vielseitige Theaterangebot, das Herr Pierwoß gemacht hat, beneidet.

Ich hatte gerade eine Tagung von Bundeskollegen vor drei Wochen hier. Sie haben sich auch noch einmal zur Bremer Angebotsstruktur geäußert, und sie haben später die Einlassung von Herrn Dr. Scheidt in der „taz“ dazu gelesen. Ich kann Ihnen sagen, die Arbeit ist akzeptiert, sie ist anerkannt.

Herausragend finde ich, dass es gelungen ist, so ein populäres Angebot wie Musical zum Beispiel qualifiziert anzubieten und dass er mit festen Positionen, ob zum Beispiel mit der Zusammenarbeit mit Helmut Baumann, mit Hans Kresnik oder auch mit Angie Buron, dem Theater eine künstlerische Handschrift gegeben hat, die wichtig ist. Vieles ist für uns heute selbstverständlich. Dass wir eine solche tolle Produktion wie „Die letzten Tage der Menschheit“ haben, dass wir solche schönen Dinge wie zurzeit „Victor/Victoria“ mit Helen Schneider erleben können, dass wir auch Theaterproduktionen, die anderweitig sehr beachtet sind, wie jetzt den „Fiesco“ erleben können, ist Herrn Dr. Pierwoß und seinem Team zu verdanken. Ich möchte gern diese Gelegenheit nutzen, es auch den Kolleginnen und Kollegen im Parlament, die das als völlig selbstverständlich nehmen, noch einmal in Erinnerung zu rufen, auch die Zeit vorher!

Wir kommen zu den Rahmenbedingungen, und da kann ich mich auf Sie beziehen und auch gleich aus langjähriger Erfahrung ergänzen, dass wir eines bei der Ausschreibung machen müssen, nämlich die Erfahrungen aus Finanzproblemen offen in der Ausschreibung zu nennen. Ich glaube, wir

sollten einem Intendanten die Rahmenbedingungen, die wir als politische Seite zur Verfügung stellen, definieren. Wenn ich Ihnen eines sagen kann, dann ist es, dass die so genannte Theaterstrukturreformkommission, die das Theater schon einmal „hat über sich ergehen lassen müssen“, dem Theater selbst nicht geschadet hat.

Sie hat drei große Vorteile für das Theater gebracht: erstens, dass quantifiziert wurde, dass der Zuschuss nur in einer bestimmten Höhe gestaltbar ist, wenn man an einem Vierspartenhaus festhält.

Zweitens, sie hat hervorgebracht, dass man Proben Bühnen am Theater braucht, um unnötige Wege zu organisieren, und sie hat drittens auch hergebracht, dass die Aufenthaltsqualität der damaligen Räume von minderer Aufenthaltsfreundlichkeit, von minderer Besucherfreundlichkeit war. Das hat dann auch eine Umfrage der Landeszentrale für politische Bildung im Haus noch einmal ergeben.

Ich glaube, man sollte nicht vor jeder Betriebsuntersuchung Angst haben, wenn sie vernünftigen Fragestellungen unterliegt, aber ich sage auch, wir müssen uns für jeden öffentlichen Zuschuss rechtfertigen, und zwar auch dafür, warum es nicht gelingt, eine gewisse Etatsicherheit im Theater zu halten, warum wir, sobald eine Produktion schlecht läuft oder sobald wir Zuschauerrückgänge haben, dramatische Einbrüche im Haus haben. Auch das muss im Gesamtgefüge untersucht werden, weil wir für jede öffentliche Subvention - und bitte nicht nur für das Theater - eine Darlegungspflicht haben. Das müssen wir in die Ausschreibung genauso einbeziehen wie die erfolgreiche Arbeit, die wir hier im Sinne Bremens selbstverständlich fortsetzen wollen. Dazu sind wir verpflichtet. Das machen wir verantwortungsvoll.

An einem Punkt aber bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung! Wenn es Sinn macht, ein öffentliches Theater als Vierspartenhaus zu finanzieren, dann nur unter der Maßgabe, dass wir uns sehr anstrengen, die Qualität zu halten, und dafür ist die Fachbesetzung mit einer überregionalen Jury richtig und verantwortlich, weil sie zumindest die Wahrscheinlichkeit, dass die Politik eine Fehlentscheidung trifft, minimiert. Auch dann sind wir vor Fehlern nicht gefeit.

Wir haben Erfahrungen gemacht, das ist die Wahrheit dabei. Ich glaube, wir können uns da relativ schnell einigen, auch auf das Verfahren, auch auf die Zügigkeit. Bisher habe ich nicht die Erfahrung gemacht, dass wir das stecken lassen wollen. Das sind wir Bremen schuldig, das sind wir den Mitarbeitern des Theaters schuldig, und das sind wir letztlich auch Herrn Pierwoß schuldig,

dem ich noch einmal herzlich für seine in der Stadt geleistete Arbeit danke, mit der Hoffnung, dass er sie auch weiter in anderer Form der Stadt zur Verfügung stellt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin, eine erfahrene Kulturpolitikerin, hat bereits erklärt, wie das Verfahren ablaufen sollte, weil sie nicht zum ersten Mal an solchen Verfahren beteiligt war, und ich glaube, dass es da auch - seien Sie mir nicht böse, wenn ich das jetzt so sage - eines Antrags der Grünen nicht bedurft hätte. Jeder weiß, der in der Spielzeit 2007/2008 Sänger, Schauspieler oder Regisseure haben will, dass er die ein bisschen früher einstellen muss, dass er das nicht am letzten Tag machen kann und dass es einfach Ausschlussfristen gibt, bis zu denen man das machen kann. Von daher gesehen gibt es Übereinstimmungen, was den Termin angeht, denn wir haben noch eine Deputationssitzung, in der wir dies abwickeln können. Die Deputationssitzung ist vor den Sommerferien, so dass das problemlos funktionieren wird.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung des Gremiums werden wir einen Weg finden, um eine Mischung zu finden aus dem, was Sie gesagt haben, nämlich auf der einen Seite Externe, andererseits auch bremische Vertreter. Die Deputation muss auch darüber entscheiden. Aber es ist gut, wenn man das alles nicht nur im eigenen bremischen Saft macht.

Bei Herrn Pierwoß bin ich nicht ganz so traurig. Ich finde immer, wenn eine Ära zu Ende geht, wenn jemand so lange in einer Stadt ist, dann tut es einer Stadt auch gut, wenn es einmal einen Neuen oder eine Neue gibt. Von daher finde ich die Entscheidung nicht schlimm und bedauere das auch nicht, sondern betrachte es als Chance für Bremen, weiter an dieser Stelle etwas Gutes zu machen. Wir haben hier die Möglichkeit, doch in absehbarer Zeit einen Intendanten oder eine Intendantin zu bekommen, der beziehungsweise die das Theater noch weiter nach oben führt.

Wenn man an alte und ganz alte Zeiten denkt, so Ende der sechziger Jahre, unter Minks, Zadek und Hübner, waren das natürlich die großen Zeiten des Bremer Theaters. Kaum zu glauben, dass man es schaffen kann, das Bremer Theater wieder zu dieser Bedeutung zu bringen, egal, ob im Schauspiel oder im Musiktheater! Jedenfalls glaube ich, dass wir keine großen Probleme haben

werden, eine gute Besetzung kurzfristig hinzubekommen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ob Sie es mir glauben oder nicht, auch ich kann aus meiner Sicht sagen, eines Antrags hätte es nicht bedurft, weil klar ist, dass wir hier vor der Sommerpause zu entsprechenden Weichenstellungen kommen müssen.

Eine Weichenstellung ist eben, dass man zu einer öffentlichen Ausschreibung kommt, und Punkt zwei ist, dass man ein Gremium findet, das sich natürlich auch aus externen Beratern zusammensetzen muss, die dann diesen Bewerbungsprozess, diesen Findungsprozess begleiten, weil wir natürlich schon sehr großen Wert auf Qualität legen. Das ist selbstredend. Wir stehen hier in einer Tradition des bremischen Theaters. Die wollen wir fortsetzen. Wir wollen unser Markenzeichen trotz geringer finanzieller Ausstattung auch im Vergleich zu anderen vergleichbaren Theaterstandorten weiter kompensieren, wenn nicht sogar noch verbessern, und deswegen ist es, glaube ich, selbstverständlich.

Haben Sie Nachsicht, wenn ich jetzt noch keine Abschiedsrede auf Herrn Pierwoß halte, weil er noch zwei Jahre tätig ist! Wir haben noch Zeit genug. Ich denke, dass hier Ausreichendes dazu gesagt worden ist. Ich kann mir aber eine Bemerkung nicht verkneifen, Frau Krusche, ich glaube, zwischen Qualität und Innovation und entsprechenden Zuschauerzahlen besteht kein Gegensatz, sondern es bedingt einander.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass ein Publikum, das Qualität und Innovation schätzt und kennen gelernt hat, wie hier in Bremen, dies sehr wohl durch Teilnahme und Besuch honoriert. Ich sehe in Bremen einen engen Zusammenhang, daher ist mir vor der Zukunft auch nicht bange.

Wir werden Ihnen zur nächsten Deputationssitzung einen Verfahrensvorschlag unterbreiten, und dann hoffe ich, und ich bin auch optimistisch, dass wir zu einer entsprechenden Auswahl eines qualifizierten Kandidaten kommen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist die Überweisung des Antrags zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur beantragt.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/348 S, Neufassung der Drucksache 16/336 S, zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur.

(Einstimmig)

Zukunft der Volkshochschule in Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 3. Mai 2005

(Drucksache 16/317 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005

(Drucksache 16/350 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek, ihm beigeordnet Staatsrätin Motschmann.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Senator Kastendiek, ich gehe davon aus, dass Sie das nicht tun möchten.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾:
Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In

der Tat, die Zukunft der VHS wollen wir hier heute diskutieren. Wir Grünen sind es leid, dass diese Frage seit mehr als einem Jahr in der Schwebe bleibt, weil sich die Koalition offensichtlich immer noch nicht über die Zukunft der VHS verständigen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben am 3. Mai eine Große Anfrage zur Zukunft der Volkshochschule in Bremen gestellt. Wir haben einer Fristverlängerung zugestimmt. Uns war aber wichtig, zu dieser entscheidenden Frage nicht nur für die VHS, wie es mit ihr weitergehen soll, sondern auch für die vielen Menschen, die die VHS besuchen, noch vor der Sommerpause hier eine Entscheidung von der Koalition zu erhalten. Darum wollen wir es hier und heute debattieren.

Der Senat hat sich bis letzte Woche nicht auf eine Antwort verständigen können, und wenn man sich das anschaut, was Sie uns hier heute um 14 Uhr auf den Tisch des Hauses gelegt haben, dann kann ich nur feststellen, die Koalition ist bis heute keinen einzigen Schritt weiter gekommen. Alle entscheidenden Fragen sind offensichtlich noch nicht entschieden. Das heißt, im Wesentlichen ist immer noch nicht klar, ob die Volkshochschule nun endlich eine neue Zentrale bekommt oder nicht. Weiterhin ist unklar, mit welchem Programm und wie sie für die Zukunft aufgestellt sein wird. Über all das erfahren wir nichts, oder wir erfahren negative Dinge aus der Zeitung, und deswegen allein ist es schon wert, dass wir hier heute diese Frage debattieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seit einem Jahr wird eine Entscheidung über eine Zentrale für die VHS immer wieder vertagt. Der zuständige Betriebsausschuss wird einfach abge sagt. Es gibt keine Entscheidung, aber wir wissen inzwischen, dass es vor allen Dingen die CDU ist, die an den Grundfesten der VHS und ihrer Zukunftsfähigkeit rüttelt. Dies entnehmen wir nicht der Antwort des Senats, sondern nur Zeitungsartikeln, und daran wird deutlich, dass die CDU eine Entscheidung für ein Veranstaltungszentrum mit einer zehnprozentigen Einsparung seitens der VHS verknüpfen will.

Meine Damen und Herren, mit dieser Koppelung einer Entscheidung für eine neue Zentrale an eine zehnprozentige Einsparquote erpressen Sie die Volkshochschule, und Sie sägen vor allen Dingen den Ast ab, auf dem die VHS sitzt. Deutlich gesprochen heißt das, wenn das so umgesetzt wird, wie sich die CDU das vorstellt, wird die VHS keine Zukunft haben. Vielmehr wird es das langsame

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Aus der VHS bedeuten, davon sind wir Grünen überzeugt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte bisher immer gedacht, dass es politisches Ziel aller Parteien hier ist, die Arbeit der Volkshochschule durch die Einrichtung eines Veranstaltungszentrums zu sichern, aufzuwerten und weiterzuentwickeln. Wir Grünen fordern seit Jahren einen zentralen Veranstaltungsort, und wir sehen insbesondere in einem Standort Bamberger-Haus im Stephaniquartier für die VHS eine einmalige Chance, sich zu modernisieren, ihre Teilnehmerzahlen zu erhöhen und damit auch die Verluste, die sie zurzeit vor sich herschiebt, in den kommenden Jahren wieder auszugleichen.

Die VHS braucht diese Chance, und was sie nicht braucht, ist, dass sie zurzeit kaputtgeredet wird, klein geredet wird und ihr abverlangt wird, einerseits Teilnehmerzahlen zu erhöhen, ihr aber andererseits der Boden, mit dem sie das tun kann, gleichzeitig entzogen werden soll. Das kann nicht klappen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die VHS braucht eine Zentrale, aber sie braucht auch weiterhin dezentrale Veranstaltungsorte, weil natürlich nicht alle Menschen in ganz Bremen zukünftig einen zentralen Standort in der Innenstadt besuchen werden. Das heißt, bestimmte Standorte haben aus grüner Sicht auch weiterhin durchaus ihre Berechtigung und sind notwendig. Wenn die CDU nun der Auffassung ist, die Volkshochschule solle sich auf die Grundversorgung konzentrieren und vor allen Dingen auf Angebote verzichten, die auch auf dem freien Markt angeboten werden, dann sagen wir Grünen ganz deutlich, Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Die VHS ist ein wichtiges Instrument der Erwachsenenbildung. Sie schafft eine der Voraussetzungen für alle Gruppen der Bevölkerung, sich weiterzubilden, und zwar gerade dadurch, dass sie eine Balance hält zwischen Sozialverpflichtung einerseits und Marktorientierung andererseits. Gerade vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen, gerade vor dem Hintergrund, dass viele Menschen nicht mehr so viel Geld haben, ist es wichtig, dass die Volkshochschule für alle Bevölkerungsschichten ein breites Angebot aufrechterhält und es allen Bevölkerungsschichten möglich macht, diese Angebote auch wahrzunehmen.

Ich bin absolut dagegen, dass man an dem Programm der VHS drastische Einschnitte macht, weil gerade zum Beispiel die Sprachkurse oder die Computerkurse die Kurse sind, mit denen die

VHS auch Einnahmen erzielt. Was soll man mit einer Volkshochschule machen, wie es nach den Wünschen von Herrn Schrörs vermutlich geht, wenn man sagt, liebe Volkshochschule, mach' du einmal deine Grundversorgung, und alles andere regelt schon der freie Markt? Das geht genau an dem, was Bildung heute leisten soll, völlig vorbei.

Wir müssen doch dafür sorgen, dass die Bildungsschere nicht noch weiter auseinander klafft. Das heißt, die VHS leistet hier Vorbildliches, und wir wollen, dass sie das auch weiterhin machen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind nicht generell dagegen, dass man kritisch schaut, ob zukünftig das Angebot der VHS überprüft werden muss, auch bei bestimmten Sachen neue Schwerpunkte gebildet werden müssen. Ich glaube aber, dass die VHS selbst das auch so sieht und auch tun wird.

Wir sind strikt dagegen, dass die Volkshochschule zum jetzigen Zeitpunkt zehn Prozent Einsparungen verkraften soll. Das sind über 350.000 Euro weniger. Dies geht nur mit massiven Einschnitten beim Programm, beim Personal oder indem man den einen oder anderen wichtigen Standort, beispielsweise in Bremen-Nord, schließt. Das ist mit uns Grünen nicht zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Vorschlag ist, dass die VHS endlich eine politische Zusage für eine Zentrale im Bamberger-Haus erhält, dass sie für die kommenden drei Jahre Planungssicherheit erhält und Zeit hat, überhaupt die neuen Erfahrungen mit einem neuen zentralen Standort in einem sich aufmachenden attraktiven Stadtquartier erst einmal auswerten zu können. Anschließend kann man dann immer noch schauen, ob sich dieses Modell bewährt hat. Wir sind davon überzeugt, dass ein neuer attraktiver Standort zu mehr Besucherinnen und Besuchern führt, dass das Stephaniquartier viel davon hat, wenn die Volkshochschule im Bamberger-Haus einzieht, dass es einen Schub für das Quartier geben wird und umgekehrt aber auch für die Volkshochschule selbst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Volkshochschule bietet ein umfangreiches Programm an gesellschaftlicher, politischer, fremdsprachlicher, kultureller und gesundheitsbezogener Bildung für alle Bremerinnen und Bremer zu erschwinglichen Preisen. Massive Einsparungen sind gerade aus heutiger Sicht, wenn es darum geht, die bildungspolitischen Voraussetzungen gerade für Benachteiligte zu verbessern, ein Mei-

lenstein in die falsche Richtung. Eine zukunftsfähige und demokratische Gesellschaft braucht, davon bin ich überzeugt, eine starke Volkshochschule mit einem starken Angebot und eine attraktive Zentrale.

Wir Grünen fordern den Senat und insbesondere auch den neuen Kultursenator auf, von unzumutbaren Kürzungen Abstand zu nehmen und eine positive Entscheidung für die Volkshochschule und einen zentralen Standort noch vor der Sommerpause zu beschließen! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Frau Krusche, wir sollten vielleicht zu Beginn differenzieren zwischen der Frage des Umzugs und der Frage des Inhalts. Ich bin wirklich nicht verärgert, gegen einen Umzug der Volkshochschule in das Faulenquartier zu sein. Ich glaube, ich bin einer der Ersten gewesen, der diese Idee mit aufgebracht hat, und ich bin weiter davon überzeugt, dass es aus den verschiedensten Gründen ein hervorragender Standort für die Volkshochschule sein wird. Im Übrigen ist es der erste vernünftige Standort, den die Volkshochschule vorgeschlagen hat, Frau Loer kämpft immer für alle Standorte und findet alle gut, jetzt hat sie endlich einmal einen, der wirklich gut ist.

Soweit zu dem Teil Umzug, wobei Sie sehr genau wissen, dass auch bei der Frage des Umzugs noch eine Vielzahl von Fragen zu lösen ist, insbesondere Fragen der Finanzierung! Sie kennen die Zahlen aus der Vorlage, die in der Deputation gewesen ist. Wenn Sie sagen, es gebe keine Beschlüsse, oder die Koalition wüsste nicht, was sie wolle, dann haben wir dort immerhin einen Beschluss gefasst - den haben Sie, glaube ich, mitgemacht, ich weiß nicht, ob Sie dem zugestimmt haben oder nicht -, der lautete:

„Die Deputation nimmt den Bericht zur Sachlage der Veranstaltungszentrale der Bremer Volkshochschule zur Kenntnis und begrüßt die Planung, das Volkshochschulzentrum in das Bamberger-Haus zu verlegen. Sie bittet den Senator für Kultur, das Bamberger-Haus in dem zuständigen Betriebsausschuss unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung und Programmreduzierung beraten und votieren zu lassen.“ Also können Sie hier nicht sagen, es gebe keine Beschlüsse und es gebe keine Signale, was wir eigentlich wollen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt immer noch keine Entscheidung!)

Was heißt keine Entscheidung? Es ist aber doch ein klares Signal! Die große Koalition hat gesagt: Wir beabsichtigen, das Volkshochschulzentrum in das Bamberger-Haus zu verlegen, aber wir knüpfen das an bestimmte Bedingungen, nämlich an die Bedingung einer mittelfristigen Finanzplanung und einer Programmreduzierung. Das hat im Übrigen der Koalitionsausschuss darüber hinaus beschlossen.

Nun vielleicht doch noch einmal zum Inhalt! Ich weiß nicht, Frau Krusche, haben Sie nicht mehr verinnerlicht, dass wir ein Haushaltsnotlageland sind?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn die Leute nichts mehr lernen sollen!)

Haben Sie völlig vergessen,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Fragen Sie einmal den Senat, der heute wieder Geschenke verteilt!)

dass auch ein Bereich wie die Volkshochschule wenigstens bereit sein muss, einmal darüber nachzudenken, ob man etwas kürzen kann? Mein persönlicher Eindruck ist, dass Frau Loer es bis heute immer noch nicht begriffen hat und immer noch nicht bereit ist, irgendwelche Vorschläge zu machen, wie man denn endlich zu einem vernünftigen Ergebnis der Volkshochschule kommt.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Nehmen Sie das Beispiel der mittelfristigen Finanzplanung! Wir haben seit über vier oder fünf Monaten die Vorlage einer mittelfristigen Finanzplanung für die Volkshochschule bis zum Jahr 2008 gehabt. Diese Vorlage zeigt negative Zahlen für die Zukunft. Auf die Bitte im Betriebsausschuss an Frau Loer, eine Vorlage zu machen, die zum Ergebnis hat, zu ausgeglichenen - nicht etwa zu Gewinnen, sondern zu ausgeglichenen - Ergebnissen zu kommen, erklärt Frau Loer: Das kann ich nicht! Das geht nicht, das ist völlig unmöglich! Die einzige Möglichkeit, zu ausgeglichenen Ergebnissen zu kommen, ist, wenn man mir die Zuschüsse erhöht. Liebe Kollegen, was ist das aber für eine Alternative? Das kann doch wohl nicht richtig sein! Das ist der eine Teil der mittelfristigen Finanzplanung.

Auf meine Frage im Betriebsausschuss, wie es denn wohl mit einer Deckungsbeitragsrechnung wäre - -. Ich meine, Sie, die Grünen, müssten

doch an Transparenz im großen Umfang interessiert sein! Ich bin richtig ein bisschen irritiert: Bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, bei der BIG und überall wollen Sie Transparenz. Wir fordern aber Transparenz bei der Volkshochschule, um zu erfahren, was die einzelnen Kurse bringen. Was bringt der Sprachkurs, was bringt der Politikkurs, was bringt der Umweltkurs? Diese Zahlen rückt die Volkshochschule bis heute nicht heraus. Dann muss man sich doch nicht wundern, wenn man skeptisch ist und sagt: Da muss doch wohl irgendetwas dabei sein! Warum tun sie es nicht? Die Zahlen sind jedenfalls in Teilen vorhanden.

Mittelfristige Finanzplanung habe ich gesagt! Es muss eine Verknüpfung erfolgen mit dem Wirtschaftsplan. Dies ist Voraussetzung. Wir können uns doch kein neues Volkshochschulzentrum leisten, haben es fertig und stellen hinterher fest, dass im Ergebnis die Volkshochschule große Verluste macht. Für solche Verfahren bin ich nicht. Ich bin eher dafür, es im Vorfeld abzuklären und dann zu sagen, ob es geht oder ob es nicht geht.

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Unterrichtsstätten, ein schönes Beispiel! Wir bekommen in der Vorlage eine Übersicht, in der die Standorte stehen, die zukünftig abgemietet werden sollen, wie man es, glaube ich, nennt. Was heißt das? Das heißt, ein kleiner Betrag irgendwo in der Größenordnung von 53.000 Euro pro Jahr soll von den 320 Standorten, die sie in der Stadt haben, abgemietet werden, das sind 25 oder 30 Standorte. Es gibt bis heute keine Übersicht über die restlichen Standorte. Ich möchte gern wissen, wie groß die Standorte sind, die noch vorhanden sind, wie viel Quadratmeter dort von der Volkshochschule belegt sind. Ich möchte gern wissen, wie viel Miete die Volkshochschule für diese Teile zahlen muss. Diese Zahlen liegen nicht vor.

Ich finde, das ist ein weiterer Grund, bei dem ich skeptisch bin und sage: Wenn ich nur 53.000 Euro im Jahr abmiete und miete nur zehn oder 15 Bereiche ab - bei denen auch noch nicht einmal steht, wie viel Quadratmeter abgemietet werden -, dann muss ich doch die Möglichkeit haben und sagen, wenn ich ein Volkshochschulzentrum mache, muss ich doch an vielen Stellen dieser Stadt abmieten, um dann eine höhere Wirtschaftlichkeit an diesem einen Standort zu bekommen, um das zu erreichen, was wir wollen, unter anderem auch städtebaulich und für das Quartier, dass nämlich möglichst viele Leute dort in das Faulenquartier kommen, und nicht, dass möglichst viele noch irgendwo in der Stadt herumschwirren und da noch irgendwelche Sachen machen.

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Einverstanden bin ich sofort, dass ich nicht alles abmieten kann, dass es bestimmte Voraussetzungen gibt, dass man in bestimmten Stadtteilen etwas machen muss, das ist völlig klar. Ich möchte aber Transparenz! Es gibt keine Transparenz! Es gibt diese Liste nicht, sie ist angefordert, sie wird nicht eingereicht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Schrörs, wenn Sie den Laden nicht im Griff haben, kann man doch nicht pauschal das Geld kürzen! Das ist doch absurd!)

Liebe Frau Linnert, ich bin Mitglied eines Betriebsausschusses. Das ist ein Kontrollorgan, wenn ich das richtig weiß, und ich bin Parlamentarier. Dann frage ich dort, wo ich fragen muss, nämlich im Betriebsausschuss. Wen frage ich im Betriebsausschuss?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch ewig abgeblasen!)

Das ist doch nicht wahr! In dem Betriebsausschuss frage ich die Leiterin dieser Einrichtung. Genau dahin gehören die Fragen, und da gibt es auch die Informationen. Die Informationen gibt es nämlich aus der Volkshochschule und nicht aus dem Ressort. Die Volkshochschule muss schon liefern, das ist schon die Voraussetzung, und dann können wir weiter sehen.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt: Leistungssteigerung oder Personalreduzierung? Natürlich muss ich die Frage stellen, aber eines von beiden muss ich schon machen, das erwarte ich schon. Entweder wird die Leistung besser, dann kann ich sagen, okay, das mache ich mit demselben Personal, oder ich sage, ich will die Leistung halten, dann muss ich Personal reduzieren, aber nicht beides nicht! Das funktioniert irgendwie nicht, jedenfalls in der heutigen Zeit nicht!

Man kann natürlich auch eine andere Frage stellen, nämlich: Muss man nicht in dem Zusammenhang, wenn man die Volkshochschule neu organisiert, an der Stelle auch den restlichen Weiterbildungsmarkt ansehen? Muss man nicht die Frage stellen, ob vielleicht die Volkshochschule irgendetwas besonders gut macht? Dann macht sie das von anderen Institutionen auch noch mit, und es gibt andere Sachen, die die Volkshochschule nicht gut macht, dafür gibt sie diese dann ab.

Ich kann doch nicht in einer Stadt die Volkshochschule isoliert betrachten und sagen: Es gibt nur die Volkshochschule, alles andere interessiert mich nicht. Ich muss doch zwangsläufig in einer solchen Situation, in der wir uns befinden und das Geld leider nicht im Überfluss da ist, auch an dieser Stelle genau hinsehen und fragen: Was ist besser, was hat eine höhere Effizienz, was hat eine höhere Wirtschaftlichkeit?

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ein weiterer Punkt: Ich würde einmal erwarten, dass die Volkshochschule wie bei den Investitionen bei ihren Veranstaltungen eine Aufstellung macht nach Verpflichtungsgraden. Das würde ich sehr interessant finden. Dann kommen wir nämlich der Frage näher, die Sie eben auch angesprochen haben, nämlich die Frage des Ortsgesetzes und die Frage des Bildungsauftrags.

Wenn ich bei der Volkshochschule feststelle, dass alle Aufträge und Aufgaben, die sie hat, aufgrund ihrer rechtlichen Verpflichtung nicht aufgegeben werden können, dann ist das gesamte Sortiment, wenn ich das einmal so bezeichnen darf, oder das Angebot der Volkshochschule an der Stelle dann nicht veränderbar, weil es alles gesetzlich verpflichtet ist. Ich sage Ihnen voraus: Es ist mitnichten so! Mitnichten ist es so! Das möchte ich gern wissen in einer Abstufung von eins bis drei, eins bis fünf oder wie auch immer, und dann diskutieren wir nicht über eins und auch nicht über zwei, aber über drei, vier und fünf. Darüber diskutieren wir vielleicht einmal.

(Glocke)

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident!

Eine letzte Bemerkung: An alledem muss am Schluss nach unserer Auffassung - und da bin ich jetzt mit Sicherheit wieder bei der Gemeinsamkeit der großen Koalition, weil es nämlich so beschlossen worden ist - irgendwann ein Zusammenschluss stehen. Es muss eine Zusammenführung der Volkshochschule, der Stadtbibliothek und der Musikschule erfolgen. Nur wenn diese drei Institutionen wirtschaftlich zusammengeschlossen werden, haben sie eine echte Chance, und auch dann gibt es nur vernünftige Synergieeffekte. In Teilen wird das bereits von der Volkshochschule und der Musikschule praktiziert, aber es muss eine viel engere Zusammenführung zwischen beiden sein.

Ich könnte, wenn ich die Zeit hätte, Herr Präsident, noch sehr lange weiterreden, das mache ich aber nicht. Ich hätte sonst nämlich gern noch den einen oder anderen Satz zu dem Gutachten gesagt, das gerade herausgekommen ist, aber das

lasse ich jetzt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz (SPD)**^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die finanziellen Rahmenbedingungen des Bundeslandes sind eng, jeder weiß das. Genau wie alle anderen Ressortbereiche muss sich auch der Kulturbereich dieser Herausforderung stellen und natürlich unter enger werdenden Mitteln eine vernünftige Ressourcen- und Angebotssteuerung machen. Das ist so, das ist eine Aufgabe, die haben nicht nur die Kulturleute, sondern die haben wir alle in der Stadt, und das muss man auch ernst nehmen. Keine Einrichtung - wir haben es gerade bei der Frage der Ausschreibung des Intendantenvertrags diskutiert - ist sakrosankt, und jede Einrichtung arbeitet auch vor dem Hintergrund der enger werdenden Finanzspielräume der Stadt. Das ist auch richtig.

Ich möchte aber, Herr Dr. Schrörs, dass man diese Notwendigkeit, die unbestritten ist, die bei jeder Einrichtung unbestritten auch immer zu einer Aufgabenkritik führen muss, nicht nur bei der Volkshochschule, im Übrigen auch nicht nur bei der Stadtbibliothek und bitte auch nicht nur bei anderen Einrichtungen der kulturellen Bildung sieht, sondern generell bei jeder Einrichtung. Sie werden alle mit Steuergeldern bezahlt. Wir müssen uns in heutigen Zeiten, in denen der Steuerzahler es auch erwartet, dafür rechtfertigen, warum die öffentliche Hand eine bestimmte Angebotsstruktur zur Verfügung stellt oder nicht. Wir stehen natürlich auch vor der Aufgabe, die Volkshochschule moderner zu organisieren, so wie wir es bei der Stadtbibliothek mit der Einführung der Zentrale gemacht haben.

Es ist schon eine Nummer, die einen am Kopf kratzen lässt, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass die Volkshochschule im Land Bremen, und wir sind ja nicht Nordrhein-Westfalen, 320 Veranstaltungsorte hat, wie es auch aus der Antwort des Senats sichtbar ist. Da ist natürlich auch ein gewisses innenstadtnahes, zentriertes Angebot sinnvoll, weil die Nutzung von Räumen auch Folgekosten nach sich zieht. Das muss aber vor der Balance stattfinden, dass die Stadtteilregionen noch versorgt werden müssen. Wir werden sicherlich nicht von eins auf null kommen und sagen, wir machen eine Zentrale und keine dezentralen Standorte mehr. Dass aber die Zielzahl 320 nicht

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

attraktiv ist und, ich würde jetzt auch einmal sagen, 250 vor dem Hintergrund nicht attraktiv ist, darin sind wir uns inhaltlich einig. Das ist keine Frage.

Wir sind uns auch einig darin, dass es klug ist, die Angebotsstruktur immer wieder zu überprüfen. Bitte nicht nur dieses Jahr, sondern in regelmäßigen Abständen! Die Gesellschaft wandelt sich, die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen wandeln sich, lebenslanges Lernen ist heute wichtiger, Weiterbildung ist heute wichtiger. Deshalb finde ich es vernünftig, dass der Senat die Entwicklung auch im Lichte der anderen Weiterbildungsträger besehen und etwas Ordentliches organisieren will.

Ich möchte aber gern - weil hier gesagt wurde, Frau Dr. Loer verweigert sich, Arbeit zu machen, Vorlagen zu machen - etwas zur Arbeit von Frau Dr. Loer sagen. Erstens zu ihr persönlich: Ich kenne kaum eine Einrichtungsleiterin, die sich so vehement für ihren Bereich einsetzt und auch so engagiert die Entwicklung der Einrichtung nach vorn getrieben hat.

Dann möchte ich gern auf die Untersuchung Städtevergleich zu sprechen kommen. Sie heißt „Endbericht interkommunaler Leistungsvergleich der Bremer Volkshochschule im Vergleich zu elf anderen großstädtischen Volkshochschulen“. Dieser interkommunale Leistungsvergleich stellt folgende vier Positionen fest: Die Bremer VHS hatte 2002 - das sind die Vergleichsdaten aus der Erhebung - einen vergleichsweise niedrigen Zuschuss je Einwohner. Sie wies eine gute Eigenfinanzierungsquote von ungefähr 50 Prozent auf. Sie hat das drittniedrigste Beschäftigungsvolumen bundesweit und wies die zweithöchste Planungsleistung je planenden Mitarbeiter auf.

Ich finde, dass wir der Volkshochschule zu diesen erhobenen, nachgewiesenen richtig vernünftig valide verglichenen Leistungen erst einmal gratulieren sollten und uns vor allem bei Frau Dr. Loer und ihrem Team bedanken sollten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nicht selbstverständlich, und wir erleben in Einrichtungen auch eine andere Haltung und eine andere Leistungsbereitschaft. Sind wir doch an dieser Stelle einmal offen: Nicht jeder arbeitet gleich. Ich finde, das Erste, was man tut, wenn man sagt, kann man das noch verbessern, ist anzuerkennen, was schon geleistet worden ist, meine Damen und Herren. Darauf lege ich ausgesprochenen Wert. In diesen Zeiten ist die Ermöglichung kultureller Bildung eine Aufgabe, die wir uns nicht zum Spaß machen sollten und die auch

nicht irgendetwas überher ist, was sich möglicherweise Leute, die wirklich nichts Besseres mehr zu tun haben, leisten können sollten, sondern in diesen Zeiten ist kulturelle Bildung eine Grundvoraussetzung, um zukunftsfähig zu werden, sich zu qualifizieren, eine sinnvolle und selbstbestimmte Lebensgestaltung zu organisieren und das alles auch zu ermöglichen.

In einzelnen Programmbereichen, das hat der interkommunale Leistungsvergleich auch festgestellt - und das war die Empfehlung der Kulturfachleute, die es gewichtet haben -, sind noch Einnahme- und Marktpotentiale unausgeschöpft. Hier bin ich genauso wie Sie auf einen Bericht gespannt, wie man diese Lücke möglicherweise schließen kann. Es wird auch gesagt, bei Teilnahmegebühren und Belegungszahlen kann man eventuell noch an der Schraube drehen. Gleichzeitig muss man schauen, welche Angebote mit negativer Deckungsquote entfallen können. Auch dieser Herausforderung müssen wir uns, so wie wir die Erfolge würdigen, stellen. Das müssen wir anschauen.

Ich weiß aber sicher, dass Frau Dr. Loer an drei Szenarien arbeitet, um dem Koalitionsausschussbeschluss, der gesagt hat, Überprüfung der Programmstruktur mit dem Ziel, den Haushalt auch zu konsolidieren, nachzukommen, und dass sie uns zur Entscheidung und zur Prüfung vorgelegt werden. Ich glaube nicht, dass es dort eine Verweigerungs- oder eine Blockadehaltung gibt. Wir müssen am Ende politisch entscheiden, was wir wollen.

Frau Krusche, wenn ich das sagen darf, wir müssen über das Ganze kulturpolitisch entscheiden, was wir wollen. Insofern fände ich es gut, wenn wir uns bei der Haushaltsaufstellung und bei der Haushaltsberatung auch wirklich vernünftig Zeit nehmen und uns ansehen, wie wir die einzelnen Einrichtungen im Verhältnis zueinander positionieren wollen. Wir werden einmal die Einrichtungen haben, Kunst-/Kultur-Einrichtungen mit überregionaler Ausstrahlungsfähigkeit, die auch Standorteffekte haben, die auch künstlerische Weiterbildung ermöglichen, die Avantgarde stützen. Wir werden andere haben, die wirklich für die Grundversorgung der Bevölkerung vor Ort da sind, die andere Leistungsmerkmale haben, und wir müssen das Ganze sehen und schauen, wie sich das in das Verhältnis setzt.

Das ist eine Arbeit, es ist viel Zeit verstrichen, da gebe ich Ihnen Recht, es ist für einen Bereich schwer zu verkraften, in sechs Jahren fünf Kultursenatoren sich einarbeiten lassen zu müssen. Geben Sie uns aber die Chance, dass wir das vernünftig aufarbeiten, denn wir stehen vor schwierigen

gen Haushaltsberatungen, wir stehen auch im Haushaltsbereich insgesamt vor einer Zäsur! Es ist vernünftig, das als Ganzes zu sehen und es auch gemeinsam zu bewerten.

Dass natürlich dem Betriebsausschuss der Deputation Unterlagen zur Bewertung vorgelegt werden müssen, das steht außer Frage. Dass wir eine gut konzipierte Zentrale brauchen, steht auch außer Frage. Wir sollten uns aber die Zeit und die Geduld nehmen, das ins Verhältnis zu setzen, zu schauen, wo liegt der Förderschwerpunkt bei der kulturellen Bildung, bei anderen Bereichen, was wollen wir strategisch auch in dieser Deputation erreichen.

Man kann sich auch in der Koalition über viel Grässliches unterhalten und sagen, ich bin an dieser Stelle anderer Meinung. Ich habe es gerade zu Herrn Dr. Schrörs gesagt, was die Bewertung der Arbeit der Volkshochschule an sich angeht. Eines möchte ich hier aber auch sagen, und damit möchte ich an diesem Punkt auch konstruktiv schließen: Ich habe bei Herrn Senator Kastendiek das Gefühl, dass er sich sehr zeitnah der Probleme angenommen hat, und ich glaube auch, dass wir im Haushaltsaufstellungsverfahren einige Probleme lösen werden, die vielleicht ein paar Jahre liegen geblieben sind.

Ich würde sagen, wir schauen uns nach 100 Tagen an, was angepackt worden ist, in dem Sinne, dass wir Einrichtungen auch fachlich qualifiziert unter Schwerpunktsetzung betrachten. Dann haben wir immer noch die Möglichkeit zu sagen, läuft oder läuft nicht. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nichts zeigt deutlicher als die beiden Reden, die wir jetzt von Herrn Schrörs und Frau Emigholz gehört haben, wie weit auseinander die Koalition in der Bewertung der Arbeit der Volkshochschule ist. Das ist genau das politische Problem, mit dem wir hier zu tun haben. Es ist eine politische Entscheidung, ob wir sagen, die Volkshochschule spielt in der heutigen Zeit eine wichtigere Rolle denn je. Dieser Auffassung sind wir Grünen. Wir sagen, Weiterbildung und Bildung ist die zentrale Aufgabe der Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer daran die Axt setzt, der verhindert, dass wir aus Pisa überhaupt auch nur eine richtige Schlussfolgerung ziehen. Nichts, Herr Schrörs, ist bei Ihnen angekommen! Wenn Sie hier, und das ist ja Ihre eigentliche Motivation, über eine Leiterin herziehen, die sich nicht wehren kann, das finde ich schon einmal sehr unfair, weil auch mein Eindruck ist, dass sie mit Kompetenz und Leidenschaft für ihre Volkshochschule kämpft. Was Sie aber wirklich politisch vorhaben, das haben Sie ganz deutlich gesagt.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Gott sei Dank!)

Sie wollen im Prinzip diese Volkshochschule nicht mehr so, wie sie ist. Sie wollen sie eindampfen. Das nennen Sie „Reduzierung auf die Grundversorgung“, und was das genau heißt, ist nämlich, dass die Bildungsschere hier weiter auseinander gehen soll, dass sich die Leute, die genügend Geld in der Tasche haben, private Bildung auf dem freien Markt organisieren können. Die Menschen aber, die es nicht haben, werden dann zukünftig nicht mehr auf entsprechende Angebote der Volkshochschule zurückgreifen können. Das ist das, was ich politisch absolut für den Schritt in die falsche Richtung halte, Herr Schrörs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sollten den Mut haben, hier endlich den Standort Volkshochschule für Bremen als wichtig zu erachten. Wir sollten sagen, sie bekommt eine Zentrale. Natürlich soll auch die Volkshochschule zukünftig hinschauen, ob es Einsparpotentiale gibt. Dagegen wehren wir uns überhaupt nicht. Es geht auch darum, dass man zukünftig überlegt, ob bestimmte Programme noch verändert werden müssen, ob bestimmte Angebote zukünftig ganz andere sein werden. Vielleicht ist der demographische Wandel allein schon ein Grund, sich bestimmte Sachen in der Zukunft genauer anzuschauen.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Das hört sich doch schon ganz gut an!)

Aber was Sie machen, ist, Sie schieben hier eine Entscheidung hin und her und hin und her und treffen sie gerade nicht. Wir sind dafür, dass diese Entscheidung jetzt getroffen werden muss, dass man der Volkshochschule eine Chance zur Weiterentwicklung geben muss, und wir sehen es in der Kopplung an einen neuen attraktiven Standort. Wir halten es für völlig unverträglich, wenn Sie in diesen Zeiten sagen, die Volkshochschule muss ihr Programm drastisch einsparen, muss alle Standorte auflösen.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Darüber kann man auch reden. Selbstverständlich sollen nicht weiterhin 320 Standorte erhalten bleiben, das wäre ja absurd. Das muss man sich alles genau anschauen. Da bin ich bei Ihnen. Was Sie hier aber machen, ist viel weitergehender. Sie wollen der VHS keine Zukunftschance geben -

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Quatsch!)

natürlich! -, indem Sie genau sagen, die Dinge, mit der die Volkshochschule Geld verdient, Einnahmen akquiriert, die wollen Sie der Volkshochschule wegnehmen und sagen, das kann ja der freie Markt irgendwie anbieten.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, womit die Volkshochschule Geld verdient! Das ist doch das Problem! Sie haben es nicht begriffen, Frau Krusche!)

Das ist ein Schritt in die falsche Richtung, und deswegen sagen wir, dass jetzt eine Entscheidung getroffen werden muss unabhängig davon, ob die VHS zehn Prozent, fünf Prozent eindampfen muss, wir sind dafür, dass diese Entscheidung positiv gefällt wird für den Standort und dass der Volkshochschule Zeit gegeben wird, Erfahrungen mit diesem neuen Standort zu machen und sich auch mit einer neuen Programmatik neu aufzustellen. Dazu braucht sie Zeit. Das kann man nicht von heute auf morgen machen. Daher möchten wir Sie noch einmal bitten, vor der Sommerpause hier Klarheit zu schaffen. Ich glaube, es ist unzumutbar, wenn man diese Entscheidung immer weiter auf die lange Bank schiebt. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Krusche, wenn man sich so einige Passagen Ihrer Rede etwas genauer durch den Kopf gehen lässt, hat man den Eindruck, der Bundestagswahlkampf hat begonnen. Sie versuchen, hier wirklich mit pauschalen und falschen Beschuldigungen einen Popanz an die Wand zu malen, der wirklich hinten und vorn nicht gerechtfertigt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie behaupten, einer der beiden Koalitionspartner, die CDU, will hier die VHS in den Grundfesten erschüttern. Man will keine Zukunftsperspektive der

Volkshochschule gewähren, man will den Auftrag der VHS herunterreden. All solche Sprüche sind hier gekommen. Ich muss sagen, ich habe sehr aufmerksam die beiden Reden von Herrn Dr. Schrörs und Frau Emigholz verfolgt. Ich habe wirklich in keiner dieser beiden Reden auch nur ansatzweise eine Grundlage für Ihre Kritik gefunden. Sie haben hier wirklich aus der hohlen Hand diskutiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich hatte nun nicht das Vergnügen, über einen längeren Zeitraum die Diskussion um die Volkshochschule intensiver zu verfolgen, obwohl es eigentlich sicherlich meine Aufgabe gewesen wäre in meiner vorherigen Funktion. Bitte sehen Sie es mir ein wenig nach! Dennoch ist natürlich eines vollkommen klar: Wir müssen hier die Probleme und Aufgaben, vor denen die Volkshochschulen stehen, nach und nach abarbeiten. Wenn Sie jetzt anfangen, Frau Krusche, die Themenstellung von der verkehrten Seite aufzuarbeiten, und das wollen Sie nämlich - Sie fangen hinten statt vorn an -, dann werden Sie die Volkshochschule wirklich in eine existenzielle Krise hineinbringen.

Wir müssen als Erstes über die Inhalte und den Auftrag der Volkshochschule eine Entscheidung herbeiführen: Wie soll es zukünftig aussehen? Wir haben hier Arbeitsaufträge aufgrund des Koalitionsausschusses, einmal, was die Zusammenführung von einzelnen Einrichtungen angeht, und auf der anderen Seite auch die Bündelung der Weiterbildungsaktivitäten im Land Bremen. Es ist ja nicht so, dass hier die Weiterbildungsaktivitäten völlig beendet werden sollen. Ich weiß gar nicht, woher Sie Ihre Beschuldigungen nehmen. Offensichtlich haben Sie die verkehrten Tageszeitungen, wenn überhaupt, gelesen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können gar nicht lesen, das ist noch viel schlimmer!)

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, ist, dass Sie dann fragen, wie dies organisatorisch am besten dargestellt werden kann. Wenn ich mir einmal anschau, mit welchen Zahlen wir uns hier auseinander setzen müssen, dann muss ich doch feststellen, dass das doch nichts mit Attraktivität und Wirtschaftlichkeit zu tun hat! 320 Standorte der Volkshochschule verteilen sich über das Stadtgebiet! Was Sie hier behaupten, das sei wirtschaftlich attraktiv, das habe etwas mit einer bürgernahen Versorgung zu tun, ist doch völlig abenteu-erlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen, wenn wir der Volkshochschule eine Perspektive geben wollen, konzentrieren und die Mittel effizienter und effektiver einsetzen. Das muss unsere Aufgabe sein! Es kann doch nicht sein - und da fangen Sie schon wieder an, einen Gedankenfehler zu machen -, dass Sie behaupten, nur weil ich kürzen oder einsparen muss, ist das Angebot automatisch schlechter. Das ist doch ein gedanklicher Kurzschluss, den Sie da vornehmen! Wenn wir die organisatorischen Rahmenbedingungen so aufstellen, Frau Krusche, dass mit vermindertem Einsatz von finanziellen Mitteln dennoch ein hochwertiges Angebot der Volkshochschule gewährleistet ist, wo ist da ein Widerspruch? Warum wollen wir dies nicht versuchen? Das ist der entscheidende Punkt, wo die Politik zusammen mit der Volkshochschule intensiv in einen Dialog eintreten muss.

Da kann ich den Kollegen Schrörs nur voll und ganz in seiner Aufforderung unterstützen, dass hier die Volkshochschule die entsprechenden Zahlen vorlegen muss, es eine gewisse Transparenz geben muss. Es wundert mich, dass man an dieser Stelle mit Zahlen argumentiert, die noch nirgendwo gestanden haben, aber vielleicht werden wir das in den kommenden Wochen, sicherlich auch auf einer der nächsten Eigenbetriebsausschusssitzungen, dann entsprechend zur Kenntnis nehmen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Linnert?

Senator Kastendiek: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe sogar zwei Zwischenfragen! Die eine ist, ob Sie denn dem Haus versprechen können sicherzustellen, dass der Eigenbetriebsausschuss bald tagt. Das würde ich gern wissen, denn dann könnte man das vielleicht auch etwas weniger aufgeheizt beraten. Die zweite Frage ist, ob Ihnen bekannt ist, dass die meisten der 320 Standorte der Volkshochschule gar kein Geld kosten. Sie sind haushaltstechnisch vielleicht nicht unproblematisch, aber sie werden der Volkshochschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt, und so sind über ein Einsparen von Standorten leider auch keine Budgeteinsparungen bei der VHS möglich. Ist Ihnen das bekannt?

Senator Kastendiek: Nein, das ist mir nicht bekannt, weil ich davon überzeugt bin, dass auch das Verwalten von Standorten, die keine direkten

Mietkosten verursachen, natürlich Overheadkosten verursacht, weil ich sie verwalten muss. Natürlich hat es etwas damit zu tun, deswegen kann ich Ihre Frage nur damit beantworten: Es ist mir nicht bekannt, weil ich eine grundsätzlich andere Auffassung in dieser Frage habe. Dass ich natürlich ein eigenes Interesse daran habe, möglichst schnell den Eigenbetriebsausschuss einzuberufen und hier auch die Fragestellungen zu diskutieren, ist doch selbstverständlich, weil ich an der Stelle - sehen Sie es mir nach - auch so gestrickt bin, dass ich die Probleme möglichst schnell abgearbeitet haben möchte, denn ich hasse es, wenn Probleme vor mir herumliegen. Das erschwert nur die Arbeit, und ich glaube, dass es oft der Problemlösung nicht zugänglich ist, wenn sie an der Stelle unnötig lange liegen. Von daher habe ich auch selbst persönlich ein hohes Interesse. Ich glaube, dass es auch im Sinne der Einrichtung ist, dass wir zu Ergebnissen kommen. Wir müssen den Haushalt aufstellen, wir müssen hier verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, und daran habe ich ein hohes Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Von daher können Sie mir bitte abnehmen, dass wir ganz eng in den kommenden Wochen die anstehenden Probleme lösen wollen. Wir müssen hier verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, da haben Sie natürlich Recht, ein Jahr Diskussion ist eine sehr lange Zeit. Wir wollen zusehen, dass wir hier zu entsprechenden Lösungen kommen. Wir wollen ein attraktives Angebot der VHS sicherstellen, wie immer das aussehen mag. Ich glaube, der Spannungsbogen ist hier auch ein bisschen deutlich geworden, aber ich glaube, es ist auch gut so, dass es hier eine konstruktive Diskussion gibt. Hier muss die VHS natürlich auch ihren Teil dazu beitragen. In dem Sinne denke ich, dass der Popanz, den Sie hier an die Wand gemalt haben, nicht berechtigt ist.

Ich glaube, dass wir mit den Entscheidungen in der großen Koalition weiterhin ein attraktives Angebot mit einem effizienten Einsatz öffentlicher Mittel gewährleisten können. - In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

**8. Ortsgesetz über die Gestaltung der straßen-
seitigen Fassaden und der besonderen Anfor-
derungen an Werbeanlagen in der Obernstra-
ße, Hutfilterstraße und Sögestraße**

Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2005
(Drucksache 16/333 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 8. Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Kostenreduzierende und effiziente Ausbau-
standards im Hoch- und Tiefbau**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 26. Mai 2005
(Drucksache 16/335 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann mich angesichts des schönen Sommertags heute kurz fassen,

(Beifall)

da unser Antrag „Kostenreduzierende und effiziente Ausbaustandards im Hoch- und Tiefbau“, glaube ich, selbsterklärend ist, wenn man ihn liest. Uns geht es bei diesem Antrag darum, deutlich zu machen, dass Sparen nicht nur im konsumtiven Bereich angesagt ist - wir haben eben über die Volkshochschule gesprochen -, sondern auch im investiven Bereich. Sparen beim Investieren muss auch ein Motto sein. Ich denke, da kann man im Jahr gut die eine oder andere Million einsparen, die wir zum Beispiel bei der Sanierung von Stra-

ßen oder bei der Sanierung von Schulgebäuden dringend gebrauchen können. Es macht ja irgendwie wenig Sinn, großstädtische Benchmarks, zum Beispiel bei der Schüler-Lehrer-Relation, anzustreben, aber Straßenausbaustandards außen vor zu lassen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen kurz deutlich machen!

Es gibt zum Beispiel derzeit keine Standards für den Neubau im Hochbaubereich, zum Beispiel bei den Quadratmeterflächen Büro pro Mitarbeiter. Da sinken einerseits die Beschäftigtenzahlen im Konzern Bremen, andererseits steigen die Quadratmeter Büroflächen, mithin auch die Mieten, die Nebenkosten oder die Kosten für den Bauunterhalt, die wir für diese Quadratmeter zu bezahlen haben. Da sind meines Erachtens eindeutige Standards dringend erforderlich. Ein anderes Beispiel ist das Straßenbegleitgrün, das sind die Bäume zwischen oder neben den Straßen. Wir planen und bauen ganz tolle neue Straßen in Gewerbegebieten, die irgendwann einmal, wenn die Bäume dann gewachsen sind, regelrechte Alleen sein werden. Gleichzeitig kürzen wir, und das müssen wir wahrscheinlich auch bei der finanziellen Lage Bremens, Stadtgrün die Mittel für die Pflege der Bäume und wundern uns dann, wenn das Grün vermüllt.

Ich hoffe, dass es am Ende nicht nur bei dem vom Senat erbetenen Bericht bleibt - solche Berichte gab es ja schon häufig, Papier ist ja bekanntlich geduldig -, sondern dass wir in der Folge auch zu einer konkreten Richtlinie kommen, damit auch beim Investieren gespart werden kann. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es auch kurz machen, weil wir ja einen Bericht über kostensparende Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau bekommen. Ich will aber doch noch einmal sagen: Ich glaube nicht, dass wir in den letzten Jahren nicht schon angefangen haben zu sparen. Es sind natürlich schon viele Dinge in die Wege geleitet worden, die Einsparungen beim Bau, und insbesondere beim öffentlichen Hochbau, aber auch bei Tief- und Straßenbaumaßnahmen möglich gemacht haben. Es gibt aber immer wieder die Notwendigkeit zur Überprüfung.

Insbesondere liegt es auch daran, dass gewisse Bauvorhaben in der Planung, Genehmigung und Ausführung beschleunigt durchgeführt werden müssen. Dazu brauchen wir die Novellierung der

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Landesbauordnung, die in die Wege geleitet worden ist, da, wo wir intensiv diskutieren, insbesondere mit den Lobbyisten, die sich da als ganz hartnäckig erweisen und einer Vereinfachung und Verbilligung von Bauvorhaben bisher noch nicht ihre Zustimmung gegeben haben, weil sie auch ein bisschen die Verantwortung scheuen. Es müssen aber noch andere Richtlinien im Baubereich überprüft und erneuert werden, was in regelmäßigen Abständen auch passiert.

Man kann zum Beispiel - das hängt auch mit der demographischen Entwicklung zusammen - Bauten, die die öffentliche Hand vornimmt, was den Schul- oder Kindergartenbau betrifft, eben in so einer Bauweise bauen, dass sie in anderen Jahren auch anderweitig nutzbar sind, dass man also aus Kindergärten zum Beispiel Jugendtreffs oder Bürgertreffs machen kann und dass es im Schulbau ähnlich ist, wenn eine Schule nicht mehr benötigt wird, dass sie nicht abgerissen oder verkauft werden muss, sondern dass es für andere Einrichtungen dann auch die Möglichkeit der Nutzung gibt. Das sind auch vereinheitlichte Standards, die es erlauben, es im Inneren so einzurichten, wie man es für die richtige Einrichtung braucht. Es gibt da also eine ganze Menge Dinge, die man verändern kann.

Es gibt auch im Straßenbau Dinge, die man ändern kann. Wir haben vor mehreren Jahren schon gesagt, dass die Standards in Gewerbegebieten überlegt werden müssen. Man muss natürlich ganz genau wissen, dass es immer zwei verschiedene Seiten hat. Einmal wird gesagt, gerade in Gewerbegebieten wollen wir möglichst auch Ausgleichsflächen verwirklichen. Das bedeutet, dass Straßenbegleitgrün und überhaupt Grün in den Gewerbegebieten eine wichtige Voraussetzung ist. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass wir Straßen bauen, ohne einen Baum zu pflanzen. Das geht auch nicht. Das wäre ja im Grunde genommen das Ergebnis einer solchen Prüfung, dass man sagt, die Straße brauchen wir schon, aber den Baum brauchen wir nicht. Das, finde ich, ist auch nicht die richtige Sache. Man muss dann schon irgendwie das Mittelmaß finden und sagen, vielleicht brauche ich ja nicht auf beiden Seiten 2,20 Meter breite Fahrradwege und 2,50 Meter breite Fußwege. Das kann ja vielleicht auch anders geregelt werden.

So gibt es Möglichkeiten, die bei uns schon öfter einmal andiskutiert worden sind. Insofern finde ich es sehr gut, dass wir jetzt einmal einen Bericht darüber bekommen, der dann vielleicht nachher in einer Richtlinie umgesetzt werden kann, dass wir einige Dinge verändern können. Deswegen wollen

wir den Antrag an die Baudeputation überweisen.
- Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg: Auch wir Grünen werden diesem Antrag zustimmen, sind natürlich auch mit einer Überweisung an die Baudeputation einverstanden

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

und hoffen, dass wir kreative Gedanken haben. Unsere größte Sorge bei diesem Antrag ist im Prinzip, dass er eventuell nur weiße Salbe bleibt, denn die Erfahrung der Grünen ist nun einmal, dass wir bei allen Ausbauprojekten, vor allem im Straßenbau, immer auf taube Ohren seitens des ASV gestoßen sind, wenn wir uns dafür stark gemacht haben, Fahrbahnbreiten so schmal wie möglich und nicht so breit wie möglich zu machen. Immer war es das Amt für Straßen und Verkehr, das uns mit zig Paragraphen geantwortet hat, warum dieses und jenes nicht geht. Wenn der Bau-senator es hinbekommt, hier einen Schritt weiterzukommen, hat er uns voll auf seiner Seite, das ist völlig klar!

Ich habe mich gefragt, warum dies eigentlich kein Antrag für den Landtag ist, denn wenn man Standards absenken will, kosteneffizientes Bauen fördern will und so weiter, dann betrifft das ja im Prinzip auch öffentliche Gebäude, die aber eher Sache des Bundeslandes und nicht nur der Stadt Bremen sind. Ich denke da zum Beispiel an die Hochschulbauten. Hochschulbauten sind ja einer der wenigen Bereiche, wo überhaupt noch Hochbau betrieben wird, und da kann ich eigentlich nur sagen, aus unseren Erfahrungen ist das eher, was Standards angeht, ein Buch mit sieben Siegeln. Bisher fühle ich mich jedenfalls nicht in der Lage, da zum Beispiel zu kontrollieren, ob die Hochschulgebäude alle kostengünstig und effizient errichtet werden. Insofern ist da, glaube ich, auch noch jede Menge Einsparpotential vorhanden.

Eine andere Sache ist: Wie ist das mit den Gesellschaften? Sind sie praktisch in Ihrem Antrag auch gemeint, also die BIG und andere, dass diese in Zukunft auch auf kostengünstiges Bauprogramm achten sollen, sich mit Standards beschäftigen, wie man es auch preisgünstiger hinbekommt? Das ist mir nicht so ganz klar. Ich gehe aber einmal davon aus, dass Sie auch die Gesellschaften meinen, wenn Sie solch einen Antrag hier stellen.

Wenn man sich das alles so anschaut, stelle ich auch fest, dass die Grünen in der Vergangenheit nicht nur beim Straßenbau auf Granit gebissen haben,

(Heiterkeit)

sondern auch im Hochbau. Ich erinnere daran, vielleicht wissen das einige noch, es war, glaube ich, schon in der Ampelkoalition, dass - - . Habe ich jetzt Mist erzählt?

(Abg. Frau Busch [SPD]: Nein, beim Straßenbau auf Granit gebissen!)

Wir haben in der Ampelkoalition einen Antrag auf ein Schultypenprogramm gestellt. Damit wollten wir erreichen, dass besonders im Schulbau kostengünstigeres Bauen möglich ist, aber auch das wurde damals abgelehnt. Insofern gibt es auch hier Chancen, solche alten Programme von uns wieder neu aufleben zu lassen. Das unterstützen wir nachdrücklich.

Ich will aber noch einmal ganz deutlich sagen, Sie kommen sehr spät mit diesem Antrag. Es ist in der Vergangenheit viel Verschwendung gerade im Ausbau von Straßen in Bremen betrieben worden. Ich nenne hier noch einmal, weil dieses Beispiel immer noch richtig ist, man kann natürlich auf den Ausbau der Schwachhauser Heerstraße verzichten und spart damit über 20 Millionen Euro.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann auch auf jede Kreuzungsaufweitung, das Lieblingsthema des Amtes für Straßen und Verkehr, verzichten, weil jede Aufweitung von Straßenkreuzungen auch weiterhin Geld kostet sowohl im Bau als auch in der weiteren Unterhaltung. Auch hier ist man in der Vergangenheit großzügig mit Geldern der Stadt umgegangen. Wenn das in Zukunft kritischer gesehen wird und wir hier zu den schmalstmöglichen Fahrspuren kommen, wenn wir uns genau anschauen, muss eine Kreuzung aufgeweitet werden oder nicht, wenn wir das in Zukunft sehr viel kritischer begleiten, sind wir einen gewaltigen Schritt weiter, meine Damen und Herren.

Ein letztes Beispiel, wo in der Vergangenheit 13 Millionen Euro völlig überflüssigerweise in den Sand gesetzt wurden, ist unser Meinung nach die Bürgermeister-Smidt-Straße. Diese hat viel Straßenraum für wenig Autos. In 168 Wochenstunden ist diese Straße ganze acht Stunden pro Woche maximal ausgelastet, und das auch nur in eine Richtung, nämlich in Richtung Innenstadt. Heute ist es eine Verkehrsschneise. Sie behindert die Anbindung von dem Schlachte-A-Teil und dem -B-

Teil, wo wir uns jetzt auf den Weg machen, diese attraktiv zu gestalten. Es gibt praktisch eine Riesenverkehrsachse, die unnötig ist, die man heute eigentlich wieder für viel Geld zurückbauen müsste oder wo man zumindest einen Zebrastreifen zur besseren Querbarkeit anlegen müsste.

Also, Sie haben in der Vergangenheit aus dem Vollen geschöpft, was Straßenausbau angeht. Wenn wir da in Zukunft einen Schritt bescheidener werden, soll es uns recht sein, und dann haben Sie auch unsere Unterstützung. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man stellt im Haus große Einigkeit fest. Alle unterstützen den Antrag. Man fragt sich nur, aus welchen Motiven. Ich möchte doch einige Anmerkungen machen, denn in der Vorbereitung einer solchen Debatte stellt man schon fest, dass die Themen häufig komplizierter sind, als sie auf den ersten Anschein wirken.

Wir nehmen den Auftrag natürlich an und werden auch entsprechend Bericht erstatten. Ich bin mir nur nicht sicher, ob wir diesen Bericht wirklich für alle zufrieden stellend erstatten können. Ich will doch sagen, dass es eine sehr komplexe Übersicht von Regularien und Notwendigkeiten gibt und man das nicht so ohne Weiteres von heute auf morgen verändern kann.

Wie sieht es aus? Im Bereich für den Tiefbau liegen die entsprechenden technischen Regelwerke bereits vor. Sie werden jeweils erarbeitet im Bereich der Verkehrsplanung, des Straßenbaus und der Straßenverkehrstechnik von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen. Diese sind die Grundlagen, und sie werden dann weitergegeben an das Bundesministerium für Verkehr, das das dann für Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes einführt und jeweils den Ländern empfiehlt, diese Regelwerke auch auf Landes- und kommunaler Ebene anzuwenden. Dieser Empfehlung ist die Stadtgemeinde Bremen in den letzten Jahren immer wieder gefolgt, und darüber hinaus gibt es für den Bereich der Verkehrsplanung eine neue Richtlinie vom Bundesverkehrsministerium für die Anlage von Stadtstraßen. Diese, wenn man das hier alles liest, ersetzt die Richtlinie für die Anlage von Erschließungsstraßen und Hauptverkehrsstraßen.

Dies gibt dann auch erstmals den Rahmen vor, dass man tatsächlich die Möglichkeiten hat, ver-

schiedene Querschnittselemente zu reduzieren, Frau Krusche. Warum ist dies so wichtig? Damit man auch einmal den Hintergrund dafür weiß, dass man eine verlässliche Grundlage hat! Das ist deshalb so wichtig, weil bei vielen Verkehrsproblemen, die hier auch teilweise angesprochen sind, natürlich entsprechende Planfeststellungsverfahren laufen. Diese Planfeststellungsverfahren müssen jeweils gerichtsbeständig sein, da gerade heutzutage der Verkehr aufgrund verschiedener Emissionen von den Anwohnern meistens genauestens betrachtet wird, es sind die Lärmemissionen, die Feinstaubemissionen. So ist es schon wichtig, dass man auch entsprechend Pläne herausbringt, die die Verwaltungsgerichte nachher auch tatsächlich überstehen. Deshalb braucht man eine Grundlage, und diese Grundlage wird bundespolitisch entsprechend erarbeitet.

Das, was Frau Krusche hier diskutiert hat, ist eher die politische Diskussion. Da, dachte ich, hätten Sie in den letzten Jahren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, politisch etwas mehr hinzugelernt. Gerade die Kreuzungsbereiche bilden häufig den Anlass für Verkehrsstaus, und diese Staus wollen, glaube ich, Sie nicht, und die wollen auch wir nicht. Daher ist es häufig wichtig und notwendig, in den Kreuzungsbereichen auszubauen, um auch tatsächlich fließende Verkehre zu haben.

Diese fließenden Verkehre, Frau Krusche, schützen dann übrigens in erster Linie die Umwelt, weil nichts mehr als ein stehender Verkehr auch tatsächlich die Umwelt belastet. Ich dachte, Sie sind darüber hinweg, über diese Verkehrspolitik Anfang der neunziger Jahre: Wir müssen nur lange genug den motorisierten Individualverkehr behindern, und dann steigen die Leute schon irgendwann auf den ÖPNV um. Dies hat nicht funktioniert. Deshalb brauchen wir einen fließenden motorisierten Individualverkehr und ein entsprechend gut ausgebautes ÖPNV-Netz, Frau Krusche.

(Beifall bei der CDU)

Das hat aber mit diesem Antrag herzlich wenig zu tun, sondern bei dem Antrag müssen wir schauen, ob wir zum Beispiel tatsächlich in Gewerbegebieten die Möglichkeit finden, an diese Standards heranzugehen. Da stelle ich mir schon tatsächlich auch einige Bereiche vor, was dann insbesondere mit der Qualität der Anlage von zum Beispiel Fuß- und Radwegen in Gewerbegebieten oder auch von Grünanlagen entsprechend reduziert wird.

Dass dann gerade Frau Kummer jetzt das Thema der Folgekosten anspricht, erfreut mich zwar, sie ist da in einer Kontinuität des Ressorts, aber, Frau Kummer, dafür hat Ihre Kollegin, Frau Wischer, vier Jahr vergeblich gekämpft, diese Folgekosten

bei den Investitionen auch irgendwie eingerechnet zu bekommen. Jetzt gelingt es langsam auch mit den letzten Beschlüssen des Koalitionsausschusses, dass dafür endlich auch der Nährboden gelegt ist, dass man eine solche Debatte führen kann, dass man sich bei den Investitionen natürlich auch über die Folgekosten entsprechende Gedanken machen muss. Insofern bin ich sehr froh für diese Unterstützung, hätte mich allerdings gefreut, weil uns das gerade im Grünbereich einige Probleme tatsächlich erspart hätte, wenn Ihnen das schon ein paar Jährchen eher gelungen wäre.

Dann haben Sie den Bereich Quadratmeter pro Mitarbeiter angesprochen. Dies ist übrigens kein Problem unserer Richtlinien, die es gibt. Da gibt es Dienstvereinbarungen mit Personalräten et cetera, die eine Mindestgröße, auch von Büros, vorschreiben. Wir müssen an dieses Thema heran, und dann sind wir wieder sehr nah an anderen Themen, Personalvertretungsgesetz et cetera,

(Zuruf der Abg. Frau Wangenheim [SPD])

wo wir eigentlich einmal an eine Überarbeitung müssten, Frau Wangenheim, wo allerdings, glaube ich, meistens Ihnen bisher der Mut fehlte, an dieses Thema tatsächlich einmal fundamental heranzugehen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Vielleicht führt dieser Antrag dazu, dass wir auch diesen Mut in den nächsten Jahren entsprechend aufbringen können.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Hochbauten, das ist hier auch entsprechend angesprochen worden, gibt es entsprechende Ansätze und Anregungen, die richtig sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass viele von diesen Anregungen, die auch in dem Antrag stehen, sich bereits heute in den Richtlinien für die baulichen Standards für öffentliche Bauherren im Bereich des Sondervermögens Immobilien und Technik befinden sowie im Sanierungshandbuch der GBI, die sich auch sehr dezidiert mit diesen Themen auseinandersetzen. In diesen beiden Bereichen stehen schon manche der Punkte, die jetzt hier im Antrag entsprechend aufgeführt sind.

Ich glaube, und das ist in diesem Bereich wichtig, dass wir uns dazu bekennen müssen, dass, wenn wir dort zunehmend gerade bei den öffentlich-rechtlich genutzten Immobilien auch zu Eckkosten kommen, diese Kosten dann jeweils auf die jeweiligen Senatsbereiche umgelegt werden müssten. Dann hätte man einen wirklichen Anreiz, möglichst sparsam mit den öffentlichen Kosten zu hantieren. Leider fehlt diese Anregung in dem Antrag, aber wir werden schauen, inwieweit wir das

einfach in den Bericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufnehmen können.

Wir bemühen uns zumindest bisher, und da gibt es diverse Richtlinien. Ich könnte Ihnen diese alle aufzählen, das erspare ich Ihnen, aber das sind alles die Richtlinien, die sich mit kostengünstigem Bauen auseinander setzen, in unserem Ressort meistens per Dienstanweisung erfolgt. Wir versuchen das immer in einer großen Abstimmung dann auch für die anderen Senatsressorts, und dazu zählen insbesondere die Bereiche des Senators für Wirtschaft und Häfen inklusive deren nachgeordneten Firmen wie BIG und HVG, des Senators für Kultur, des Senators für Frauen, Gesundheit et cetera, des Senators für Bildung und Wissenschaft, insbesondere der Bereich Wissenschaft, und in unserem eigenen Haus natürlich auch der Umweltbereich, dort auch sicherzustellen, dass diesen Dienstanweisungen dann gefolgt wird. Wir haben zumindest bis jetzt keinen Anhaltspunkt, Frau Kummer, dass dies auch tatsächlich entsprechend erfolgt ist.

Wir müssen in erster Linie daran arbeiten, die Landesbauordnung zu novellieren. Da gibt es im Moment einen intensiven Gesprächsfaden mit den Mitgliedern der Deputation für Bau, weil ich mir sicher bin, wenn wir dort regulieren und deregulieren, ohne dass wir dort deregulieren, ohne tatsächlich die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, ist das der vernünftigste und auch der kostengünstigste Weg, im Baubereich effizienter zu arbeiten. Deshalb bitte ich alle Mitglieder der Arbeitsgruppe, sich nicht von den Teilinteressen Einzelner leiten zu lassen, sondern im großen Sinn der Deregulierung unseren Vorschlägen auch weitestgehend zu folgen. Dann, glaube ich, wäre schon ein Großteil Ihres Antrags entsprechend berücksichtigt und abgearbeitet.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche unserem Haus jetzt schon viel Vergnügen bei der Abarbeitung Ihres Antrags.
- Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist hier Überweisung zur Beratung und Berichterstattung - -.

(Abg. Focke [CDU]: Nicht Überweisung!)

Doch, es ist Überweisung und Beratung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr beantragt worden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht ihr doch sonst bei unseren Anträgen!)

Das war das Ergebnis der Debatte hier im Parlament.

(Abg. Focke [CDU]: Da habe ich mich versprochen, wir wollten den Antrag heute hier natürlich verabschieden! Es ging da um einen Bericht der Baudeputation!)

Dann kommen wir zur Abstimmung des Antrags.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/335 - -.

(Abg. Focke [CDU]: Und der CDU!)

Der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer - -. Habe ich euch vergessen?

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Soviel Zeit muss sein, Herr Präsident!)

Oh pardon! Dass mir das passiert!

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/335 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/345 S)

Der Wahlvorschlag ist in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Klima schützen - Energieeffizienz verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Juni 2005
(Drucksache 16/337 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Energiewende ist eine der wesentlichen Zukunftsherausforderungen unserer Zeit. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergienutzung und mit dem Boom der erneuerbaren Energien sind die wesentlichen Weichenstellungen durch die rotgrüne Bundesregierung erfolgt. Das sind die richtigen Schritte für den Menschen und für die Umwelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist aber lediglich als der Beginn einer Innovations- und Nachhaltigkeitsstrategie zu verstehen mit dem perspektivischen Ziel, aus der Abhängigkeit von Öl und Atom herauszukommen. Das, wie gesagt, ist besser für die Umwelt, es ist aber auch wichtig für mehr Sicherheit in dieser Welt, für die Wirtschaft und für Arbeit.

Dafür ist eine Doppelstrategie notwendig, nämlich einerseits eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und andererseits der Ersatz fossiler Energieträger wie Öl und Kohle durch erneuerbare Energien. Die Bedeutung der erneuerbaren Energie, insbesondere für den Bereich der Windenergie, hat der Senat begriffen. Er hat hier die Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen, die von der rotgrünen Bundesregierung gesetzt wurden, richtig und effizient genutzt. Das hat dazu geführt, dass in dem Bereich 1000 neue Arbeitsplätze entstanden sind und hier in Bremen ein Jahresumsatz von geschätzten 500 Millionen Euro erzielt wird. Eine wirkliche Erfolgsstory!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, dass eine solche Erfolgsstory auch für den Bereich der Energieeffizienz Wirklichkeit wird, Wirklichkeit hier in Bremen. Es gibt nämlich bei der Umsetzung, der Realisierung der Energieeinsparpotentiale erhebliche Defizite. Das ist besonders gravierend, weil zum Beispiel mit Stromeinsparmaßnahmen im öffentlichen Gebäudebestand in der Folge auch der konsumtive Haushalt entlastet würde.

Die Effizienzstrategie wie bei Stromeinsparmaßnahmen, aber auch anderen ressourcensparenden Maßnahmen führt dazu, dass in der Folge auch Entlastungen des konsumtiven Haushalts entstehen. Es ist in der Tat eine wirklich risikoarme und kluge Investitionspolitik. Das muss endlich mit der nötigen Geschwindigkeit in Bremen in die Tat umgesetzt werden! Daher wollen wir Grünen, dass erstens der Senat das Pilotprojekt des Stromsparprogramms auf alle öffentlichen Gebäude, die noch unnötig CO₂ in die Umwelt freilassen und damit das Klima anheizen, zügig überträgt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens wollen wir Grünen, dass die Bauleitplanung konsequent auf eine Energieoptimierung ausgerichtet wird und hier von Ihrem Ressort, Herr Eckhoff, Vorschläge erarbeitet werden, die dann bis zum 31. Dezember dieses Jahres in der Bau- und in der Umweltdeputation beraten werden. Ich möchte Ihnen nur ein kleines Beispiel geben, worum es geht: Man kann zum Beispiel allein dadurch, dass man in Bebauungsplänen die Ausrichtung der Häuser vorgibt, erhebliche Einsparungen in der Energienutzung für die ganze Lebenszeit dieser Häuser, die dann dort gebaut werden, erreichen. Das sind ganz einfache Instrumentarien. Sie kosten den Haushalt nichts, und sie entlasten die Umwelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens wollen wir Grünen, dass bei Architektenwettbewerben Energiefachleute beteiligt werden. Das, glauben wir, ist auch eine wesentliche Maßnahme, so dass in Zukunft keine Gebäude mehr erstellt werden, die sich dann im Nachhinein als „Aufheizer“ für das Klima entpuppen und man dann verwundert ist. Auch diese Forderung, das wollen wir Grünen, soll in die Tat umgesetzt werden.

Zusammengefasst heißt es letztendlich: Unser Antrag besagt, mit Klimaschutz mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich, alles in allem würde es dazu führen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, und das im Handwerk, dass der Haushalt perspektivisch entlastet wird und auch die Position Deutschlands auf dem Energieein-

sparmarkt sich in einem Weltmarkt verbessert. Insofern wünschen wir uns zwar die Zustimmung, aber meine nachfolgenden Redner werden schon sagen, was sie wollen. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden an dieser Stelle die Debatte jetzt nicht sehr ausführlich führen, weil wir dafür plädieren, dass der Antrag in die Deputation für Umwelt und Energie überwiesen wird. Die Frage, wie wir mit dem Stromsparprogramm weiter umgehen, steht für die nächste Sitzung der Deputation ohnehin auf der Tagesordnung, was Frau Mathes allerdings nicht wissen konnte. Insofern werden wir diese fachlichen Aspekte, wir hatten dazu, glaube ich, im März oder April schon eine Debatte geführt, noch einmal intensiv beraten müssen und da auch sicherlich in vielen Punkten zu einigen Ergebnissen kommen. In der nächsten Sitzung werden wir vielleicht noch umfassendere Beschlüsse, als es Frau Mathes jetzt hier oder die Grünen vorgeschlagen haben, verabschieden können. Das hoffe ich zumindest.

Ein großer Bereich, der in dem Antrag der Grünen fehlt, ist die Frage der Finanzierung dieser Maßnahmen, die ohne Zweifel erforderlich sind. Wie wir ausreichend Finanzmittel bereitstellen können, dass wir möglichst schnell stromsparende und auch energiesparende Maßnahmen am Gebäudebestand durchführen können, ist noch nicht gelöst.

Das ist der eine Punkt! Die anderen Aspekte will ich jetzt nicht alle wiederholen, sondern nur noch etwas zu der Doppelstrategie sagen, wie sie auch von der rotgrünen Bundesregierung verfolgt wird. Es geht einerseits darum, regenerative Energien zu fördern und zu versuchen, einen Umstieg in die Solarwirtschaft zu erreichen. Andererseits ist es dringend, alle Energiesparmaßnahmen, die in diesem Zusammenhang möglich sind, auch zu nutzen und zu forcieren. Das finden wir völlig richtig. Das brauche ich an dieser Stelle jetzt nicht ausführlich zu wiederholen.

Ich weiß jetzt nicht, was Herr Imhoff gleich noch sagen wird. Er wird sicherlich noch einmal auf die Atomkraft eingehen. Da sind die Positionen in diesem Haus auch relativ klar. Die SPD hält es auch aus Klimagesichtspunkten nicht für sinnvoll, die Atomenergie länger zu nutzen, als dies in Deutschland vereinbart ist. Es bestehen auch klimapolitisch gute Gründe zu sagen, die Atomener-

gie soll auslaufen, wie es von der rotgrünen Regierung und vom Bundestag beschlossen worden ist. Daran halten wir fest.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Energieeffizienz zu verbessern ist ein Dauerthema, das wir hier im Parlament und in den anderen Gremien schon seit Längerem auf den Tagesordnungen haben. Das liegt uns allen auch am Herzen. Das sieht man auch daran, dass wir das schon zum Beispiel letztes Jahr im August als Thema hatten, im Februar dieses Jahres, April dieses Jahres, jetzt wieder und nächste Woche Donnerstag auf der Tagesordnung der Umweltdeputation haben. Daran sieht man, dass wir das Thema ernst nehmen und uns auch ausführlich mit Energieeinsparungen in allen Facetten beschäftigen, denn Energieeinsparungen sind wichtig für jedermann, weil sie einerseits für jeden, der Energie einspart, auch mehr Geld in den eigenen Taschen lassen und weil sie andererseits auch umweltpolitisch bedeutend sind, weil sie Ressourcen schonen. Darin sind wir uns in diesem Haus auch alle einig, dass wir erneuerbare Energien weiterhin fördern wollen, weil dies einfach die Nachhaltigkeit verbessert.

(Beifall bei der CDU)

Bevor ich auf die einzelnen Antragspunkte zu sprechen komme, und ich will es nicht zu lang machen, denn ich denke, an solch einem schönen Sommerabend haben wir alle auch noch andere Termine, möchte ich Ihnen doch erzählen, was bei mir, vor allen Dingen in der Einleitung, Verärgerung hervorgerufen hat. Am Anfang schreiben Sie dort, Frau Dr. Mathes, dass die Energiewende eine der wesentlichen Zukunftsherausforderungen ist. Mit Ihren Schlagwörtern, immer mit einer Wende, da haben wir schon so unsere Erfahrungen gemacht!

Frau Künast hat ja am Anfang ihres Amtsantritts groß von der Agrarwende gesprochen, und Kleinbäuerlichkeit soll gefördert werden. Was ist passiert? Bauernsterben ist mehr denn je eingetreten! Insofern wäre ich mit solchen Schlagwörtern immer sehr vorsichtig, wenn wir sie benutzen. Das hört sich erst einmal nach außen ganz groß an, man muss aber auch schauen, was sich dahinter verbirgt und ob man es auch dauerhaft umsetzen kann.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Was mich noch geärgert hat, ist, dass Sie hier schreiben, es ist ein Beginn der Innovations- und Nachhaltigkeitsfrage. Nachhaltigkeit ist ein gutes Stichwort, Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass wir die CO₂-Emissionen reduzieren, und das heißt auch, dass wir die Kohlekraftwerke zurückfahren, die ja nun einen immensen CO₂-Ausstoß haben. Das hat diese Bundesregierung eben nicht gemacht, sondern sie richtig angefeuert. Wir wollen hier jetzt keine Atomkraftdebatte auf den Tisch ziehen. Ich denke, über einen langfristigen Ausstieg sind wir uns alle einig. Man muss aber auch die Ressourcen haben, um diese Ressourcen dann nutzen zu können. Wenn sie nicht da sind, dann müssen die vorhandenen Werke genutzt werden.

Ich komme zu den einzelnen Antragspunkten, Frau Dr. Mathes! Das Pilotprojekt des Stromsparprogramms im öffentlichen Gebäudebestand zugänglich zu realisieren, das ist unumstritten, und wir sind bei der Umsetzung. Man kann Geld mit solchen Maßnahmen durch die geringeren Energieverbräuche einsparen, keine Frage! Es muss sich natürlich auch rechnen, und wir müssen es finanzieren können. Wenn ich Geld auf der Bank liegen habe, und ich kann es so bezahlen, dann rechnet es sich ganz anders, als wenn ich Geld aufnehmen muss, dafür wieder Schulden machen muss und Zinsen und alles bezahlen muss. Deswegen müssen wir da ganz vorsichtig hantieren, immer mit dem Ziel, Energieeinsparungen zu machen, aber wir müssen es uns auch leisten können. Aber unumstritten, und wir sind dabei!

Ihr zweiter Punkt, die Bauleitplanung konsequent auf die Energieoptimierung auszurichten, die Möglichkeiten werden ja schon genutzt.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Imhoff, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Wargalla?

Abg. **Imhoff** (CDU): Aber sicher doch!

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist keine Zwischenfrage, es ist eine Anmerkung. Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass es in Berlin mehrere Schulen gab, die die Heizungen von Privatleuten modernisieren ließen und dass das Ganze aus den Einsparkosten bezahlt worden ist, die diese Schulen dann erbracht haben. Ich denke, die Finanzierung ist dann nicht so, wie Sie es uns gerade geschildert haben, sondern man kann mit eingesparten Energiekosten Kredite abbezahlen.

Abg. **Imhoff** (CDU): Wenn sich Private finden und wenn es sich rechnet, dann sind wir doch die Letzten, die dafür sind. Damit habe ich doch überhaupt kein Problem!

(Zurufe: Dagegen!)

Bauleitplanung, Fernwärme! An Fernwärme haben wir alle neuen Gebiete, Gewerbe- oder Wohnbaugebiete versucht anzubinden, die darüber anzubinden sind. Es wird auch in anderen Projekten, in Bauprojekten wahrgenommen, sofern es möglich ist.

Bei Ihrem dritten Punkt, mit den Architektenwettbewerben! Da ist der Bremer Energiekonsens ja auch schon dabei, dass sie sich dort mit einbringen. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Die Punkte, die Sie hier fordern, machen wir in Teilen schon. Natürlich können wir es verbessern. Deswegen überweisen wir den Antrag, weil wir noch verschiedene andere Ansatzpunkte dort in die Debatte mit einbringen möchten. Ich freue mich schon auf die Diskussion am 30. Juni in der Deputation. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer heute unter anderem „Die Welt“ gelesen hat, die Entwicklung der Ölpreise, dass der Barrelnpreis auf 60 Dollar zuläuft, dass man, wenn diese Marke durchbrochen ist, davon ausgeht, dass er bis auf 75 Dollar steigen wird, dann die Entwicklung des Euro, die ja die Entwicklung in den letzten Monaten eher abgedeutet hat, dass die Energiepreise bei uns entsprechend durchschlagen, berücksichtigt und erkennt, dass im Endeffekt die Energiepreise in Deutschland seit dem 1. Januar um 60 Prozent gestiegen sind, stellt fest, dass dieses Thema schon sehr wichtig ist, dass wir die Energieeffizienz insgesamt deutlich verbessern müssen. Das ist nicht nur eine Frage der öffentlichen Hand, das ist natürlich auch im Eigeninteresse, was die konsumtiven Ausgaben betrifft. Das ist insbesondere auch eine Frage der privaten Hauseigentümer, die dort auch Möglichkeiten haben.

Wenn man sich anschaut, dass man allein bis zum Jahr 2015 nur im normalen investiven Ausgabenverhalten der privaten Hauseigentümer zirka 15 Prozent des Energieverbrauchs einsparen könnte, ohne jetzt über Passivhäuser zu reden, sondern über normale Maßnahmen, so stellt man fest, dass es ein erhebliches Potential gibt. Ich

selbst will gar nicht eingreifen in die Diskussion über die Kernkraft und die Windenergie.

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht die CDU auch ziemlich allein da!)

Frau Wargalla, wenn Sie mich mit so einem Zwischenruf provozieren, möchte ich vielleicht doch einen Satz dazu sagen, das sagen übrigens auch viele Betreiber von regenerativen Energien, dass wir über eine Verlängerung der Kernkraftwerkslaufzeiten nicht hinwegkommen, weil die regenerativen Energien nicht in diesem Tempo weiterzuentwickeln sind. Ich bin dafür, wenn man diese Laufzeiten verlängert - diesen Vorschlag hat ja die Bundesvorsitzende der CDU auch schon gemacht -, dass man zumindest einen Teil dieser zusätzlichen Erlöse, die den Energiekonzernen dann zufließen, dafür nutzt, die regenerativen Energien weiter in dieser Republik zu fördern. Ich finde, das ist ein kluger Vorschlag.

Ich fand es auch nicht besonders klug von Rotgrün, bereits heute die Energieprognosen für das Jahr 2021 abzugeben. Ich glaube, dass dazu im Endeffekt heute keiner in der Lage ist. Wir sind uns alle einig, dass es langfristig zu einem Ausstieg aus der Kernenergie kommen wird, aber wann genau das Jahr ist, das heute bereits festzulegen kann, glaube ich, keiner, das überfordert uns alle. Wir sehen aber auf jeden Fall bei der Entwicklung der fossilen Brennstoffe, dass wir dramatisch weiter daran arbeiten müssen, die regenerativen Energien auszubauen, und das gilt sowohl für den Bereich der Windenergie als auch für alle anderen, Wasserkraft, Sonnenkraft, Biomasse et cetera, die gesamte Palette müssen wir spielen. Deshalb bin ich froh, dass wir hier in der Bürgerschaft in den letzten acht oder neun Jahren diese Beschlüsse zu den regenerativen Energien immer einstimmig gefasst haben, und wir werden auch sicherlich daran arbeiten, dass das bis zum 18. oder nach dem 18. September dann auch entsprechend weitergeht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Schuster [SPD]: Bis zum 18. September?)

Zu dem Antrag, und das will ich schon sagen, Frau Dr. Mathes: Es hat mich ein Stück weit geärgert, ich meine, das ist Aufgabe der Opposition, die Regierenden auch zu ärgern, das kann ich nachvollziehen, aber Sie schreiben in Ihrem Antrag doch bestimmte Bereiche, die ich so zumindest nicht teilen kann. Wenn Sie hier in Ihrer Einleitung schreiben, „insbesondere bei der Realisierung der Energieeinsparpotentiale bestehen im Land Bremen erhebliche Defizite. Das ist beson-

ders gravierend“ und so weiter: Das kann ich nicht sehen.

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich schon!)

Ich wäre Ihnen zumindest dankbar, wenn Sie mir aus anderen Bundesländern Beispiele nennen würden, wo diese weiter in dieser Frage sind!

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Lassen Sie mich erst einmal das aufzählen, was ich mache, dann können Sie sich gleich gern noch einmal zu Wort melden und das ergänzen, was Sie hier sozusagen noch alles machen möchten!

Ich würde aber doch zumindest das noch einmal sehen, wie es bei den öffentlichen Gebäuden aussieht. Im Vergleich zu öffentlichen Gebäuden ist es sehr schwierig, überhaupt Benchmarks herzustellen. Es war möglich im Bereich der Schulen. Im Bereich der Schulen ergab eine Untersuchung, dass wir insgesamt im Bereich Strom zwar über dem bundesweiten Durchschnitt liegen, allerdings dafür im Bereich des Wärme- und des Wasserverbrauchs deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Schulen sind deshalb so wichtig, weil sie einer der größten Bedarfsträger in diesem Bereich sind.

Wenn Sie sich darüber hinaus anschauen, dass wir durch die Förderprogramme für Wärmeschutz in Wohngebäuden und den Ersatz von Elektroheizungen in diesem Bereich in den letzten Jahren insgesamt 3700 Einzelmaßnahmen gefördert haben, müssten Sie mir andere Bundesländer nennen, wo tatsächlich in diesem Umfang auch in dem Bereich eine Förderung erfolgt ist! Darüber hinaus haben wir zur Erschließung von Energiepotentialen in Industrie und Gewerbe im letzten Jahr, unter anderem durch das REN-Programm gefördert, neun Projekte, die Unternehmen haben hier insgesamt 2,7 Millionen Euro investiert, ein Förderanteil davon lag bei rund 600.000 Euro.

Außerdem haben Sie uns aufgefordert, im Bereich der Bauleitplanung konsequent auf die Energieoptimierung zu achten. Wir haben viel darüber diskutiert, aber im Bereich der Vereinbarungen zum Stadtwerder, städtebaulicher Vertrag, hat man insbesondere auf diese energetische Ausrichtung geachtet. Das Wohnungsbaununternehmen Gewoba will in Kooperation mit der Bremer Energiekonsens demnächst acht Doppelhäuser in Passivbauweise errichten. Der Bau eines Musterhauses hat bereits begonnen.

Im Rahmen des Baulückenprogramms macht unser Haus zusammen mit der Bremer Energiekon-

sens zehn besonders energieeffiziente Bebauungen, wir haben sie entsprechend unterstützt. Die Energiestandards der Gebäude unterschreiten hier deutlich die Anforderungen. Dieses Angebot geht noch vor der Sommerpause in die öffentliche Ausschreibung. In Arsten-Südwest soll für eine Reihenzeile mit insgesamt 50 Häusern im Kaufvertrag geregelt werden, dass diese Häuser mit Solaranlagen auszustatten sind und ein über die Energieeinsparverordnung hinausgehender Energiestandard erreicht werden muss. Außerdem ist im Bereich des Gewerbegebiets auf dem Gelände der BWK in Bremen-Nord angedacht, mit der Abwärme aus dem Kraftwerk der BWK den Bereich energetisch zu versorgen. Darüber hinaus will ich nur sagen, dass weite Teile des Technologieparks wie auch natürlich des Wohnviertels Weidedamm III an das Fernwärmenetz angeschlossen worden sind.

Wenn ich mir dann noch die Beteiligung von Energiefachleuten an Architekturwettbewerben anschau, so ist bereits im Bereich - Frau Wischer kann das alles vielleicht noch viel genauer darstellen - der Osterholzer Feldmark genau diese Energieoptimierung entsprechend berücksichtigt worden. Darüber hinaus arbeiten wir zurzeit eng mit dem Schulzentrum In den Sandwehen zusammen, um dort eine Sanierung durch einen entsprechenden Realisierungswettbewerb auf hohen energetischen Standard auszurichten.

Dies ist nur ein kleiner Überblick, Frau Dr. Mathes, über das, was wir hier machen. Wenn Sie jetzt noch so viel bessere Vorschläge haben, bin ich begeistert, die zu hören. Ich hoffe, wir können sie dann auch alle finanzieren, und im Rahmen der Eckwerte stellt mir das Parlament dann genügend Geld zur Verfügung. In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit! Es war etwas umfangreicher, aber ich wollte das zumindest noch nutzen, weil ich auf jeden Fall mit Ihrer Einleitung nicht zufrieden war und sie auch nicht teilen kann. Ich glaube, wir machen deutlich mehr als die meisten anderen Bundesländer. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte noch einmal, bevor ich kurz zu der Frage komme, wie gut oder schlecht Bremen ist, weil Herr Eckhoff mich mehr oder weniger dazu aufgefordert hat, eine Anmerkung machen zur Frage Atomausstieg und wie eigentlich die Zukunft aussieht, wenn wir ein bisschen längerfristig denken,

nicht nur in Legislaturperioden, sondern wirklich perspektivisch in 20, 30, 40, 50 Jahren. Man muss doch ganz deutlich sagen, die Frage, welchen Anteil wir mit regenerativen Energien decken können, hängt ganz wesentlich auch eben davon ab, wie weit wir es schaffen, mit der Energieeinsparung voranzukommen. Das ist doch der ganz wesentliche Punkt, und hier möchte ich auch noch einmal ganz deutlich machen, all das, was zum Teil auch verbreitet wird von der Handelskammer und ähnlichen Institutionen, geht immer davon aus, dass man quasi in der Energieeffizienz keine Verbesserung bekommt. Das ist eine falsche Voraussetzung, mit der dann auch argumentativ für die Verlängerung der Nutzung der Atomenergie eingetreten wird.

Wir Grünen sehen Risiken, und wenn wir von Nachhaltigkeitsstrategie reden, ist doch klar, dass das Entsorgungsproblem absolut nicht gelöst ist, und das Risiko eines GAU ist unserer Gesellschaft nicht würdig. Deswegen muss man zu Veränderungen kommen, und ein wesentlicher Beitrag ist der, die Energieeffizienz deutlich zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zur Frage, und ich meine, das kann ich jetzt auch gleich sagen, wir Grünen werden der Überweisung zustimmen, ich will jetzt auch nicht mehr ins Detail gehen, was die einzelnen Maßnahmen sein werden: Allein die Tatsache, dass der Antrag überwiesen wird, zeigt doch, dass wir da Möglichkeiten von allen Fraktionen aus dem Parlament sehen, dass wir hier weiter vorangehen können. Ich habe auch ein Beispiel genannt, in der Bauleitplanung über städtebauliche Verträge noch mehr zu machen als bisher. Es sind Ansätze da, es sind alles kleine Pflänzchen, das will ich auch gar nicht bestreiten, aber es gibt mehr Möglichkeiten, und diese müssen voll ausgeschöpft werden. Ich nehme das Angebot gern an und mache das dann in der Umweltdeputation, am Beispiel der Stadt Stuttgart zu zeigen, was man noch alles tun kann, um hier deutlicher voranzukommen.

Ein ganz wesentlicher Teil sind natürlich noch einmal die Haushaltsberatungen. Man muss auch erst einmal Geld in die Hand nehmen, und man muss investieren, aber die entscheidende Frage ist doch: Macht man die Investitionen für weiteren Straßenausbau, oder macht man es für die Entwicklung einer Gesellschaft, die zukunftsfähig ist? - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Mein Damen und Herren, es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt und Energie beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/337 S zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt und Energie seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag an die Deputation für Umwelt und Energie.

(Einstimmig)

Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzung in Tempo-30-Zonen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Juni 2005 (Drucksache 16/340 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als letzte Debatte heute in der Stadtbürgerschaft ein auch jederzeit kommunales Thema, nämlich die Frage, wie wir damit umgehen, dass wir in unseren Wohngebieten, in unseren Straßen, die zum Wohnen und zum Spielen da sind, die ausgewiesen sind als Tempo-30-Zonen vor Schulen, vor Kindergärten, vor Altenheimen, mit dem Problem zu tun haben, dass diese Geschwindigkeitsbegrenzungen selten eingehalten werden und wir da eine Reihe von Problemen haben!

Ich möchte gleich, um Missverständnisse auszuräumen, zu Beginn sagen, dass ich glaube, das ist kein gutes Thema für einen politischen Kreuzzug

für oder gegen das Auto. Wir alle sind in dieser Frage ja kleine Sünder, und ich glaube, es wäre völlig verkehrt, sich hinzustellen und zu behaupten, dass es hier eine Gruppe von Menschen gäbe in dieser Stadt, die niemals solche Geschwindigkeitsbegrenzungen übertrete, und eine andere Gruppe, die sie immer übertrete. Die Wahrheit ist natürlich so, dass wir einmal das eine und einmal das andere sind. Von daher finde ich, dass wir vielleicht versuchen sollten, in einer Fachlichkeit und Sachlichkeit zu schauen, wo die Probleme hier liegen, und dann auch zu einem Konsens in diesem Punkt zu kommen, weil es sicher keine Frage ist, die große politische Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art hier nach sich ziehen sollte.

Wenn es so ist, dann bleibt aber trotzdem der Punkt, dass wir es hier mit einem wichtigen Thema zu tun haben. Die Grünen haben eine Kleine Anfrage zu diesem Thema eingebracht, und Ausfluss dieser Kleinen Anfrage ist nun unser Antrag, der Ihnen heute vorliegt. Ich sage es gleich zu Beginn, dass ich gehört habe, dass in der Koalition eine Überweisung an die Innendeputation erwogen wird. Wir fänden es natürlich immer sehr viel schöner, wenn Sie dem Antrag hier auch zustimmen könnten, wenn dies aber nicht der Fall ist, dann können wir sicherlich nach einer Überweisung in der Innendeputation das Thema auch ordentlich weiter beraten.

Worum geht es? Es geht darum, dass wir gerade in diesen Tempo-30-Zonen, die nicht irgendwo in der Stadt ausgewiesen werden, die schwächeren Verkehrsteilnehmer haben, das sind vor allem Kinder rund um Schulen, Kindergärten und Kinderhorte herum. Wir haben aber auch die älteren Menschen, die schlecht zu Fuß sind, die auf Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer angewiesen sind, und auch Behinderte, die ebenfalls auf diese Rücksichtnahme angewiesen sind.

Ich will Ihnen einmal, weil es sonst so abstrakt und theoretisch daherkommt, zwei ganz konkrete Beispiele aus dieser Stadt benennen, damit wir hier nicht über irgendwelche akademischen oder abstrakten Probleme reden. So haben wir Grünen eine Zuschrift bekommen von besorgten Eltern rund um die Schule in der Oderstraße. Ich darf einmal, mit Genehmigung des Präsidenten, kurz aus dieser Zuschrift der besorgten Eltern dort zitieren:

„Die Verkehrsverhältnisse in Bremen sind katastrophal. Viel katastrophaler ist allerdings, dass dies von regierender Seite gern ignoriert, heruntergespielt und besorgte Bürger mit fadenscheinigen Argumenten abgespeist werden. In unserem speziellen Fall handelt es sich um die Tempo-30-Zo-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

ne im Bereich der Grundschule Oderstraße. Wir setzen uns seit Jahren intensiv für die Sicherheit der Kinder ein. Dabei wurden zwei Vorschläge von uns abschlägig beschieden, und es wurde uns die Aussage des Bausenators gegeben, in Zone-30 werden keine zusätzlich verkehrsberuhigten Maßnahmen durchgeführt.“ Das heißt, wir haben hier tatsächlich besorgte Eltern, die sehen, dass an ihrer Straße - entweder wo sie wohnen oder wo ihre Kinder zur Schule gehen - Verkehrsprobleme existieren.

Nun sagt der heute nicht anwesende Innensenator ganz oft, es sind auch immer die gleichen, die dann auch angehalten werden. Ja, der Bausenator nickt. Das mag ja auch so sein. Selbst wenn das so ist, haben wir doch trotzdem ein Problem und müssen es angehen. Damit können wir uns doch nicht zurücklehnen und können sagen, diejenigen, die da schneller fahren, das sind auch einmal die Eltern, die wir da erwischen, und dann ist das Thema für uns beendet, und wir lehnen uns zurück als Bremer Senat. Gerade dann müssen wir doch sagen, dann müssen wir hier erst recht etwas tun, damit die Kinder geschützt werden. Was nützt es ihnen denn, wenn sie die Erkenntnis haben, dass sie auch schon einmal Eltern erwischt haben, die dort schneller fahren, meine Damen und Herren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In einer zweiten Zuschrift, jetzt aus dem Bremer Westen, schreibt jemand, dass er beobachtet, wie sich die Waller Straße, in der er wohnt, inzwischen zu einer Rennbahn entwickelt hat und die Berufsschule, die Vermeidung der Waller Heerstraße, um in das Ohlenhofsviertel zu kommen, die Zufahrt zur Mülldeponie und so weiter zu einem regen Verkehr führt. Er sagt, er habe allein einmal zwischen sieben und acht Uhr 100 Autos gezählt, von denen allerhöchstens drei vorschriftsmäßig fahren.

(Lachen bei der CDU)

Sie lachen, das sind Bürger dieser Stadt, mit denen Sie sich auseinander zu setzen haben!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wer hat denn gelacht?)

Sie nicht! Hier drüben, auf dieser Seite wurde gelacht. Es sind Bürger dieser Stadt, die sich Sorgen um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, ihrer Kinder, der Anwohner machen. Ich finde, dass das ein Thema ist, das viel zu ernst ist, um es auf

die leichte Schulter zu nehmen und darüber hier zu lachen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich könnte noch eine ganze Reihe von weiteren Zuschriften vortragen. Wenn Sie sehen, dass sich die Menschen dort Gedanken machen, dass sie teilweise lange mit den Behörden im Clinch sind, dann ist es, zumindest für unsere Fraktion, natürlich ein Anlass, es hier in unserem Kommunalparlament, Stadtbürgerschaft, auch auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir haben nun die Antwort auf diese Kleine Anfrage mit, wie ich finde, sehr hohen Zahlen von tatsächlichen Verstößen, die in diesen Zonen gemessen wurden. Ich habe in einem Vorgespräch zu dieser Debatte festgestellt, dass diese Zahlen unterschiedlich zu interpretieren sind, dass wir hier möglicherweise noch Gesprächsbedarf darüber haben, wie die Zahlen gemeint waren, dass wir sie hier vielleicht falsch interpretiert haben. Das mag so sein, dass die Zahlen etwas unterschiedlicher sind, als sie jetzt aus der Antwort auf die Kleine Anfrage in unseren Antrag übertragen worden sind. Das hat aber wenig Auswirkungen darauf, worum es hier heute geht, weil wir in der Tat in den letzten Jahren, ausweislich der Antwort des Senats, eine hohe Anzahl an Verkehrsunfällen mit Personenschäden in diesen Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigten Bereichen hatten. Darüber besteht Konsens.

Wir hatten auch jährlich wiederkehrend eine ganze Reihe von Unfällen mit Kindern, die dabei zu Schaden gekommen sind. Die Zahl liegt wohl so um die 50. Es kann sein, dass es ein paar weniger sind, als wir ursprünglich angenommen haben, das tut aber nichts zur Sache. Diese Missverständnisse will ich gern korrigieren, was die Zahlen angeht. Ich will aber, meine Damen und Herren, noch einmal die fünf Punkte nennen, die von den Grünen vorgeschlagen werden, um diesem Problem jetzt Herr zu werden.

Erstens, es steht in unserem Antrag, Sie können es nachlesen, dass wir weitere bauliche Maßnahmen dort hinzufügen möchten, wo die reine Ausweisung der Tempo-30-Zone allein nichts bringt. Das ist nicht in jedem Fall sinnvoll, sondern es muss im Einzelfall vor Ort geschaut werden. Da kann es immer nur eine Einzelfalllösung geben, denn man kann nicht generell bauliche Maßnahmen wie Einschränkungen des fließenden Verkehrs vorhalten. Man muss es sich aber anschauen. Dort, wo es nötig und sinnvoll ist - wie wir es gerade gehört haben, an der Oderstraße wird es seit langem diskutiert -, muss man es dann auch machen.

Zweitens müssen die Kontrollen verstärkt werden, und drittens muss ein Beschwerdetelefon eingerichtet werden. Da gab es im Vorfeld auch Diskussionen, wobei ich sehr offen bin, ob wir ein zentrales Beschwerdetelefon brauchen oder ob wir eher dezentral in den Stadtteilen schauen müssen, wie die Bürger ihre Beschwerden loswerden können. Sie können aber doch schlecht dagegen sprechen, dass Bürger eine Anlaufstelle haben müssen, damit sie, wenn sie diese Dinge beobachten, sie melden können und dass dann auch eine Reaktion von Seiten staatlicher Stellen erfolgt. Das halte ich für selbstverständlich, eigentlich sollte man es gar nicht beantragen müssen, so selbstverständlich ist es. Es findet aber nach Rückmeldung der Bürger leider nicht statt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens: Dann haben wir eine seltsame Situation. Es gibt jemanden, der angeboten hat, Geschwindigkeitsanzeigetafeln, die noch keine Geschwindigkeitsmessung mit Bußgeldbescheid nach sich ziehen, sondern nur zur Selbstkontrolle den Autofahrern die Geschwindigkeit anzeigen, kostenneutral für die Stadt, mit Sponsorenwerbung versehen, aufzustellen. Das hat der Senat bisher abgelehnt. Mir ist keine Begründung ersichtlich, warum der Senat es ablehnt, wenn uns das nichts kostet und es zur Verkehrssicherheit im Stadtteil beiträgt.

Fünftens hatten wir uns noch einmal die Situation in München angeschaut. München hat zusätzlich dazu, dass es auch diese Trennung hat, den fließenden Verkehr von der Polizei und den ruhenden Verkehr von seinen kommunalen Angestellten überwachen zu lassen, zusätzlich auch von den kommunalen Angestellten den Verkehr in den Tempo-30-Zonen mit fünf mobilen Einheiten und einer stationären Einheit kontrollieren lassen. München hat, wie ich finde, sehr spektakuläre Erfolge erzielt, es hat zum einen ganz enorme Einnahmen in den städtischen Haushalt eingestellt, die daraus erfolgen, obwohl sich die Maßnahmen daraus finanziert haben. Das könnte man irgendwie noch hinten anstellen, es hat aber ein erhebliches Plus an Verkehrssicherheit und bei den mobilen Einheiten die Abnahme der Verstöße von 29 auf 15 Prozent der überwachten Verkehrsteilnehmer feststellen können. Bei der stationären Anlage, die an einem prekären Verkehrsknotenpunkt die Geschwindigkeit stationär überwacht, konnte im Jahre 2004 die Zahl der Verstöße auf 1,6 Prozent heruntergefahren werden.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Wenn es so ist, dass in etwa zwischen 20 und 25 Prozent aller gemessenen Geschwindigkeitsüberschreitungen in den Tempo-30-Zonen in Bremen liegen,

wenn das die tatsächliche Zahl ist, dann ist natürlich eine Quote von 1,6 Prozent mit Hilfe dieser stationären Anlage ein sehr guter Erfolg.

Ich sage noch einmal, es ist nicht vorrangig ein Erfolg für den Stadtsäckel, es ist nicht vorrangig ein Erfolg für eine bestimmte politische Auffassung, sondern es ist ein Erfolg für die Menschen, die nicht durch Unfälle, die ansonsten wegen überhöhter Geschwindigkeit in diesen Zonen zustande kämen, zu Schaden kommen. Es ist ein Erfolg im Sinne dessen, was sich die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt von ihren Politikerinnen und Politikern wünschen. Deswegen wünsche ich mir sehr, dass wir heute nicht nur den Antrag überweisen, sondern nach der Überweisung auch zu ganz konkreten Ergebnissen kommen, wie wir bei diesem Thema weiterkommen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beantragen, den Antrag an die Innendeputation und die Baudeputation zu überweisen, federführend die Innendeputation, die Baudeputation aus dem Grunde, weil auch bauliche Maßnahmen hier angesprochen werden.

Ich will jetzt nicht noch einmal auf den ganzen Inhalt eingehen, den Herr Dr. Güldner genannt hat, aber, Herr Dr. Güldner, Sie haben vorhin gesagt, das Thema eigne sich überhaupt nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen, Sie haben aber, glaube ich, eine Wahlkampfrede gehalten

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo denn?)

und haben hier diverse Vorhaltungen gemacht. Das eignet sich wirklich nicht dazu, diesen Antrag anständig abzuarbeiten, meine Damen und Herren! Weil dieser Antrag anständig abgearbeitet werden soll und auch noch einmal die Zahlen überprüft werden müssen, denn die Zahlen, die Sie hier in den ersten Absätzen genannt haben, sind nicht richtig und sind auch nicht - -

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Begründen Sie das doch einmal, warum ich eine Wahlkampfrede gehalten habe!)

Weil Sie hier eine ganze Menge Dinge genannt haben, die man schon lange hätte machen kön-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

nen und machen sollen! Wenn wir hier diese fünf Punkte wirklich ordentlich abarbeiten wollen, dann können wir sie hier nicht einfach beschließen, weil sie auch haushaltstechnische und personelle Fragen sowie eine ganze Menge anderer Dinge zur Folge hätten. Das kann man nicht so einfach par ordre du mufti machen. Wenn man das weiß, dann kann man es hier vielleicht auch etwas ruhiger darstellen und muss nicht gleich irgendwelche Schuldzuweisungen machen. So sehe ich das jedenfalls.

Der letzte Punkt, den ich noch einmal kurz ansprechen möchte, ist, ich glaube auch, wir müssen noch wesentlich mehr Dinge zur Prävention machen. Die sind in diesem Antrag nicht ausgebreitet worden. Wenn wir ihn überweisen, dann muss darauf auch mit eingegangen werden, damit es ein runder und ordentlicher Bericht wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kasper.

Abg. **Kasper (SPD)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Antrag ist schon wichtig, und wir sollten tatsächlich versuchen, hier - trotz der Hitze des Tages - wieder gedanklich abzukühlen, und uns diesem Thema mit besonderem Ernst nähern. Ich glaube, es ist der Sache dienlicher.

(Beifall bei der SPD)

Wir erleben, dass wir nicht nur hier Hektik haben, sondern auch im Alltagsgeschehen. Wir sind von Hektik geprägt, von Zeitdruck gejagt. Ich glaube schon, dass es da leicht einmal passieren kann, Herr Dr. Güldner hat es gesagt, dass jeder in die Lage kommt, diese Geschwindigkeitsregeln zu verletzen oder auch schon gedanklich, weil er mit den Gedanken ganz woanders ist, in den Hintergrund gedrängt hat.

Die Überwachung von Geschwindigkeitsbegrenzungen ist aber ein wichtiger Teil der Verkehrssicherheitsarbeit insgesamt. Es wurde eben von Dieter Focke angesprochen, es geht nicht nur darum, Repression auszuüben, sondern es geht auch darum, eine vernünftige Präventionsarbeit zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, diese Präventionsarbeit können wir leisten. Der eine Verkehrsteilnehmer lernt es über das Portemonnaie und der andere vielleicht dadurch, dass man ihm Informationen und Aufklärung gibt.

Die direkte Ansprache des Bürgers nach einer Messung - und das kann ich aus dem eigenen Berufsleben noch deutlich wiedergeben - hat mehr Erfolg als jedes Stück Papier, das nach drei oder vier Wochen irgendwann im Briefkasten liegt, worauf man sich erst einmal erinnern muss: War ich es überhaupt, war ich da, war ich zu der Zeit da? Glauben Sie mir, wer es einmal erlebt hat, die jungen Kolleginnen und Kollegen, die wir demnächst dank der Regionalisierung der Einsatzzüge auch vor Ort in den Bereichen haben, sind froh und dankbar und richtig heiß darauf, um es einmal so zu sagen, mit dem Bürger zu sprechen! Diese Radaranhaltekontrollen haben eine größere Wirkung als ein Stück Papier, das irgendwann nach Wochen im Briefkasten landet.

Zu der Position der Grünen, die Kontrollfunktion in den Angestellten-Bereich kommunaler Bediensteter zu legen, da habe ich große Bedenken. Allein bei der Anschaffung der Gerätschaften sind wir bei einer Größenordnung von zirka 100.000 Euro. Dann benötigen wir ein Fahrzeug, ein Messgerät und einen Auswertepplatz. Wir haben dann noch keine Personalkosten und noch keine Instandhaltungskosten, Verbrauchsmaterialien. Wir haben auch noch keine erhöhte Kapazität der Bediensteten im Stadtamt, sage ich jetzt einmal, die das abbauen müssen, denn wenn wir mehr messen, kommen mehr Vorgänge. Dafür müssen wir auch wieder mehr Personal einstellen. Da muss also ganz genau gerechnet werden. Sich da anmaßen zu wollen, Bremen mit München zu vergleichen, ist, glaube ich, etwas schwierig. Da müssen wir auch unter dem Kostendruck, den wir haben, ganz genau hinschauen.

Wir wollen versuchen, den Kontrolldruck zu erhöhen, und es wundert mich und freut mich auch ein bisschen, dass es von den Grünen kommt. Was wir aber auch nicht machen dürfen, das wurde auch, Gott sei Dank, gesagt, ist, dass wir damit nicht auch die Einnahmenseite erhöhen wollen, sondern wir wollen bewirken, dass die Verkehrssicherheit erhöht wird und die Unfallzahlen gesenkt werden. Das muss unser Anliegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube schon, dass wir es vernünftig hinbekommen, wenn wir dieses Thema in den zuständigen Fachdeputationen angehen. Bauliche Maßnahmen sind so eine Sache! Wer von Ihnen wohnt an einem Berliner Kissen oder an einer Schwelle

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

oder so etwas? Ich möchte da ehrlich gesagt nicht wohnen. Ob man immer bauliche Maßnahmen ergreifen muss, das glaube ich auch nicht, denn wir haben seinerzeit, und das ist ein Griff in die Mottekiste, als wir hier in Bremen Tempo-30-Zonen eingerichtet haben, ein Vorbehaltsnetz beschlossen und haben gesagt, wenig bauliche Maßnahmen und nicht zu viele Maßnahmen.

Zum Schluss noch eine Bitte an alle! Hermann, auch an dich!

(Heiterkeit)

Dass wir alle zusammen als Vorbilder gelten, wenn wir hier hinausgehen und die Regeln nach Möglichkeit einhalten, und ein Hinweis: Der nächste Rotblitz wartet schon! - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Güldner, wenn man nicht von den richtigen Voraussetzungen ausgeht, kommt man sehr häufig auch nicht zu den richtigen Schlussfolgerungen. Das ist Ihnen heute hier so gegangen, und das ist das Schicksal Ihres Antrags. Darum lassen Sie mich hier am Anfang ein paar Tatsachen vermitteln und ein paar Dinge möglicherweise zu rechtrücken!

Ich will daran erinnern, dass wir in den letzten zwei Jahren genau Ihrem Ansinnen folgend für jedes Polizeirevier eine Radarpistole angeschafft haben, die genau Ihrem Anliegen entsprechend in den besonders schutzbedürftigen Bereichen, den Tempo-30-Zonen, den verkehrsberuhigten Zonen zu Messungen führen soll, damit dort der Überwachungsdruck erhöht wird. 372 Messungen sind hier im vergangenen Jahr durchgeführt worden, das heißt also im Durchschnitt mehr als eine pro Tag, und ich denke, es ist ein Teil der hervorragenden Verkehrsarbeit der Polizei, dass dies so ist.

Sie gehen in Ihrem Antrag davon aus, dass 86 Prozent Überschreitungen festgestellt worden sind. Das ist mitnichten richtig. Tatsächlich ist es so, dass 4335 Fahrzeuge auffällig geworden sind, davon sind 3745 mit Geschwindigkeitsübertretungen aufgefallen, das sind aber mitnichten 86 Prozent, sondern das sind zirka 25 Prozent. Dass man das nicht so ganz genau sagen kann, liegt daran, dass bei diesen Handmessungen diejenigen, die tatsächlich gemessen werden, nicht gezählt werden. Das ist anders als bei den Radar-

kontrollen, und insofern ist Ihre Zahl völlig falsch. Insofern kommen Sie zu einer falschen Schlussfolgerung, als Sie hier einen Problemdruck aufbauen, der faktisch so nicht existiert.

Dann interpretieren Sie weiterhin den Begriff „beteiligte Kinder“ falsch. Beteiligte Kinder sind nicht immer verletzte Kinder, sondern es sind Kinder, die am Unfallgeschehen beteiligt sind, entweder indem sie als Opfer verletzt worden sind oder auch als Verursacher im Unfallgeschehen beteiligt gewesen sind.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die Zahl etwa 50 stimmt ja!)

Ich will Ihnen aber noch eine Zahl nennen, die vielleicht für die Beurteilung des Sachverhalts, wie er hier vorgetragen worden ist, von Belang ist. In den Tempo-30-Zonen ist die Unfallursache Geschwindigkeitsübertretung in 5,5 Prozent aller Fälle Unfallursache. Bei den allgemeinen Unfallzahlen, also bei Unfällen im gesamten Stadtgebiet, bei den allgemeinen Unfällen, ist das in 28 Prozent aller Fälle so. Auch hieran können Sie erkennen, dass die Ausschilderung, die Herabsetzung und die jetzige Arbeit zur Durchsetzung dieser Geschwindigkeitsbegrenzungen bereits jetzt von einem großen Erfolg gekrönt ist, indem Sie sagen können, dass hier nur für ein Fünftel der normalen Zahlen als Unfallursache Geschwindigkeitsübertretung zum Tragen kommt. All dies sollten Sie bei Ihrer Beurteilung mit einbeziehen, und Sie sollten nicht so tun, als ob es hier ein Problem gibt, dessen sich sonst keiner, außer Ihnen, annimmt.

Es ist auch nicht so, Herr Dr. Güldner, dass Sie ausschließlich Adressat von Beschwerden in diesem Fall sind, sondern diese Beschwerden kommen an das Bauressort, kommen an das Amt für Straßen und Verkehr und kommen natürlich auch bei der Polizei an. Diese 372 Messungen, von denen ich Ihnen berichtet habe, finden gerade in diesen Bereichen statt, die von den Bürgern als besonders sensibel angemahnt werden. Es ist keine besonders originelle Erfindung von Ihnen, dass hier die entsprechenden Stellen tätig werden sollen, und zwar bürgernah tätig werden sollen, sondern das ist auch bereits jetzt der Fall. Insofern sehe ich hier unsererseits auch nur eingeschränkten zusätzlichen Handlungsbedarf für die Zukunft.

Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei, Herr Dr. Güldner, ist eine ganz hervorragende Arbeit. Das ist auch in der Prävention der Fall. Ich denke an die Aktionen, die zum Schulbeginn stattfinden. Ich denke an die Sicherheitsarbeit der Kontaktbereichsbeamten und der Verkehrssicherheitsberater. Ich denke aber auch an die hervorragend funktionierende Zusammenarbeit mit der Unfall-

kommission, die darum bemüht ist, Unfallbrennpunkte, wenn sie erkannt werden, entsprechend zu entschärfen.

Früher hat man immer gesagt, wer nicht hören kann, muss fühlen. Das bedeutet, dass Sie völlig Recht haben. Es ist völlig klar, dass diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, durch eine entsprechende Repression zu diesem Verhalten angeleitet werden müssen. Da gibt es hier bei uns überhaupt keinen Streit. Ich glaube allerdings, dass wir gut beraten sind, diese Bereiche der Prävention und der Repression zu verknüpfen. Darum halte ich von Ihrem Vorschlag, das in die kommunale Obhut mit zu übergeben, was Sie hier anmahnen, nur für eingeschränkt tauglich. Gerade die Kombination von Messung, Verwarnung oder Buße und Anhalten des entsprechenden Verkehrsteilnehmers ist im Gesamtzusammenhang ein wirkungsvolles Mittel, um eine entsprechende Veränderung des Verhaltens zu erreichen. Gerade das so genannte normenverdeutlichende Gespräch, das der Polizist vor Ort mit dem Verkehrsteilnehmer führt, ist ein besonders geeignetes Mittel, um zukünftig zu einer Verhaltensänderung zu kommen.

Insofern möchte ich nur darauf verweisen, dass es auch den Bereich der passiven Sicherheit gibt. Die Kfz-Industrie, die Autobauer haben viel getan, damit unsere Straßen sicherer werden. Ich denke auch, dass wir hier in Bremen einen Mangel an baulichen Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallbrennpunkten nicht konstatieren müssen, wenn wir auch da in allen Einzelfällen natürlich ein offenes Ohr haben. Insgesamt gesehen, Herr Dr. Güldner, glaube ich, dass Ihr Antrag weitgehend ins Leere läuft. Ich denke allerdings schon, dass es auch hilfreich sein kann, dieses Thema, das als Thema wichtig ist, gar keine Frage, noch einmal in der Deputation aufzurufen. Möglicherweise haben wir da Gelegenheit, über die eine oder andere Einzelheit Ihres Vorschlags vertieft zu sprechen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(Unruhe)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind aber doch in dieser Stadt auch Vorbild in puncto Arbeitsmoral, meine lieben Kolleginnen und Kolle-

gen, oder? Deswegen nur ein paar ganz kurze Anmerkungen!

Ich bin schon froh, dass durch den Beitrag des Staatsrats Dr. vom Bruch das Ganze, auch wenn wir in verschiedenen Punkten möglicherweise unterschiedlicher Meinung sind, wieder so, wie ich mir das eigentlich gewünscht hatte, auf den sachlichen Kern der Debatte zurückgeführt ist. Wir haben, glaube ich, ein Missverständnis oder etwas, das hier in der Debatte unterschlagen worden ist. Ich habe mit keinem Wort, und täte auch ganz falsch daran, die Polizei kritisiert, dass sie etwa zu wenig oder etwas Falsches getan hat. Die Polizei hat genau das Richtige getan, und sie hat das getan, was sie in diesem Bereich tun kann. Da sind wir uns völlig einig, und ich teile Ihr Lob, das Sie ausgesprochen haben.

Wir müssen aber doch einen Schritt weiter gehen! Wenn wir uns einig sind, dass es nach wie vor eine ganze Reihe dieser Schwerpunkte rund um Schulen und Kindergärten und so weiter gibt, die noch nicht ausreichend „betreut“ werden, wenn wir also den Kontrolldruck erhöhen müssen, wie das andere Kommunen getan haben, zum Wohle unter anderem auch, ich sage das wiederum nur in Klammer, auch ihres Stadtsäckels, wenn das so ist, dann können wir unmöglich, und Sie sind ja für die Polizei zuständig, das der Polizei weiter anlasten. Wenn wir sagen, wir müssen da mehr tun, dann kann bei unseren Ressourcen, die wir an Personal haben, unmöglich von Ihnen als Polizeistaatsrat und von Ihrem Senator der Vorschlag kommen, dass das die Polizei noch mehr machen soll, als sie bisher gemacht hat, denn sie ist personell, wie wir in den Haushaltsberatungen immer wieder gemeinsam feststellen, an der Obergrenze ihrer Kapazitäten.

Wenn wir also einen Schritt weiter gehen müssen, dann müssen wir uns eine andere Lösung überlegen, und da hat München gesagt, unsere Polizei ist ausgelastet mit diesen Dingen, sie kann nicht noch mehr. Wenn wir mehr machen wollen, müssen das das Stadtamt und kommunale Bedienstete machen - das, finde ich, ist zunächst nachvollziehbar - zusätzlich zu dem, was die Polizei mit ihren Kapazitäten machen kann. Das hat eine Logik. Wenn sie in anderen Städten so nachvollziehbar ist, müsste sie bei uns zumindest auch geprüft werden.

Wenn Sie dann einmal die Zahlen in der Tat vergleichen, Herr Dr. vom Bruch, dann haben Sie eingeräumt, auch wenn wir Ihre Antwort auf die Kleine Anfrage missverstanden haben, dass wir etwa bei 25 Prozent Verstößen bei allen Messungen liegen. Das heißt, immerhin jeder Vierte fährt zu schnell, um es einmal auf Deutsch zu sagen!

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Durch diese Erweiterung, die die Münchener gemacht haben mit ihren mobilen und stationären Messeinrichtungen, haben sie es geschafft, in 2004 auf 15 Prozent Beanstandungsquote zu kommen. Sie haben an einem besonders prekären Standpunkt einmal ausprobiert, was eine stationäre Geschwindigkeitsmessungsanlage bringen würde, und an dieser Anlage sind die Münchener bei einer Beanstandungsquote von 1,6 Prozent.

Wenn Sie diese Zahlen hören, also 1,6 Prozent Beanstandungen noch an einem sensiblen Verkehrspunkt, dann kann ich mich schlichtweg nicht, wenn ich Verantwortung trage in dieser Stadt, hinstellen und sagen, es gibt hier nichts zu tun, wir machen schon alles, es ist alles in Ordnung, das ist alles im Prinzip etwas, das von den Grünen hier hochgezogen wird, sondern dann erwarten wir von diesem Senat, dass er sich dann auch diese Dinge ansieht. Wenn wir jetzt gut sind, dann könnten wir ja noch besser werden, wenn wir vielleicht nicht so gut sind, dann können wir gut werden! Die Interpretation wird unterschiedlich sein bei uns, aber wir könnten in diesem Punkt natürlich für die Bürgerinnen und Bürger noch sehr viel mehr tun, wenn wir uns diese Modelle anschauen.

Deswegen würde ich mir wünschen, dass der Senat dies nicht einmal eben so by the way abtut. Ich habe auf dieser Seite des Hauses gehört, dass man es dort ähnlich ernst nimmt und dort auch in ernsthafte Beratungen über diese Frage eintreten will. Dann, finde ich, haben wir die Verpflichtung, in dieses Haus auch mit einem Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wieder zurückzukommen und nicht nur mit einer Überweisung, die auf Nimmerwiedersehen ist, sondern mit einem Ergebnis, was wir mehr tun können, mit wem wir es tun können, wie wir es finanzieren können, wie wir es wieder hereinbekommen und wo wir vor Ort dann Abhilfe schaffen, wenn es dort Probleme gibt. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Inneres, federführend, und Bau und Verkehr beantragt.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Inneres, federführend, und für Bau und Verkehr.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt noch einige Tagesordnungspunkte außerhalb der Tagesordnung auf, die ohne Debatte sind.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35 vom 14. Juni 2005

(Drucksache 16/341 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Wahlvorschläge liegen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von zwei Mitgliedern der städtischen Deputation für Bau und Verkehr

Auch hier liegen Ihnen die Wahlvorschläge schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses KiTa Bremen

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

(Schluss der Sitzung 19.00 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. Juni 2005

Anfrage 12: Überlastung des Ausländeramtes

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die übermäßige Arbeitsbelastung des Ausländeramtes, die sich insbesondere daran zeigt, dass telefonischer Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nahezu unmöglich ist?

Zweitens: Welche Möglichkeiten der Abhilfe sieht der Senat für das Problem, dass verwaltungsgerichtliche Verfahren allein aus dem Grunde angestrengt werden, dass auf Anträge an das Ausländeramt monatelang überhaupt keine Reaktion erfolgt?

Drittens: Ist dem Senat bekannt, dass sich in ausländerrechtlichen Verfahren nicht selten herausstellt, dass die Akten des Ausländeramtes aufgrund der langen Postliegezeiten höchst unvollständig sind?

Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Während der Öffnungszeiten hat die Bedienung der in der Ausländerbehörde vordringenden Kunden grundsätzlich Priorität. Ein gesonderter Telefonservice wie zum Beispiel im BSC-Mitte lässt sich angesichts der begrenzten personellen Kapazitäten im Stadamt für die Ausländerbehörde zurzeit leider nicht verwirklichen. Es stehen jedoch zwei Servicenummern zur Verfügung, über die Anliegen entgegengenommen und an die zuständigen Teams gesteuert werden.

Zu Frage zwei: Eine Entscheidung der Ausländerbehörde im Rahmen der von der Verwaltungsgerichtsordnung festgeschriebenen Frist von drei Monaten ist angesichts der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nicht durchgängig zu gewährleisten.

Bei der Bewertung der Zahl von 65 Untätigkeitsklagen in diesem Jahr bis Anfang Juni ist zu berücksichtigen, dass von der Ausländerbehörde Bremen im Jahr über 25.000 Entscheidungen getroffen werden.

Ein Teil der Untätigkeitsklagen wird im Übrigen erhoben, obwohl die Behörde tätig geworden ist,

für die Entscheidung aber noch auf Stellungnahmen, Gutachten et cetera angewiesen ist, auf deren Zugang sie keinen Einfluss hat.

Zu Frage drei: Die Akten der Ausländerbehörde sind in der Regel vollständig. Es ist sichergestellt, dass vor ausländerrechtlichen Entscheidungen alle einen Fall betreffenden relevanten Unterlagen zur Akte gelangen, damit eine sachgerechte Entscheidung ermöglicht wird. Gleiches gilt auch in Fällen des Versandes von Akten an andere Behörden, Gerichte oder Anwälte.

Anfrage 13: Umgang Bremens mit gesetzlichen Ausbürgerungen

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beabsichtigt der Senat damit umzugehen, dass aufgrund des Aufenthaltsgesetzes die Aufenthaltsfrist für ehemalige Deutsche, die nach ihrer Einbürgerung eine weitere Staatsangehörigkeit angenommen haben und damit automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit wieder verloren haben, in naher Zukunft abläuft?

Zweitens: Wie viele Personen sind in Bremen von dieser gesetzlichen Ausbürgerung und dem Ablauf der Aufenthaltsfrist betroffen?

Drittens: Ist der Senat der Auffassung, dass das ohnehin überlastete Ausländeramt auch mit dieser zusätzlichen Aufgabe der Überprüfung der rechtmäßigen Staatsangehörigkeit dieser Personengruppe handlungsfähig bleibt, insbesondere dass auszuschließen ist, dass durch die Beteiligung von gesetzlich ausgebürgerten ehemaligen deutschen Staatsangehörigen an der Bundestagswahl eine Wahlanfechtung erfolgreich sein kann?

Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Die möglicherweise Betroffenen werden im Juni dieses Jahres in einem persönlichen Schreiben auf die geltende Rechtslage und einen eventuellen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und die damit verbundenen, insbesondere ausländerrechtlichen Folgen hingewiesen. Im Rahmen einer Befragung werden sie um Auskunft über die Staatsangehörigkeit gebeten.

Personen, die sich bereits an die Ausländerbehörden gewandt haben oder sich umgehend im Rahmen der Befragungsaktion an diese wenden, wird auf der Basis geltenden Rechts ein Aufenthaltstitel nach Paragraph 38 Aufenthaltsgesetz beziehungsweise Beschluss Nummer 1/80 des Assoziationsrats EWG/Türkei erteilt. Außerdem können die Betroffenen auf ihren Antrag erneut eingebürgert werden, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Eine Voraussetzung hierfür ist zum Beispiel, dass sie die türkische Staatsangehörigkeit wieder aufgeben.

Zu Frage zwei: Es kann davon ausgegangen werden, dass seit dem 1. Januar 2000 bundesweit bis zu 50.000 Personen mit der türkischen Rückeinbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. Im Rahmen der Befragungsaktion werden im Land Bremen knapp 4000 Personen angeschrieben. Wie viele davon die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, ist derzeit nicht bekannt.

Zu Frage drei: Die Durchführung und Auswertung der Befragungsaktion erfolgt in enger Zusammenarbeit der für die Bereiche Ausländer-, Melde- und Staatsangehörigkeitsrecht zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um eine zeitnahe Beratung der Betroffenen und eine möglichst umgehende Entscheidung über die aufenthaltsrechtliche Behandlung zu gewährleisten, werden in der Ausländerbehörde Bremen im Rahmen einer befristeten Sondermaßnahme Mitarbeiter aus dem für die EU und die Türkei zuständigen Bereich eingesetzt, die durch Mitarbeiter aus dem Bereich Staatsangehörigkeitsangelegenheiten unterstützt werden. Je nach Umfang der zu bearbeitenden aufenthaltsrechtlichen Anträge und späteren Nacharbeiten wird diese Sonderaktion zu Mehrbelastungen und Verzögerungen in der regulären Arbeitssituation in der Ausländerbehörde führen. In der Ausländerbehörde Bremerhaven sind derzeit keine Sondermaßnahmen vorgesehen.

Sobald die Behörden von dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit Kenntnis erhalten, erfolgt eine Änderung des Melderegisters. Da der Abschluss der Befragungsaktion für Anfang Juli 2005 vorgesehen ist, ist davon auszugehen, dass danach erforderliche Änderungen des Melderegisters so rechtzeitig erfolgen, dass die Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, nicht im Wählerverzeichnis für eine mögliche vorgezogene Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres verzeichnet sind.